



24 | **2002**

55. Jg., 52.-1. KW, 31. Dezember 2002

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

*Hans-Werner Sinn, Michael Rauscher, Rainer Bartel,
Karl Wohlmuth*

- Wie viel Globalisierung verträgt die Welt?

Forschungsergebnisse

Matthias Wrede

- Freiwillige Versicherung in einer mit Pauschalbeiträgen finanzierten GKV: Ein Kommentar zu einem Vorschlag des Sachverständigenrats

Daten und Prognosen

*Hans-Werner Sinn, W. Nierhaus, W. Meister, O.-E. Kuntze
und J.-E. Sturm*

- ifo Konjunkturprognose 2003: Nur zögerliche Belebung

Gernot Nerb

- Weltwirtschaftsklima hat sich deutlich verschlechtert

Joachim Gürtler

- DV-Dienstleister: Düsteres Bild

Im Blickpunkt

Hans G. Russ

- ifo Konjunkturtest Dezember 2002

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, e-mail: ifo@ifo.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Prof. Dr. Gebhard Flaig,
Dr. Heidemarie C. Sherman, Dr. Gernot Nerb, Dr. Martin Werding,
Dr. Robert Koll, Dr. Wolfgang Ochel.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design

Satz und Druck: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

Wie viel Globalisierung verträgt die Welt?

3

Hans-Werner Sinn, Michael Rauscher, Rainer Bartel, Karl Wohlmuth

Der Begriff der Globalisierung beherrscht seit Jahren die öffentliche Debatte. Für die einen geht die Öffnung der Märkte noch nicht weit genug, für die anderen führt die Globalisierung zur weiteren ungleichen Entwicklung der Nationalökonomien und vergrößert den Abstand zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern. Prof. Dr. Dr. h.c. *Hans-Werner Sinn* zeigt in seinem Beitrag die ökonomischen Kräfte auf, die durch den Prozess der Globalisierung freigesetzt werden. Nach Meinung von Prof. Dr. *Michael Rauscher*, Universität Rostock, wird die Globalisierung ohne Frage weiter voranschreiten. Es bedarf aber nicht nur einer internationalen Koordination. Im Gegenteil: »Auch in einer sich globalisierenden Welt gibt es gute Argumente für das Subsidiaritätsprinzip: Probleme sollten auf der niedrigstmöglichen Ebene geregelt und gelöst werden. Viele der Probleme, die im Zusammenhang mit der Globalisierung auftreten, können auf nationaler Ebene angegangen werden.« Auch für Prof. Dr. *Karl Wohlmuth*, Universität Bremen, ist die Gestaltung der Globalisierung die entscheidende Frage. Wichtig ist für ihn vor allen Dingen, »inwieweit eine Bereitschaft zur Anpassung der nationalen und internationalen Rahmenbedingungen an das Tempo der Globalisierung besteht«. Für Prof. Dr. *Rainer Bartel*, Universität Linz, muss die Globalisierung vor allem »effizient« und »nachhaltig« sein, »aber Wissenschaft und Politik dürften dazu noch nicht bereit sein«.

Forschungsergebnisse

Freiwillige Versicherung in einer mit Pauschalbeiträgen finanzierten GKV: Ein Kommentar zu einem Vorschlag des Sachverständigenrats

17

Matthias Wrede

Der Sachverständigenrat hat in seinen Jahresgutachten 2002/03 den Vorschlag unterbreitet, die gesetzliche Krankenversicherung durch Kopfpauschalen zu finanzieren, ohne zugleich die gesamte Wohnbevölkerung in die Versicherungspflicht zu nehmen. Prof. Dr. *Matthias Wrede*, RWTH Aachen, zeigt in diesem Beitrag, dass eine Aufrechterhaltung der Option der freiwilligen Versicherung jenseits einer Versicherungspflichtgrenze in Verbindung mit der Änderung der Finanzierung zu einer Verschärfung der Risikoentmischung zu Lasten der Gesetzlichen Krankenversicherung führen würde.

Daten und Prognosen

ifo Konjunkturprognose 2003: Nur zögerliche Belebung

22

Hans-Werner Sinn, Wolfgang Nierhaus, Wolfgang Meister, Oscar-Erich Kuntze und Jan-Egbert Sturm

Am 19. Dezember stellte das ifo Institut im Rahmen seines vorweihnachtlichen Pressegesprächs seine Prognose für das Jahr 2003 vor. Die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion dürfte im ersten Quartal 2003 nahezu zum Still-

stand kommen. Erst im weiteren Jahresverlauf ist nach und nach mit einer Belebung zu rechnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird das Niveau nur um 1,1% übertreffen. Das Verbraucherpreisniveau wird im Prognosezeitraum annähernd stabil bleiben, die Inflationsrate dürfte im Jahr 2003 erneut 1,3% betragen. Der Tiefpunkt der Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland ist noch nicht erreicht. Die Erwerbstätigkeit wird bis zur Jahresmitte 2003 noch sinken, und die Arbeitslosenzahl dürfte im Jahrsdurchschnitt auf 4,22 Millionen steigen. Somit wird die Arbeitslosenquote bei 9,9% liegen. Der staatliche Finanzierungssaldo wird im Jahr 2003 auf 60 Mrd. € (2,8% des Bruttoinlandsprodukts) zurückgehen.

Weltwirtschaftsklima hat sich deutlich verschlechtert 45 **Ergebnisse des 78. World Economic Survey (WES) vom Oktober 2002** *Gernot Nerb und Anna Stangl*

Im Oktober ist der Indikator für das Weltwirtschaftsklima spürbar zurückgegangen. Der Fall resultiert vornehmlich aus den weniger zuversichtlichen Erwartungen für die nächsten sechs Monate, die Eintrübung der aktuellen Lage fiel demgegenüber weniger stark aus. Insgesamt liefert das Ergebnis noch keine Anzeichen für eine Wiederbelebung der Wachstumsdynamik in der nahen Zukunft.

DV-Dienstleister: Düsteres Bild 58 *Joachim Gürtler*

Nach den Ergebnissen der 31. Konjunkturumfrage für DV-Dienstleistungen, die schwerpunktmäßig im Oktober und November 2002 stattfand, hat sich die Geschäftslage weiter verschlechtert, der Abwärtstrend hat sich sogar beschleunigt fortgesetzt. Nur noch 14% der Unternehmen beurteilten ihren Geschäftsverlauf als günstig, 45% als befriedigend, und mittlerweile 41% empfanden ihre derzeitige Situation als schlecht. Auch gibt es kaum Anhaltspunkte für eine grundlegende Besserung im nächsten halben Jahr.

Im Blickpunkt

ifo Konjunkturtest Dezember 2002 in Kürze 62 *Hans G. Russ*

In der gewerblichen Wirtschaft kühlte sich das Geschäftsklima im Dezember nun bereits zum siebten Mal in Folge ab. Im Gegensatz zur Entwicklung in den drei vorangegangenen Monaten resultierte aber der Rückgang aus der deutlich ungünstigeren Beurteilung der aktuellen Geschäftslage, während der Pessimismus in den Erwartungen erstmals seit Mai wieder abgenommen hat. Das Geschäftsklima in den neuen Bundesländern besserte sich dagegen wieder.

Der Begriff der Globalisierung beherrscht seit Jahren die öffentliche Debatte. Für die einen geht die Öffnung der Märkte noch nicht weit genug, für die anderen führt die Globalisierung zur weiteren ungleichen Entwicklung der Nationalökonomien und vergrößert den Abstand zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern. Wie viel Globalisierung verträgt die Welt, und wie sollte sie gestaltet werden?

Globalisierung

Kein ökonomischer Begriff hat die öffentliche Diskussion der letzten Jahre so beherrscht wie der Begriff der Globalisierung. Mehr denn je spürt ein jeder heute, dass sein wirtschaftliches Schicksal eingebunden ist in das der Weltgemeinschaft. Die nationale Wirtschaftsentwicklung folgt der Weltkonjunktur. Wenn Amerika hustet, kriegt Deutschland einen Schnupfen, und wenn asiatische Firmen pleite gehen, geraten die amerikanischen Bankaktien unter Druck. Über den Dow Jones Index und den Nikkei Index können wir heute dank der Börsensendung vor der Tagesschau fachsimpeln, und selbstverständlich schicken wir unsere E-Mail mit Word Attachments in Sekundenschnelle um den Globus. Wir pflegen die Kontakte im Global Village, dem wir mit unseren spezifischen Berufsbildern angehören, aber wir kennen die Nachbarn in der nächsten Straße schon nicht mehr. Und wir fühlen mit den Opfern der vielen Katastrophen, die die weltweit agierenden Fernsehsender von den letzten Winkeln der Erde in die Wohnstube projizieren, und wir fürchten, selbst zu den Opfern zu gehören. Wir haben Angst vor dem, was da kommen mag. Wir fürchten den Krieg im Irak, die Anschläge der Terroristen, und sogar die mögliche Auslöschung der Erde durch Kometen oder Meteoriten gehört zu den globalen Themen, die uns in den Bann ziehen.

Bei all dem ist viel Irrationales zu finden, weil wir offenbar nicht in der Lage sind zu erkennen, dass die Auswahl der Medienberichte, die wir zur Kenntnis nehmen, keine Zufallsauswahl ist. In einer großen Welt mit über 6 Mrd. Menschen passiert alles, was man sich vorstellen kann, und wahrscheinlich ist die Welt heute nicht schrecklicher, als sie früher war. Aber die bloße Selektion durch die Medien erzeugt ein Zerrbild, das uns der Globalisierung

ängstlich gegenüberstehen lässt. Die Selektion der Medien arbeitet wie ein Diapositiv. Aus dem weißen Rauschen des Weltgeschehens kann durch bloßes Herausfiltern von Farben auf der Leinwand unseres Bewusstseins jedes beliebige Bild erzeugt werden.

Aus der nüchternen Sicht des Ökonomen ist das Urteil über die Globalisierung sehr viel differenzierter und keineswegs apokalyptisch. Sicher, auch hier gibt es beängstigende Stimmen. So hat bereits Rosa Luxemburg die These aufgestellt, die Globalisierung sei das Ergebnis des Imperialismus und führe zum Ende der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die kapitalistische Marktwirtschaft produziere stets mehr, als sie verbrauchen könne. Deswegen müsse die Politik mehr und mehr Länder unter ihre Gewalt bringen, um den Firmen immer wieder neue Absatzmärkte zu schaffen. Das gehe so lange gut, wie es noch neue Länder gebe, die für einen Nachschub an Konsumenten sorgen, doch wenn die ganze Welt dem kapitalistischen System untergeordnet sei, dann müsse der Kapitalismus an einem Mangel an Käufern zusammenbrechen. Aber das ist blanker Unsinn, denn wie schon vor mehr als 200 Jahren der französische Ökonom John Baptiste Say gezeigt hat, reicht auch in einer geschlossenen Ökonomie die Kaufkraft stets genau aus, alle produzierten Waren auch zu kaufen.

Fachökonomien verweisen beim Thema Globalisierung statt dessen vor allem auf die möglichen Handelsgewinne, die aus einer Öffnung der Märkte resultieren. Die Länder dieser Welt haben unterschiedliche Stärken. Die einen sind reich an Kapital, die anderen reich an Menschen, wieder andere verfügen über guten Boden und Bodenschätze oder über eine besonders gut ausgebildete Bevölkerung.



Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn
Präsident des ifo Instituts

Aus der Unterschiedlichkeit resultieren sehr unterschiedliche Preisverhältnisse zwischen den Gütern, wenn die Grenzen geschlossen sind, und gerade diese unterschiedlichen Preisverhältnisse sind die Basis für Handelsgewinne, die nach einer Öffnung der Grenzen zu erwarten sind. Wir Deutschen neigen ja dazu, Handelsgewinne eher herabzuwürdigen und lassen nicht zu, dass sie auf die gleiche Stufe wie die unmittelbaren Früchte fleißiger menschlicher Arbeit gestellt werden. Aber Handelsgewinne sind die Quelle des menschlichen Wohlstandes an sich. Dabei geht es keineswegs nur um die Gewinne der Händler. Solche Gewinne stehen am Anfang, wenn der Handel neu aufgenommen wird. Durch die Konkurrenz der Händler und die Reaktionen der anderen Marktteilnehmer, die die Händler mit ihren Waren beliefern, entstehen vielmehr Spezialisierungsvorteile, die den am internationalen Handel beteiligten Volkswirtschaften ganz allgemein zugute kommen und von denen die meisten Menschen profitieren.

Deutschland wäre ohne den Welthandel niemals die erfolgreiche Wirtschaftsnation geworden, die es ist. Schon zur Kaiserzeit konnten sich die deutschen Produkte internationale Märkte erobern, und es wurde uns ermöglicht, mit den Einnahmen aus ihrem Verkauf unsererseits Güter im Rest der Welt zu kaufen, die hier zu Lande nicht oder nur unter Schwierigkeiten produziert oder gefördert werden können. Heute ist Deutschland der drittgrößte Exporteur auf der Welt, und es ist gar nicht mehr vorstellbar, dass wir zu einer geschlossenen Wirtschaftsform zurückkehren können. Wir wollen die vielen Audis, VW und Mercedes, die wir produzieren, nicht selber fahren, schon weil auf unseren Straßen kein Platz dafür ist. Wir wollen sie statt dessen verkaufen, um in der Lage zu sein, Früchte und andere Lebensmittel aus südlichen Ländern, Öl aus den Nahen Osten, Gas aus Russland und nicht zuletzt touristische Dienstleistungen aus aller Welt kaufen zu können. Es ist besser, dass wir uns auf das spezialisieren, bei dem wir gut sind, als dass wir versuchen, möglichst viel im eigenen Land herzustellen. Uns hilft der Handel, und genauso hilft er allen anderen beteiligten Ländern. Wenn zwei Personen Handel miteinander treiben, dann stellen sie sich in aller Regel besser, als es ohne den Handel der Fall wäre. Beim Handel zwischen ganzen Volkswirtschaften ist das nicht anders.

Manchmal wird dieser These entgegengehalten, durch den Handel machten wir uns abhängig vom Ausland. Das ist wohl wahr, aber die anderen Länder werden auch abhängig von uns, und die gegenseitige Abhängigkeit schafft ein allgemeines Interesse am Weltfrieden und erhöht dadurch die Sicherheit. Hitler hat versucht, Deutschland autark zu machen. Das war keine Strategie, die Sicherheit geschaffen hat.

Besonders gefährlich wäre es auch, wenn sich ein Land von der eigenen Landwirtschaft abhängig machen wollte. Dann setzt es sich nationalen Risiken wie Klimaschwankungen

oder auch Krankheiten aus, die das Land befallen können. Man denke nur an die BSE-Krise. Erst die weltweite Integration der Agrarmärkte sorgt für Schutz vor solchen Risiken, denn, wo auch immer die Krisen stattfinden, stets gibt es Gegenden, in denen die ungestörte Nahrungsmittelproduktion möglich ist.

Der extreme Protektionismus, den die Europäische Union im Agrarbereich praktiziert, wird deshalb von praktisch allen Ökonomen, die ich kenne, scharf verurteilt. Er dient nicht der Verbesserung der europäischen Versorgungssicherheit, sondern er führt zu überhöhten Preisen, die die Verbraucher zahlen müssen. Gerade auch ärmere Bevölkerungsschichten und kinderreiche Familien, die einen großen Teil ihrer Ausgaben für Nahrungsmittel tätigen, werden durch diesen Verzicht auf Globalisierung hart getroffen.

Den Entwicklungsländern dieser Welt nützt der Protektionismus schon rein gar nicht. Nahrungsmittel sind in vielen Fällen die Produkte, die sie überhaupt sinnvoll produzieren können, bei denen sie, wie es im Jargon der Ökonomen heißt, einen komparativen Handelsvorteil haben. Der europäische Agrarprotektionismus beraubt die Entwicklungsländer ihrer Handelsvorteile und trägt mit dazu bei, dass sie der Malthusianischen Armutsfalle nicht entkommen können, dass die Bevölkerung schneller wächst als das Sozialprodukt. Aufgrund komplexer Modelle des Welt Handels hat John Whalley nachgewiesen, dass der Agrarprotektionismus der entwickelten Länder den Entwicklungsländern weitaus mehr Schaden zufügt, als sie an Entwicklungshilfe erhalten.

Der Handel der Nationen hilft insbesondere den armen Menschen in den Entwicklungsländern, denn er führt zum so genannten Faktorpreisausgleich. Gemeint ist die Angleichung der Entlohnung der Produktionsfaktoren wie insbesondere des Kapitals und der Arbeit. Arbeitsreiche und kapitalarme Länder bieten den Kapitaleignern in einer Welt ohne Handel sehr hohe Kapitalrenditen, können aber häufig nur Hungerlöhne zahlen. Die Globalisierung ermöglicht es diesen Ländern, sich auf die Produktion arbeitsintensiver Produkte wie z. B. Textilien oder Feinmechanik zu spezialisieren, die sie sehr billig herstellen können. Durch die Verlagerung der Sektorstruktur hin zu den arbeitsintensiv produzierten Gütern wird die Arbeit in diesen Ländern knapp, und nachfrageseitig werden die Löhne hochgezogen. Deutschland hat von diesem Prozess profitiert, als es sich im 19. Jahrhundert in den Welthandel integrierte und mit England gleichzog, und in Japan fand der Prozess im 20. Jahrhundert statt. Zum Ausgang des 20. Jahrhunderts bis zum heutigen Tage findet der Prozess in den so genannten asiatischen Tigerländern statt, deren Wachstum heute weit über dem Durchschnitt der Weltwirtschaft liegt. China ist das nächste Land in der Reihe. Erst die Öffnung Chinas für den Welthandel hat den stürmischen Wirtschaftsaufschwung ermöglicht.

Der Prozess wird durch den Austausch technischen Wissens und insbesondere auch durch den Handel auf den Kapitalmärkten beschleunigt. Riesige Ströme an Finanzkapital und Direktinvestitionen fließen in die heutigen Niedriglohnländer. Das verbessert dort die Kapitalausstattung des Arbeitsplatzes und mit ihr die Arbeitsproduktivität. Wegen der steigenden Arbeitsproduktivität steigt die Nachfrage der Unternehmen nach menschlicher Arbeitskraft, und das erhöht die Löhne so lange, bis sie schließlich in etwa das Niveau in den entwickelten Ländern erreichen.

Dies sind die entscheidenden ökonomischen Kräfte, die durch den Prozess der Globalisierung freigesetzt werden. Wesentlich ist die Erkenntnis, dass die Globalisierung in allen beteiligten Ländern Handelsgewinne erzeugt und dass sie speziell in den bislang rückständigen Ländern zu einer Lohnerhöhung führt, von der gerade die dort bislang benachteiligten Menschen profitieren. Es gibt für die Entwicklungsländer keine bessere Entwicklungspolitik, als sie in einen freien Welthandel zu integrieren. Ein Misstrauen gegenüber der Globalisierung ist insofern völlig unangebracht.

Man kann und sollte den Prozess der Globalisierung beschleunigen, indem man die noch bestehenden protektionistischen Handelsgrenzen abbaut. Das GATT, das General Agreement on Tariff and Trade, das den Welthandel durch multilaterale Verträge und allgemeingültige Regeln sichern soll, ist eine nützliche Einrichtung, die viel umfassender eingesetzt werden sollte, als es heute der Fall ist. Nicht sinnvoll ist der Versuch, den Prozess der Angleichung der Lohn-einkommen künstlich zu beschleunigen, indem man die sozialen Standards der entwickelten westlichen Länder den Entwicklungsländern früher aufoktroziert, als sie es selber wollen und verkräften können. Wenn man also z.B. einen Sozialstaat mit westlichen Schutzniveaus etablieren würde, so würden dadurch Lohnuntergrenzen geschaffen, die für die jungen Marktwirtschaften viel zu hoch wären und die jedwede Entwicklung im Keim zerstören würden.

Ähnliches gilt für westliche Regeln des Arbeitsschutzes, die viele mit guter Absicht auf die Entwicklungsländer ausdehnen wollen. Arbeitsschutz ist teuer, und er ist Teil der Lohnkosten wie die direkt ausgezahlten Löhne. Bei gegebener Arbeitsproduktivität verringert er den Spielraum, der für Geldlohnzahlungen zur Verfügung steht, und wenn die Arbeitsproduktivität gering ist, dann lässt er vielleicht gar keinen Spielraum mehr übrig. Würde man den indischen Unternehmen, mit denen wir Handel treiben, zur Auflage machen, dass die Schutznormen des deutschen TÜV respektiert werden müssen, so würden die indischen Arbeiter vermutlich ihren gesamten Lohnkostenspielraum für Arbeitsschutz verbrauchen, und für die Geldlöhne bliebe nichts mehr übrig. Wer bei uns glaubt, den indischen Handelspartnern mit erhobenem Zeigefinger begegnen zu müssen, ist nicht nur naiv, sondern er tut der indischen Arbeitsbevölkerung ei-

nen Torton an. Überlassen wir es den Indern, wie schnell sie welche Regelungen übernehmen. Dafür sind wir wahrlich nicht zuständig.

Nun möchte ich aber auch nicht den Eindruck erwecken, als sei die Globalisierung frei von Problemen. Das ist natürlich nicht der Fall, nicht einmal, wenn man von den vielfältigen kulturellen Problemen abstrahiert und sich allein den wirtschaftlichen Aspekten zuwendet.

Die Probleme der Globalisierung liegen eher bei uns als in den Entwicklungsländern, denn der vorhin beschriebene Faktorpreisausgleich geht natürlich nicht nur nach oben. Aus den gleichen Gründen, aus denen die Löhne in den Entwicklungsländern wegen des Handels mit Gütern und Kapital anziehen, kommen nämlich bei uns die Löhne tendenziell unter Druck. Die kapitalreichen Länder, in denen die Löhne hoch und die Kapitalrenditen klein sind, werden sich bei offenen Grenzen auf die Produktion kapitalintensiver, arbeitssparender Güter konzentrieren und sich von den arbeitsintensiven Produktionsprozessen abwenden. In Deutschland gehören z.B. die Textilindustrie und die optische Industrie zu den Opfern dieser Entwicklung.

Der Druck auf die Löhne wird verstärkt durch die Abwanderung von Produktionskapital. Das ist heute ein besonderes Problem für Deutschland, denn die schon seit Jahren anhaltende Schwäche der Investitionen und das daraufhin nur geringe Wirtschaftswachstum haben ihre Ursache zum großen Teil in der westeuropäischen Integration, in der Einführung des Euro und in dem Fall des Eisernen Vorhangs. Alle diese Maßnahmen haben dem Kapital attraktive Standortalternativen eröffnet und mit dazu beigetragen, dass sich die Investoren hierzulande zurückhalten und ihr Glück jenseits der deutschen Grenzen suchen.

Will man sich diesem Druck auf die Löhne durch ein Festhalten an alten Tarifstrukturen widersetzen, so verschlimmert man die Situation für die Arbeitnehmer nur noch, denn es entsteht Arbeitslosigkeit, und das Kapital wandert nur noch schneller in andere Länder. Das ist, auf einen einfachen Nenner gebracht, das deutsche Problem in dieser historischen Entwicklungsphase. Hier liegt die hauptsächliche Ursache des seit 30 Jahren ungebrochenen Trends hin zu mehr Arbeitslosigkeit und niedrigeren Wachstumsraten.

Das Beste, was ein kapitalreiches Land wie Deutschland in der heutigen Situation tun kann, ist den Marktkräften freien Lauf zu lassen. Dann werden sich, wie erwähnt, zwar die Löhne nicht mehr so rasch erhöhen, wie wir es bislang gewohnt waren, und insbesondere wird die Spreizung der Löhne zwischen der einfachen Arbeit und der qualifizierten Arbeit zunehmen, aber dennoch wird auch Deutschland von den allgemeinen Handelsgewinnen profitieren, die die Globalisierung mit sich bringt. Diese Gewinne werden sich vor-

nehmlich in einem Anstieg der Kapitaleinkommen zeigen. Die Kapitaleinkommen werden durch den Prozess stärker ansteigen, als die Löhne im Vergleich zum Trend fallen. Insofern gibt es einen Wohlfahrtsgewinn. Versucht man den Prozess durch ein Festhalten an überkommenen Lohnstrukturen zu verhindern, so werden alle zu den Verlierern gehören.

Angesichts der zu erwartenden Verteilungsgewinne der Kapitaleigentümer und der Verluste der Lohnbezieher scheint es nahe zu liegen, eine Kompensationsmöglichkeit auf dem Wege einer schärferen Besteuerung der Kapitaleinkommen und einer steuerlichen Entlastung der Lohneinkommen zu suchen. Unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten ist der Sachverhalt offenkundig. Indes verhindern die offenen Grenzen diesen Weg. Wenn man versucht, Kapitaleinkommen stärker zu besteuern, dann flieht das Kapital erst recht in andere Länder, und der Verteilungsspielraum für die Lohnpolitik schrumpft so stark, dass die Arbeitnehmer keinen Vorteil von dieser Politik hätten, selbst wenn sie die alleinigen Nutznießer der beim Faktor Kapital eingetriebenen Steuern wären.

Dies ist das wahre Dilemma, das die Globalisierung für den Sozialstaat westlicher Prägung bedeutet. Wegen der Kräfte des Faktorpreisausgleichs, die er entfesselt, ändert sich die Einkommensverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer, und eigentlich müsste der Staat die Einkommensumverteilung über das Budget forcieren, um dagegen anzuhalten. Aber gerade wegen der Globalisierung sind ihm die Hände gebunden. Wer das nicht einsehen will und dennoch den Weg mit dem Kopf durch die Wand sucht, wird sich eine blutige Nase holen. Die ökonomischen Kräfte, die nun einmal wirken, kann er durch bloßes Wunschdenken nicht aushebeln.

Der einzige Weg, den ich sehe, um mit dem Problem fertig zu werden, liegt darin, dass die bislang nur auf ihr Lohneinkommen angewiesenen Bevölkerungsschichten in den westlichen Wohlfahrtsstaaten zu sparen beginnen, um auf diese Weise in den Besitz desjenigen Produktionsfaktors zu kommen, der in den entwickelten Ländern den gesamten Handelsgewinn und dazu noch einen Verteilungsgewinn einstreicht. Die Arbeitnehmer in diesen Ländern brauchen ein zweites Standbein, um in stürmischer See nicht umzufallen. Zu dem Lohneinkommen muss ein Kapitaleinkommen als Einkommensquelle hinzutreten. Dies spricht für eine Politik der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und für eine Mitbeteiligung an den Unternehmen.

Die deutschen Gewerkschaften hatten sich in den siebziger Jahren die Frage gestellt, ob sie bei den Tarifverhandlungen auf die Mitbestimmung oder auf die Mitbeteiligung setzen sollten. Bekanntlich hatten sie sich für ersteres entschieden. Diese Entscheidung war, wie heute klar ist, eine krasse Fehlentscheidung. Hätte die deutsche Arbeitnehmerschaft vor fünfunddreißig Jahren damit begonnen, ech-

tes Vermögen zu akkumulieren, dann würden sie heute zu den Gewinnern des historischen Prozesses gehören, den wir Globalisierung nennen.

Es ist noch nicht zu spät, das Versäumte nachzuholen. Die so genannte Riester-Rente öffnet einen attraktiven Weg, sich die Altersrente durch eigene Ersparnis zu sichern, sich von den Lohneinkommen, die ja schon aus demographischen Gründen keine solide Basis für die Rentenbeiträge mehr sind, unabhängig zu machen und zu den Gewinnern der Globalisierung zu gehören. Leider hat nur ein verschwindend kleiner Teil der Deutschen bislang von den angebotenen Möglichkeiten Gebrauch gemacht und setzt, wie die das Wahlergebnis zeigt, auf eine Fortsetzung und Forcierung der Umverteilung. Die Zeichen der Zeit wurden offenbar immer noch nicht verstanden. Deutschland wird weiter zurückfallen und immer mehr Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen müssen, so wie es nun schon seit 30 Jahren der Fall ist.



Michael Rauscher*

Internationale Koordination und Subsidiarität

»Was die Weltwirtschaft angeht, so ist sie verflochten.« Mit dieser lapidaren Bemerkung leitete Kurt Tucholsky 1931 in seinem Essay »Kurzer Abriss über Nationalökonomie« den Abschnitt über die internationalen Wirtschaftsbeziehungen ein. Heute ist die Weltwirtschaft verflochtener denn je. Wir ernten die Früchte einer langen Phase der Handelsliberalisierung und der rasch sinkenden Transport- und Kommunikationskosten. Dem einen scheinen sie süß, dem anderen bitter.

Globalisierung: Gibt es sie überhaupt?

Schaut man sich die Daten zur Entwicklung von Außenhandel, ausländischen Direktinvestitionen und internationalen Finanztransaktionen an, so erscheinen diese beeindruckend. Seit über 50 Jahren wächst der internationale Handel deutlich schneller als das Produktionsniveau. Von einer wirklichen Globalisierung sind wir aber noch weit entfernt. So liegen die Exportquoten der USA und Japans gegenwärtig knapp über 10%. Europäische Länder sind stärker in die internationale Arbeitsteilung eingebunden, Deutschland etwa mit 35% und kleinere Länder wie die Niederlande und Belgien mit sogar deutlich über 60%. Von Globalisierung kann aber selbst dort keineswegs die Rede sein. Der größte Teil des Handels der EU-Länder ist innereuropäischer Handel. Die Internationalisierung des Handels findet also bisher eher auf regionaler als auf globaler Ebene statt. Und dies gilt nicht nur für Europa.

Welche Außenhandelsanteile wären bei einer wirklichen Globalisierung zu beobachten? Wenn alle Güter weltweit gleich-

mäßig verfügbar wären, so entspräche der Anteil einheimischer Waren am inländischen Gesamtverbrauch dem Anteil eines Landes am globalen Einkommen. Der Rest würde importiert. Ähnliches würde für die Exporte gelten. Mit einem Anteil von 29% am Welteinkommen müssten die USA also eine Exportquote von 71% haben. Die EU müsste 73% ihrer Güter und Dienstleistungen in den Rest der Welt exportieren und einen ebenso großen Anteil ihrer Güter von dort beziehen. Schaut man auf die aktuellen Zahlen, so erkennt man, dass wir von der wirklichen Globalisierung der Märkte noch weit entfernt sind.

Ähnliches gilt für die internationalen Kapitalbewegungen. Die derzeit beeindruckend hohen Wachstumsraten der ausländischen Direktinvestitionen basieren auf geringen Ausgangsniveaus. Was Arbeitskräftewanderungen angeht, so sind nationale Arbeitsmärkte noch weitgehend abgeschottet. Lediglich auf den internationalen Devisen- und Finanzmärkten kann von globaler Verflechtung der Märkte gesprochen werden. Die Transaktionskosten haben sich so stark verringert, dass sie im Vergleich mit den Transaktionsvolumina geradezu vernachlässigbar sind. Auf den internationalen Devisenmärkten wird in wenigen Tagen ein Umsatz bewegt, der dem Welthandelsvolumen eines Jahres entspricht.

Befürchtungen der Globalisierungskeptiker

Die Anti-Globalisierungsbewegung steht der Verflechtung der internationalen Güter- und Finanzmärkte sehr kritisch gegenüber. Wesentliche Argumente sind die folgenden:

- Globalisierung verschärft die Ungleichheit zwischen den Ländern. Die Diskrepanz zwischen den Armen im Süden und den Reichen im Norden nimmt zu.
- Sie verschärft die Ungleichheit innerhalb der Länder. Die unteren Einkommensschichten haben größere Lohnneinbußen zu ertragen, während es den Reichen gelingt, ihr Einkommen und Vermögen vor dem Fiskus ins Ausland zu retten.
- Da die mobilen Globalisierungsgewinner drohen, ins Ausland abzuwandern, sehen sich die Länder gezwungen, ihre Steuersysteme zu ändern und hohe Einkommen geringer zu belasten.
- Das System der sozialen Sicherheit gerät unter Druck, da auf der einen Seite die Globalisierungsverlierer soziale Netze stärker in Anspruch nehmen und auf der anderen Seite die Globalisierungsgewinner aufgrund abnehmender Steuersätze bzw. Abwanderung immer weniger einzahlen.
- Global agierende Unternehmen können durch geschickte Festsetzung unternehmensinterner Verrechnungspreise

* Prof. Dr. Michael Rauscher lehrt an der Universität Rostock Volkswirtschaftslehre.

ihre Gewinne auf dem Papier dorthin verlagern, wo die Steuern niedrig sind, und weisen in den Ländern mit hohen Steuersätzen Verluste aus.

- Durch die Globalisierung kommt es zu einem Wettbewerb der Regulierungen nach unten, vor allen Dingen im Umweltbereich und bei sozialen Standards.
- Die Verflechtung und Volatilität der Kapitalmärkte führen zu häufigeren und schwereren Finanzkrisen.

Aus diesen Thesen werden verschiedene wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen abgeleitet, ganz allgemein zunächst eine Abkehr vom »Neoliberalismus« also von einer Wirtschaftspolitik, die lediglich die Rahmenbedingungen der Marktprozesse festlegt, hin zu einer Wirtschaftspolitik, die aktiv in den Wirtschaftsprozess eingreift. Speziellere Forderungen sind Maßnahmen gegen Steuer- und Kapitalflucht, die internationale Koordination bzw. Harmonisierung von Umwelt- und Sozialstandards, die Ausweitung von Entwicklungshilfe, Schuldenerlass für Entwicklungsländer, Maßnahmen zum Abbau der Ungleichheit zwischen den Ländern und innerhalb der Länder sowie die Einführung einer Umsatzsteuer auf Devisentransaktionen, der Tobin-Steuer.

Argumente für die Liberalisierung internationaler Märkte

Nach der traditionellen Außenhandelstheorie ist die Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung vorteilhaft, da die Länder sich dann auf die Herstellung derjenigen Güter spezialisieren, für die sie komparative Vorteile haben, und die Güter importieren, die sie nur zu sehr hohen Kosten oder gar nicht herstellen können. Die Befürworter einer weiteren Liberalisierung internationaler Märkte haben weitere Argumente für die Fortsetzung der Globalisierung:

- Die Produktvielfalt nimmt zu. Gleichzeitig können bei zunehmender Marktgröße steigende Skalenerträge realisiert werden, was sich dann in Kosteneinsparungen und Preissenkungen auswirkt. Dies wirkt sich positiv auf die Realeinkommen aller aus.
- Die Globalisierung erhöht den Wettbewerbsdruck, so dass die Unternehmen zu mehr Innovation gezwungen werden. Dies führt zu besseren Produkten und effizienterem Einsatz von Produktionsfaktoren.
- Nationale Monopole werden internationaler Konkurrenz ausgesetzt.
- Mit zunehmender Mobilität essentieller Produktionsfaktoren steigt der Druck auf den Staat, attraktive Rahmenbedingungen bereitzustellen, um diese Faktoren zu attrahieren. So wird auch der Staat zu mehr Effizienz gezwungen.

Von vielen Wirtschaftsliberalen wird durchaus konstatiert, dass es negative Effekte der Globalisierung gibt. Während Exportindustrien von der Liberalisierung profitieren, steigt der Druck auf importkonkurrierende Industrien. Der resultierende Strukturwandel kann zu Einkommensverlusten und Arbeitslosigkeit in den betroffenen Wirtschaftsbereichen führen. Hinzu kommen fiskalische Externalitäten: Der Wettbewerb um mobile Steuerzahler kann zu einem Prozess des gegenseitigen Unterbietens führen, der schließlich bei so niedrigen Steuersätzen endet, dass der Staat seinen Aufgaben nicht mehr ausreichend nachkommen kann.

Einige empirische Befunde

Zu einigen der kontrovers diskutierten Punkte hat es in den letzten Jahren empirische Untersuchungen gegeben.

Es ist unbestritten, dass die Kapitalsteuersätze und auch der Anteil von Kapital- und Vermögenssteuern am gesamten Steueraufkommen in fast allen Industrieländern deutlich gesunken sind. Dies hat natürlich Verteilungswirkungen. Die häufig geäußerte Hypothese eines »Umweltdumpings«, also eines Wettbewerbs der Umweltregulierungen in Richtung eines ökologisch bedenklichen Minimalniveaus ist dagegen nicht empirisch zu untermauern. Umweltregulierung hat – außer in speziellen Sonderfällen – keinen messbaren Einfluss auf internationale Direktinvestitionen.

Zum direkten Einfluss der Globalisierung auf die Einkommensverteilung ist das letzte Wort wohl noch nicht gesprochen. Die meisten ökonometrischen Studien stützen aber nicht die Argumente der Globalisierungsskeptiker. Studien für die Industrieländer kommen zu dem Ergebnis, dass die Globalisierung der Märkte, wenn überhaupt, nur unwesentlich zur Spreizung der Einkommen in den Industrieländern beigetragen hat. Hauptverantwortlich für die Zunahme der Ungleichheit ist vielmehr eine Art des technischen Fortschritts, die qualifizierte Arbeitskräfte begünstigt und unqualifizierte Arbeitskräfte benachteiligt.

Bezüglich der Verteilung der Einkommen im internationalen Vergleich zeigt sich, dass diejenigen Länder, die sich wirtschaftlich geöffnet haben, überdurchschnittlich gewachsen sind, während Länder, die sich vor der Globalisierung abgeschottet haben, nur geringes Wirtschaftswachstum oder sogar Stagnation aufweisen. Mit anderen Worten: Die Globalisierung schadet denen, die sich ihr verweigern.

Bei der Tobin-Steuer werden üblicherweise Steuersätze von deutlich unter 1% gefordert. Es soll also Sand ins Getriebe der internationalen Finanzmärkte gestreut werden, ohne dass der Handel allzu stark betroffen ist. Die Erfahrung hat aber gezeigt, dass spekulative Attacken gegen stark unterbewertete Währungen durch eine so geringe Devisenumsatz-

steuer nicht aufgefangen werden könnten. Offen ist die Frage, ob eine solche Steuer die Volatilität der internationalen Kapitalmärkte nicht eher erhöhen als verringern würde. Mit ihr würden ja nicht nur schädliche Transaktionen besteuert, die z.B. zu spekulativen Blasen führen können, sondern auch die nützlichen, den Markt stabilisierenden, Transaktionen. Und gerade bei letzteren sind die Gewinnmargen häufig sehr gering, so dass selbst eine geringe Devisenumsatzsteuer hier signifikante Wirkungen hätte.

Handlungsbedarf?

Ohne Frage wird der Prozess der Globalisierung weiter voranschreiten. Sollte man Sand ins Getriebe der Weltwirtschaft streuen, um diesen Prozess zu verlangsamen? Die Möglichkeiten, dies zu tun, sind zahlreich. Sie reichen von der Tobin-Steuer über einen Stop des Zollabbaus und Entwicklungsstrategien auf der Basis von Imports substitution bis zur Harmonisierung von Umwelt- und Sozialstandards auf hohem Niveau. Grundsätzlich sollte man auf solche Maßnahmen verzichten, nicht zuletzt auch im Interesse der Entwicklungsländer.

- Die Tobin-Steuer erhöht generell die Transaktionskosten des internationalen Handels, aber sie differenziert nicht zwischen »guten« und »schlechten« Transaktionen.
- Zölle verzerren die Allokation; Zollabbau führt zu einer effizienteren internationalen Arbeitsteilung. Problematischer als der Zollabbau sind eher seine Ausnahmen, etwa im Bereich der Landwirtschaft. Agrarsubventionen und Importbeschränkungen der Industrieländer verschlechtern die Terms of Trade der Entwicklungsländer und hindern sie an der Ausnutzung ihrer komparativen Vorteile.
- Strategien der Imports substitution haben sich in der Vergangenheit als problematisch erwiesen und eher zu Stagnation als zu Entwicklung geführt.
- Eine Angleichung der Umwelt- und Sozialstandards an das Niveau der Industrieländer erscheint prima vista wünschenswert, ist jedoch dem Entwicklungsstand vieler Länder nicht angemessen. Eine Harmonisierung auf hohem Niveau würde die komparativen Vorteile der Entwicklungs- und Schwellenländer verwässern. Solche Empfehlungen werden seitens der Entwicklungsländer als paternalistisch angesehen. Forderungen nach westlichen Umweltstandards in Entwicklungsländern wirken fast zynisch angesichts der Tatsache, dass die Industrieländer sich bisher als unfähig erwiesen haben, das in erster Linie von ihnen zu verantwortende Problem der Treibhausgasemissionen nachhaltig in den Griff zu bekommen.

Dies heißt nun nicht, dass man die Globalisierung der Wirtschaft unter dem liberalistischen Motto »Der Markt wird's

schon regeln« sich selbst überlassen sollte. Preise geben nicht immer die richtigen Knappheitssignale, und Wettbewerb kann negative Wohlfahrtswirkungen haben. Dabei spielen externe Effekte eine entscheidende Rolle. Dies gilt natürlich für den Umweltbereich, aber auch für den Steuerwettbewerb um mobiles Kapital und um mobile Arbeit.

Wenn externe Effekte nationale Grenzen überschreiten, ist internationale Koordination erforderlich. Dies gilt beispielsweise für Emissionen von Schadstoffen wie CO₂ und SO₂. Vernachlässigt wird zudem häufig die Problematik des internationalen Transports. Die tatsächlichen Kosten des internationalen Handels sind höher als die, die der Importeur letztlich bezahlt. Die Havarie des Tankers »Prestige« vor der spanischen Atlantikküste im November dieses Jahres hat uns dies wieder deutlich vor Augen geführt. Ein anderes Beispiel für umweltbelastenden Transport ist der Flugverkehr. Dass im Gegensatz zum Auto- und Bahnverkehr der Flugverkehr nicht mit Ökosteuern belastet ist, liegt auch an den zu erwartenden Ausweichreaktionen. Um sie zu vermeiden, ist internationale Koordination erforderlich. Natürlich erhöht die Internalisierung der externen Effekte im internationalen Transport die Transportkosten und stört damit den Prozess der Globalisierung. Hier geht es aber nicht darum, Globalisierung zu verhindern, sondern darum, dass die Preise stimmen und dass die Kosten des Transports auch von den Verursachern getragen werden.

Ähnlich gelagert ist der Fall des Steuerwettbewerbs. Steuerwettbewerb kann zu unerwünscht niedrigen Steuern auf mobile Produktionsfaktoren führen. Hier scheint das oben diskutierte Problem der Globalisierungsfalle auf. Die Globalisierungsgewinner haben eher die Möglichkeit, hohen Steuern auszuweichen, beispielsweise durch Auswanderung, aber auch durch Verlagerung von Kapital. So wird es schwieriger, die Globalisierungsverlierer für Verluste zu kompensieren, also die Einkommensverteilung zu glätten und soziale Problemlagen und Risiken aufzufangen, die auf privaten Versicherungsmärkten nicht versicherbar sind. Auch hier ist Koordination erforderlich – umso mehr, je weiter die Globalisierung voranschreitet. Dabei geht es zum einen darum, von den Globalisierungsgewinnern einen Beitrag zum sozialen Netz einzubehalten, zum anderen darum, schädlichen Steuerwettbewerb zu vermeiden.

Auch in einer sich globalisierenden Welt gibt es gute Argumente für das Subsidiaritätsprinzip: Probleme sollten auf der niedrigstmöglichen Ebene geregelt und gelöst werden. Viele der Probleme, die im Zusammenhang mit der Globalisierung auftreten, können auf nationaler Ebene angegangen werden und bedürfen daher nicht der internationalen Koordination. Aber es gibt auch Politikbereiche, in denen diese Koordination unabdingbar ist, da die Märkte und der Wettbewerb eben nicht alles regeln, sondern manchmal die falschen Signale setzen, insbesondere bei grenzüberschrei-

tenden externen Effekten. Dies sind weniger Bereiche, als die Globalisierungsskeptiker glauben, aber mehr, als einige Wirtschaftsliberale wahrhaben wollen.



Rainer Bartel*

Für eine sozial effiziente, nachhaltige Globalisierung

Die Frage ist inspirierend, doch trifft sie den ökonomischen Kern der Thematik nicht. Zum ersten sind relativ ausgedehnte internationale Wirtschaftsbeziehungen keine Erfindung der vergangenen fünf Dezennien, war doch die »Beggar-thy-neighbour«-Zwischenkriegszeit eine vergleichsweise extreme Periode. Zum zweiten könnten wir die Überlegungen nicht nur der Außenwirtschaftstheorie vergessen, sondern die gesamte, auf Arbeitsteilung beruhende und mit dem so nahe liegenden wie sinnvollen Streben nach effizientem Ressourceneinsatz der Menschen begründete ökonomische Theorie, würden wir dem Autarkismus das Wort reden. Zum letzten sind die wirtschaftliche Problematik und persönliche Betroffenheit davon, welche zur Ablehnung der Globalisierung führen, eher durch politische Passivität, durch eine Art Reduktionismus in der sozial effizienten Gestaltung des globalen, durch technologischen Fortschritt längst zusammenhängenden Wirtschaftsraums begründet. Die Weltwirtschaft ist aber durch eine nationale Rasterung und durch eine auf nachgeordneten Ebenen historisch zufällig und oftmals kleinräumig gegliederte Föderalstruktur zerschnitten, die ihrerseits den sozialen Effizienzkriterien zuwider läuft und intergouvernementale Kooperation verlangt.

Aufgrund der politischen Aufteilung von Raum und hoheitlichen Kompetenzen wird die Lösung dieses Problems durch einige Grundtatbestände wesentlich erschwert, wie den menschlichen Egoismus, die Befürchtung relativer Benachteiligung bei an und für sich Pareto-effizienten Alternativen, die mentale Reservation gegenüber absoluter Schlechterstellung selbst bei ökonomisch begründbaren Umverteilungswirkungen à la Hicks/Kaldor, die hohe Zeitpräferenz und die damit verbundenen kurzfristigen Entscheidungs-

* Prof. Dr. Rainer Bartel ist außerordentlicher Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Linz.

kalküle sowie das strategische Verhalten im Bereich der Gemeinschaftsinteressen und der politischen Entscheidungen, wobei letztere Problematik durch direkt demokratische Entscheidungsmechanismen verschärft wird.

Die durch transport-, verkehrs- und kommunikationstechnische Entwicklung induzierte Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen bricht sich – unterstützt durch staatliche Regelungsfreiräume und Deregulierungstendenzen, trotz gleichzeitiger Regionalisierungstendenzen in den großen Wirtschaftsräumen und trotz der von Dan Rodrik betonten Grenzen von Normenräumen (Jurisdiktionen, Kulturen) – zunehmend Bahn. In diesem Prozess wird jene Spezialisierung, welche sich innerhalb zuvor vergleichsweise autarker Nationalstaaten etabliert hat, zunehmend obsolet und wirkt verunsichernd.

Diese Verunsicherung ist weniger autosuggestiv als objektiv begründbar und stimuliert zwar den Wunsch nach Sicherheitsäquivalente schaffenden Institutionen und den damit verbundenen Konservatismus und Protektionismus, vermittelt andererseits aber auch, wie von Daniel Cohen hervorgehoben wird, das Gefühl vom strukturellen Anpassungsbedarf. Sie stärkt also die Bereitschaft zu Opfern und fördert politische Parteien, welche auf Anpassung setzen, als Methode allerdings die liberalistische Variante der Wirtschaftspolitik verfolgen. Bestehen die faktischen Anpassungsschritte überwiegend in Schlechterstellungen einer großen kompensierbaren, aber nicht kompensierten oder gar einstweilen noch nicht kompensierbaren Bevölkerungsschicht, besteht also jede Strukturreform zumindest auf mittlere Sicht überwiegend in Umverteilungsmaßnahmen (die Mehrheit bringt Opfer ohne subjektiv erkennbare Perspektive auf eine entsprechende Belohnung), wird es immer wieder Pendelbewegungen der öffentlichen Meinung in Richtung von Globalisierungsfeindlichkeit und kategorischem Protektionismus geben. Wirtschaftspolitische Schwächen sind demnach die Auflösung des scheinbaren Dilemmas von Globalisierung und sozialer Wohlfahrt – letztere unter Einschluss des Verteilungs- und Umweltaspekts. Ohne als gerecht empfundene Ausgewogenheit wird es keine unbehinderte, reibungslose Globalisierung geben; gesellschaftliche Toleranzgrenzen dürfen eben politisch nicht überschritten werden.

Welche Globalisierung verträgt die Welt?

Diesbezügliche Problemfaktoren dürften in der extrem ungleichen internationalen Freizügigkeit von Produktionsfaktoren ebenso wie in Strategie und Verständnis der Wirtschaftspolitik landläufiger Prägung liegen. Die Frage hat daher zu lauten: Welche Globalisierung verträgt die Welt? Bei ihrer Beantwortung ist nicht anders vorzugehen wie bei einer vorwiegend binnenwirtschaftspolitischen Herausforderung, nämlich mit der Untersuchung der Funktionsfähig-

keit des jeweils relevanten Marktes im Hinblick auf die ökonomische Effizienz (einzelwirtschaftliche Opportunitätskostenminimierung) sowie seiner jeweiligen wirtschaftspolitischen Korrekturbedürftigkeit, gemessen an der allokativen Effizienz einschließlich des Bereichs der öffentlichen Güter (volkswirtschaftliche Opportunitätskostenminimierung).

Selbstverständlich ist die soziale Wohlfahrt das Sammelkriterium, vor allem in so weitreichenden Entscheidungen wie den unmittelbar globalisierungsrelevanten – zumindest laut der normativen Theorie der Wirtschaftspolitik. Allerdings besteht ein bis zur diametralen Unterschiedlichkeit reichendes Spektrum an Auffassungen, eine, wie Robert Gordon es ausdrückt, Art Grundüberzeugung darüber, wie leistungsfähig der Markt oder der Staat bei der Lösung mikro- wie makroökonomischer Effizienzprobleme ist. Zudem existiert zwischen Theorie und Praxis der Wirtschaftspolitik ein viel zu breiter Graben, um ruhigen Gewissens von der Ökonomie als einer angewandten, Sozial- und politischen Wissenschaft sprechen zu können, wie das Alfred Eichner und seine NachfolgerInnen trotz oder gerade wegen einer rapide zunehmenden Komplexität und Eleganz der Analysemethodik vertreten. Die Schuld daran dürfte auf beiden Seiten, in der Theorie wie in der Praxis der Politik, einigermaßen gleich verteilt sein; beide nehmen (unter den gegebenen Rahmenbedingungen und deren Anreizeffekten individuell durchaus rational und somit ökonomisch effizient) den Weg des geringsten Widerstandes. Die Meinung ist verbreitet, dass sich wissenschaftliche Karrieren einfacher mit der Methodik und demgemäß auch mit den typischen Inhalten der orthodoxen Schulen machen lassen, während sich politische Karrieren nicht gut mit differenzierten Überlegungen und ausgefeilten Programmen vertragen, da diese, wie die heterodoxen »hands-on-reality«-Wissenschaftsansätze, schwierig zu vermarkten wären.

So mag es wohl sein, dass der soeben angesprochene Problemkomplex gleichsam endemisch dafür verantwortlich ist, dass sich theoretische und praktische Wirtschaftspolitik den Weg in die bessere Welt einer im umfassenden Sinn effizient gestalteten Globalwirtschaft selbst blockieren. Unter diesem Blickwinkel sind die bislang allzu leichtfertig und pauschal als GegnerInnen der Globalisierung diffamierten und als AnarchistInnen kriminalisierten KritikerInnen eigentlich bloß GegnerInnen eines blind vertrauenden oder eben eiskalt partikuläre Nutzen maximierenden und insofern unbedingten Wirtschaftsliberalismus. Sie wären als solche gut- und bereitwillige Alliierte auf dem Weg zu einer sozial effizienten Gestaltung der Globalisierung. Ist es nicht so, dass aufgeklärte, nicht blind ideologisierte IdealistInnen den RealistInnen, bildlich gesprochen, die Türe zu einer sozial befriedigenden Globalisierung überhaupt erst weit genug öffnen?

Hier wurden die Begriffe Autarkismus statt Autarkie, liberalistisch statt liberal, Konservatismus statt Absicherung und

Protektionismus statt Entwicklungsabsicherung verwendet; dies, wie Kurt Rothschild immer wieder betont, wegen Folgendem: Seit den siebziger Jahren bewirken die wesentlich flexibilisierten Weltwechsellkursbeziehungen, die vermehrten bzw. verstärkten Angebotschocks, die geldpolitisch bedingten Zinsschocks auf den Gütermarkt, der Aufholprozess so mancher Schwellen- und neuen Industrieländer, das im Zuge der Liberalisierung wachsende Konkurrenzpotential der Agrarländer, die im Zeichen der partiellen Sättigungserscheinungen und der dadurch induzierten Marketingkonkurrenz essenziell erhöhte Volatilität der Nachfragestruktur mit den von ihr verursachten versunkenen Kosten, die fiskalpolitisch erzeugten Nachfrageschocks sowie die weltweit große regionale Mobilität und allokativen Flexibilität von Finanz- und Sachkapital, so dass sich die gängigen wirtschaftspolitischen Rezepturen im Großen und Ganzen polarisiert haben und teils noch immer polarisieren. Und zwar steht bzw. stand die Makropolitik im Zeichen der Austerität eines eher rigiden geld- bzw. fiskalpolitischen Konservatismus (dessen Effekte auf Partikularinteressen übrigens nicht uninteressant sind), während in handels- und industriepolitischen Dimension die liberalistische Note den Einfluss der Wettbewerbs- und Marktregulierung faktisch in den Schatten stellt.

Mit dieser Entwicklung geht eine Art Entpolitisierung einher. Sie besteht, pointiert formuliert, in dreierlei: Zugegebenermaßen interpretativ festgehalten werden kann erstens eine Kapitulation vor den aus normativer Sicht objektiv schwierigen Regulierungsaufgaben auf Märkten, die sich bislang als nicht so funktionsfähig erweisen, wie man es sich gewünscht hätte (wie etwa die Finanzmärkte), wo man aber dennoch auf eine letztlich aus der Sicht der ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen akzeptable Marktentwicklung trotz geringer Regulierung hofft oder aber als eine Art Ersatzhandlung ineffiziente protektionistische Regulierungen erlässt. (Die »Euro-Bananex« ist wohl das plakativste Beispiel.) Zweitens vorliegen mag eine Kapitulation vor der aus theoretischer Sicht anspruchsvollen Erzielung internationaler wirtschaftspolitischer Abkommen, die sowohl vor Defektieren einigermaßen sicher sind als auch eine beidseitige Öffnung für Wirtschaftsbeziehungen faktisch erwirken und schließlich die unvermeidlichen Anpassungslasten nach der ökonomischen Leistungsfähigkeit verteilen. Damit verbunden mag auch eine prinzipielle Skepsis gegenüber einer unilateralen Vorreiterrolle (selbst aus einer Position der Stärke heraus) und einem gegebenenfalls damit verbundenen First-Mover Advantage sein. Drittens herrscht die entweder lobbyistisch oder dogmatisch bedingte (empirisch kaum gestützte) Grundauffassung von der Dominanz der negativen Anreiz- und Wachstumseffekte einer gleichmäßigeren Verteilung der Zuwächse oder Niveaus von Löhnen und Gewinnen, Einkommen und Vermögen sowie von der Dominanz negativer Einkommenseffekte über Substitutions- und Wachstumseffekte effektiver umweltpolitischer Maßnahmen.

Dies sind die »neuen Sachzwänge«, auf die sich die Politik – individuell rational, aber sozial ineffizient – recht gerne beruft. Abhilfe von solchen Tendenzen kann durch die Formulierung von Kritik sowohl aus dem Wissenschaftsbereich als auch aus der basisdemokratischen Sphäre der Zivilgesellschaft kommen.

Zivilgesellschaftliche Bewegungen (hauptsächlich gesamtgesellschaftlich ausgerichtete Institutionen und ihre Netzwerke wie das »Sammelbecken« ATTAC) kritisieren das Vorschützen von Sachzwängen durch die Politik oder die Verstricktheit der Politik mit relativ gut organisierten Partikular- und politischen Machtinteressen. Insbesondere angeprangert werden die dem Idealbild einer wirklich inhaltlich statt bloß formell praktizierten Demokratie eher wenig entsprechenden Entscheidungen diverser Institutionen auf internationaler Ebene (nicht alle wissen, worüber sie sich nun unter zeitlichem und gruppendynamischem Druck entscheiden sollen). Dazu passend formuliert Dennis Mueller ganz allgemein, dass Unsicherheit das Potential zur Machtausübung schaffe, und Information in die Lage versetze, dieses Potential auch auszunutzen. Letztlich geht es wohl um ein ubiquitäres Defizit an Statesmanship. Möglicherweise kann solch ein Manko kraft der Macht des Souveräns kompensiert werden, vielleicht sogar ohne den so gering geschätzten »Druck von der Straße«, nämlich dann, wenn das ökonomische Kalkül der »rationalen Unwissenheit« der Downs'schen WählerInnen nicht mehr vorherrscht.

Doch selbst wenn durch eine Zentralisierung, sollte sie je gelingen, wesentliche wirtschaftspolitische Kompetenzen auf inter- oder supranationaler Ebene (z.B. bei einer Weltzentralbank) konzentriert und abgesichert und dadurch die Abstimmungskosten minimiert werden, ist dadurch per se noch keine sozialplanerische Optimallösung gewährleistet. Stephan Schulmeister meint dazu, eine Weltwährung wolle er nicht propagieren, würde sie durch eine EZB administriert. Gute demokratische Praxis ist eine ständige und aufwendige Herausforderung, wie Friedrich Hayek unterstreicht, verheißt aber potentiell sozial effiziente Ergebnisse.

Komplementär dazu mag es an der Wirtschaftswissenschaft als einer Sozialwissenschaft und dabei vornehmlich an den, wie William Baumol und Alan Blinder sie nennen, »Dissenters« in der ökonomischen Profession liegen, die praktische Anwendbarkeit der theoretischen Erklärungsansätze substanziell zu erhöhen und dazu nötigenfalls Methodik und Programm ihrer Forschung zu modifizieren. Vermutlich muss die Methodik an zeitloser Statik verlieren und an historisch-evolutionärer Dynamik (Prozessbedingtheit) gewinnen. Der ökonomisch Sinn machende Protektionismus der Historischen Schule müsste dabei, wie Brian Arthur zeigt, wieder Beachtung finden. Die Kriterien der Machbarkeit (im Unterschied zum Modellplatonismus) und Nachhaltigkeit werden dabei an Bedeutung gewinnen. Mit Nachhaltigkeit ist hier

nicht nur der Aspekt der Ressourcenkonservation gemeint, sondern, was die Verteilung betrifft, auch die Gesichtspunkte der ökonomischen wie sozialen und somit letztlich der politischen Aufrechterhaltung der Globalisierung. Interdisziplinärer Austausch mit anderen sozial relevanten Wissenschaften zur Förderung der »sozialwissenschaftlichen Intuition« in der Ökonomie, wie Bruno Frey sich ausdrückt, ist zwar methodisch schwierig, aber potentiell ergiebig.

Globalisierung ja oder nein ist keine hypothetische Frage; sie passiert. Die Frage nach der Gestaltung der Globalisierung ist sinnvollerweise zunächst eine grundlegende, allgemein ökonomische und nicht primär eine des graduellen Ausmaßes von Globalisierung. Zuerst müssen der politische Wille und dessen wissenschaftliche Unterstützung vorhanden sein, dann geht es um Verhandlungen und das Setzen von vielleicht sogar unilateralen ersten Schritten. Mit wenigen, einfachen, allheilmittelartigen Maßnahmen wird die Herausforderung einer wirtschaftspolitisch unzureichend begleiteten, aber fortschreitenden Globalisierung nicht gemeistert werden können. Wie in der Beschäftigungspolitik wird ein allseitiger Ansatz erforderlich sein. Die Welt ist allein schon wegen der regional so unterschiedlichen wirtschaftlichen Situationen reif für eine sozial effiziente, nachhaltige Globalisierung, aber Wissenschaft und Politik dürften dazu noch nicht bereit sein.



Karl Wohlmuth*

Wichtig ist die Gestaltung der Globalisierung

Kontroversen über Globalisierung

Die Frage »Wie viel Globalisierung verträgt die Welt« impliziert, dass es Grenzen für die Akzeptanz des Globalisierungstrends gibt und dass ein gewisser Spielraum für die Gestaltung der Globalisierung besteht. Wichtig ist die korrekte Diagnose des Phänomens, also die Identifizierung der Triebkräfte der Globalisierung; wichtig ist aber vor allem auch die Frage, inwieweit eine Bereitschaft zur Anpassung der nationalen und internationalen Rahmenbedingungen an das Tempo der Globalisierung besteht. Die »Globalisierungskritiker« wie auch die »Globalisierungsbefürworter« unterstellen Gestaltungsmöglichkeiten. Die Globalisierungskritiker argumentieren, dass durch die Stärkung der Schutzrolle des Nationalstaates und durch internationale Regulierungen (Global Governance) das Globalisierungstempo und die Auswirkungen der Globalisierungsdynamik beeinflusst werden können. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Gestaltung der Globalisierung reichen von einer eher selektiven Öffnung der Volkswirtschaften bis zur Einführung einer global wirksamen »Tobin-Steuer«, um »Sand ins Getriebe« der Globalisierung zu bringen. Die Globalisierungsbefürworter wiederum setzen auf die Vollendung der internationalen ökonomischen Integration durch Liberalisierung, Deregulierung, Öffnung, Privatisierung, um so auch in den Entwicklungs- und Transformationsländern die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration in den Globalisierungsprozess zu schaffen. Die Welt verträge in dieser Sicht noch sehr viel mehr an Globalisierung, da der Spielraum bisher bei weitem noch nicht ausgeschöpft sei. Die empfohlenen Gestaltungsmöglichkeiten liegen dabei in einer weiteren konse-

* Prof. Dr. Karl Wohlmuth ist Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Internationales Management an der Universität Bremen.

quenten Öffnung der Volkswirtschaften und in transparenten internationalen Rahmenbedingungen.

Ein Dialog über die Ursachen, Triebkräfte, Auswirkungen und die Gestaltungsmöglichkeiten der Globalisierung findet aber zwischen diesen beiden Gruppen nicht statt. Beispiele dafür gibt es viele. Der Zustand des Welthandelssystems wird von beiden Gruppen beklagt: zunehmende Bedeutung von Antidumpingverfahren, Probleme im Marktzugang für Entwicklungs- und Transformationsländer bei »sensiblen« Produkten, wenig transparente Handelsbarrieren im nichttarifären Bereich, seit Jahrzehnten unverändert hohe Produktionssubventionen im Agrarbereich der Industrieländer von etwa 200 Mrd. US-Dollar allein im Jahre 2000. Dazu kommen protektionistische Momente in der Politik von regionalen Wirtschaftsintegrationsräumen sowie protektionistische Tendenzen, die den Zugang zu und die Verbreitung der neuen Technologien so behindern, dass der Aufholprozess der Entwicklungs- und Transformationsländer blockiert wird.

All diese der Globalisierung widersprechenden Tendenzen werden von den beiden Gruppen aber ganz unterschiedlich interpretiert. Für die Globalisierungskritiker handelt es sich dabei um eine Folge der Integration ungleich entwickelter Ökonomien in den Prozess der Globalisierung, so dass Ungleichheiten und Instabilitäten im internationalen System verstärkt werden. Die Globalisierungsbefürworter wiederum sehen in diesen protektionistischen Maßnahmen nur Reste der alten Ordnung, die im Prozess der Globalisierung recht schnell und endgültig überwunden werden können. Übersehen wird, dass diese Blockaden der Globalisierung offensichtlich jahrzehntelang Bestand haben und dass daher der Prozess der Globalisierung sehr selektiv verläuft.

Die Grenzen der Gestaltung der Globalisierung

Dies bedeutet, dass zunächst die Triebkräfte der Globalisierung analysiert und dann die Gestaltungsbedarfe und -potentiale im Kontext der Globalisierung realistisch eingeschätzt werden müssen. Es zeigt sich aber die Tendenz, alle beobachtbaren integrativen und strukturellen Entwicklungen in der Weltwirtschaft mit dem Prozess der Globalisierung in Verbindung zu bringen. Die Globalisierungsbefürworter sehen in der VR China ein Musterbeispiel für aufholende Entwicklung durch eine konsequente Nutzung der Vorteile der Globalisierung. China verdanke der Globalisierung nicht nur den Aufstieg zu einer Weltwirtschaftsmacht, sondern auch die starke Reduzierung der Armut und den Abbau von intraregionalen Ungleichheiten zwischen Stadt und Land. Übersehen wird aber, dass China seit 1978 seine konsequente Reformpolitik in verschiedenen Schritten nationalstaatlich gestützt und den Ablauf der Reformen planvoll gestaltet hat. Keineswegs hat China nur eine Politik der

»Öffnung« der Volkswirtschaft betrieben, um die Vorteile der Globalisierung zu nutzen.

Die Ursachen für alle diese Missverständnisse liegen jedoch tiefer. Über die allgemeinen Ursachen, die Ausprägungen, die historischen Etappen, die Transmissionsmechanismen und die Auswirkungen der Globalisierung gibt es viele Studien, doch dieses Wissen reicht nicht hin. Gestaltung setzt voraus, dass wir mehr über die eigentlichen Triebkräfte der Globalisierung wissen müssen. Dann erst zeigen sich die Grenzen für die Gestaltung der Globalisierung. Die Haupttriebkräfte der Globalisierung liegen im Bereich der technologischen Entwicklungsdynamik einerseits und im Bereich der Dynamik auf den Finanzmärkten andererseits. Es sind vor allem die »Technologie-Globalisierung« und die »Finanz-Globalisierung«, die das Tempo wechselseitig verstärken und die Richtung der Globalisierung bestimmen. Die international operierenden Unternehmen, Banken und Finanzinstitute sind es, die durch technisch-organisatorische Innovationen einerseits und durch Finanzinnovationen andererseits die Globalisierung ständig vorantreiben. Die unternehmerischen Aktivitäten in diesen Bereichen sind einerseits beeinflussbar durch nationale technologie- und finanzsektorpolitische Rahmenbedingungen, andererseits aber durch global ausgehandelte und auch global wirksame Institutionen, Anreize und Regulierungen. Wenn nun große und multinationale Akteure (Unternehmen, Finanzinstitute und Banken) die Richtung und das Tempo der technologischen und der finanziellen Globalisierung bestimmen, dann wird der Gestaltungsspielraum für Nationalstaaten und auch für internationale Organisationen weithin begrenzt sein. Mit den üblicherweise präsentierten einfachen Indikatoren der Globalisierung (Messung der Handelsöffnung, der Dynamik der Direktinvestitionen und der Zunahme der grenzüberschreitenden Kapitaltransaktionen) lässt sich das Phänomen der Globalisierung dann eben nicht mehr erfassen. Wie wichtig diese Triebkräfte der Globalisierung sind, das zeigen die jährlich präsentierten Daten zur technologischen Kapazität von multinationalen Unternehmen (so im World Investment Report der UNCTAD), die Daten zur technologischen Leistungsfähigkeit von Ländern (so im Human Development Report des UNDP) und die Daten über die Entwicklung der globalen Finanzmärkte und die Rolle der international operierenden Finanzinstitutionen (so in den Berichten des IWF bzw. der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich). Die finanzielle Globalisierung verstärkt (»finanziert«) die technologische Globalisierung, und die technologische Globalisierung »schiebt« die finanzielle Globalisierung an (durch neue technische und logistische Expansionsinstrumente).

Über die Auswirkungen dieser Triebkräfte der Globalisierung fehlen bislang aber Analysen und Bewertungen hinsichtlich der Gestaltungspotentiale. Es gibt zudem nur allgemeine Hypothesen über die Gewinner und Verlierer dieser Globa-

lisierungstrends. In Abhängigkeit von der internationalen Ausrichtung der Akteure und des Grades der Mobilität von Faktoren, die diese Akteure nutzen, werden Chancen für Nationalstaaten, Unternehmen und Arbeitnehmer gesehen. Um die Globalisierung gestalten zu können, ist es aber notwendig, die Gewinner und Verlierer auf innerstaatlicher und auf internationaler Ebene zu identifizieren.

Zwei Ebenen bieten sich für die Gestaltung der Globalisierung an: die nationalstaatliche Ebene und die internationale Ebene.

Gestaltung der Globalisierung durch den Nationalstaat

Eine wesentliche Voraussetzung dafür, auf die Globalisierung reagieren und zunehmende Konflikte durch die Globalisierung in Zukunft vermeiden zu können, ist die Reaktivierung der Handlungsspielräume des Nationalstaates, insbesondere auch in den Entwicklungs- und Transformationsländern. Die Vorteile aus der weiteren internationalen ökonomischen Integration können nur dann konfliktbegrenzend im internationalen System durchgesetzt werden, wenn die Erosion des Nationalstaates in den durch die Globalisierung bestimmten Feldern gestoppt wird und indem neue Handlungsmöglichkeiten erschlossen werden. Ein Umdenken zeigt sich auch in den internationalen Organisationen (Weltbank, IWF, EBRD, regionale Entwicklungsbanken), denn im »Nach-Washington-Konsens« wird dem Staat wieder eine gewichtige Steuerungs- und Transmissionsrolle bei der Gestaltung der Globalisierungstrends zugewiesen. Jeder Nationalstaat im Prozess der Globalisierung muss daher funktionsfähige Institutionen zur Organisation der Wirtschaftspolitik, zur Organisation der sozialen Sicherung, zur Organisation der Infrastruktur im materiellen und immateriellen Bereich und zur Organisation der Rahmenbedingungen für eine private Eigentumsordnung aufbauen und die öffentlichen Güter im notwendigen Umfang zur Verfügung stellen. Ganz entscheidend ist aber auch die Reaktion des Nationalstaates auf die zentralen Triebkräfte der Globalisierung, indem der Staat die nationalen Innovations- und Finanzsysteme im Schumpeterschen/Neo-Schumpeterschen Sinne aufbaut bzw. weiterentwickelt, um so mit den Globalisierungstrends Schritt halten zu können. Die Entwicklungs- und Transformationsländer werden nicht nur durch konsequente wirtschaftspolitische Reformen und durch schnelle Fortschritte beim Aufbau von Infrastrukturen und Institutionen befähigt, Vorteile aus der Globalisierung zu ziehen. Immer wichtiger wird der Aufbau von »nationalen Innovationssystemen« und von »nationalen Finanzsystemen«, um die Entwicklung der nationalen Ökonomie dynamisch zu gestalten und um Impulse von den internationalen Finanzmärkten und von der globalen technologischen Entwicklung wohlfahrtssteigernd aufzunehmen und ver-

arbeiten zu können. Nationale Innovationssysteme bündeln all jene Akteure und Institutionen in den privaten und öffentlichen Sektoren, die für das Tempo und die Richtung der Innovationen bestimmend sind (Unternehmen, Einrichtungen der Bildung und Wissenschaft, Technologietransferinstitutionen, Banken und Finanzierungseinrichtungen aller Art, und Behörden, die für Patentrechte, Standards und die Forschungsförderung zuständig sind). Die Akteure und Institutionen können dann durch Anreize zum Aufbau von Netzwerken besser verbunden werden. Entsprechend bündeln Nationale Finanzsysteme Akteure und Institutionen, die für die Stabilität, Innovationsfähigkeit und Dynamik des gesamten Finanzsystems wichtig sind (Zentralbank, Banken und Finanzunternehmen, wirtschaftspolitische Akteure, Aufsichtsbehörden, Märkte und Börsen sowie Venture Capital-Institutionen). Auch diese Akteure und Institutionen können durch gezielte Anreize besser vernetzt werden, was zu innovativen Finanzierungen und zu mehr Attraktivität für internationale Investitionen führen kann. Gelingt es, diese »nationalen Systeme« zu stärken und international zu öffnen, also Anreize für Innovationen und internationale Transfers zu geben, dann wird auch der Standort als ökonomische Region attraktiver. Auch in Entwicklungs- und Transformationsländern gibt es genug Möglichkeiten, diese Systeme zu entwickeln und zu stärken, also transparenter, offener und effektiver zu gestalten. Die Erfahrungen in den Reformländern zeigen, dass makroökonomische Stabilisierungsschritte schnell wieder untergraben werden, wenn solche nationalen Systeme nicht konsequent genug ausgestaltet werden. Erfolge von ökonomischen Regionen stellen sich im Prozess der Globalisierung aber ein, wenn der Staat die privatwirtschaftliche Entwicklung in dieser Hinsicht aktiv fördert; dies zeigen Länder wie Finnland, Slowenien, Mauritius und Chile, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Reaktivierung des Staates in diesen Schlüsselbereichen ist daher von wesentlicher Bedeutung, um mit dem Globalisierungstempo Schritt halten zu können. Das bedeutet auch, dass so der fiskalische Spielraum des Staates eher gesichert werden kann, der auch nötig ist, um die Verlierer im Prozess der Globalisierung (kleine und mittelständische Unternehmen und Arbeitnehmer mit geringeren Qualifikationen) fördern und integrieren zu können.

Gestaltung der Globalisierung durch »Global Governance«

Global Governance ist ein Schlüsselwort, wenn es um die Gestaltung der Globalisierung geht. Im Prinzip geht es um die Weiterentwicklung bzw. Erneuerung des Systems der internationalen und supranationalen Organisationen, um so die Voraussetzungen für eine weitere internationale Integration zu sichern. Es geht bei der Global Governance vor allem aber darum, wichtige internationale öffentliche Güter

wie Stabilität, Sicherheit, Umwelt- und Ressourcenschonung, Entwicklung und Gerechtigkeit effizient zu produzieren und den Zugang zu diesen Gütern zu regeln. Dies soll im Rahmen einer neuen Struktur der Vernetzung von internationalen Organisationen, Nationalstaaten und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen geschehen. Die Realität ist aber in dieser Hinsicht wenig erfreulich. Die internationalen Organisationen zeigen wenig Bereitschaft zu koordiniertem Vorgehen, und die Aufgaben und Programme überlappen sich. Die Arbeit der vielen Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit (Weltbank, UNDP, regionale Entwicklungsbanken und -fonds, bilaterale Geber und NROs) zeigt beispielhaft, wie wenig abgestimmt, effizient und nachhaltig die Produktion der internationalen öffentlichen Güter »Entwicklung« und »Gerechtigkeit« tatsächlich erfolgt. Unterschiedliche Ausgangsbedingungen, Stimm- und Entscheidungsrechte, organisatorische Strukturen und Erwartungen beeinträchtigen Programme und Finanzierungen und behindern die Etablierung einer neuen Struktur der Global Governance. Für wichtige Bereiche, die mit den Triebkräften der Globalisierung zu tun haben, gibt es überhaupt noch keine internationalen Organisationen, die als Produzenten internationaler öffentlicher Güter in Frage kämen (internationale Technologiepolitik und internationale Technologietransfers, internationale Wettbewerbspolitik, multilaterale Abkommen über Investitionen, Weltklima, Weltumweltschutz, Weltfinanzen etc.). Allenfalls gibt es stark zersplitterte Aufgabenverteilungen in manchen dieser Bereiche. So haben UNCTAD, OECD, Weltbank, WTO und die WIPO neben anderen Institutionen gewisse Aufgaben im Bereich der ausländischen Investitionen und der Technologietransfers. Im Bereich des internationalen Finanzsystems haben IWF, Weltbank, BIZ, das Financial Stability Forum und viele andere internationale Vereinigungen und Verbände Aufgaben bei der Schaffung von Transparenz und bei der Koordination der Akteure zur systemischen Sicherung des globalen Finanzsystems übernommen. Für die institutionelle Ausgestaltung der internationalen Innovations- und Finanzsysteme, die für die weitere internationale ökonomische Integration so wichtig sind, gibt es daher noch keine analytisch und organisatorisch überzeugenden Lösungen zur Gestaltung der Globalisierung. Die Folgen der technologischen und finanziellen Globalisierung können aber nur durch die Kooperation von globalen und nationalen Anbietern von öffentlichen Gütern bewältigt werden. Auch regionale Wirtschaftsgemeinschaften werden dabei eine immer wichtigere Rolle spielen.

Wie viel Globalisierung verträgt die Welt? Die weitere internationale ökonomische Integration hängt daher von der Bereitschaft nationaler, regionaler und globaler Akteure ab, komplexe institutionelle Anpassungen und Kooperationen in den genannten Bereichen durchzusetzen.

Die Beiträge sind auszugsweise in englischer Sprache im CESifo Internet Forum auf unserer Website www.cesifo.de zu finden.

Freiwillige Versicherung in einer mit Pauschalbeiträgen finanzierten GKV: Ein Kommentar zu einem Vorschlag des Sachverständigenrats

17

Matthias Wrede*

Der Sachverständigenrat hat in seinem Jahresgutachten 2002/03 den Vorschlag unterbreitet, die gesetzliche Krankenversicherung durch Kopfpauschalen zu finanzieren, ohne zugleich die gesamte Wohnbevölkerung in die Versicherungspflicht zu nehmen. Prof. Dr. Matthias Wrede zeigt in diesem Beitrag, dass eine Aufrechterhaltung der Option der freiwilligen Versicherung jenseits einer Versicherungspflichtgrenze in Verbindung mit der Änderung der Finanzierung zu einer Verschärfung der Risikoentmischung zu Lasten der Gesetzlichen Krankenversicherung führen würde.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) weist in seinem neuesten Jahresgutachten mit einer Reihe von aufeinander abgestimmten Reformvorschlägen Wege aus der Krise des Gesundheitswesens (vgl. SVR 2002, Ziffern 483–531). Mit den ausgabenseitigen Reformkonzepten, die auf mehr Wettbewerb, stärkere Eigenverantwortung und veränderte Leistungsabgrenzung abstellen, wird der Sachverständigenrat zumindest unter Ökonomen viel Zustimmung ernten. Das Gleiche trifft für die Forderung des Sachverständigenrats zu, den Wettbewerb der privaten Krankenversicherung durch die Einführung der Portabilität individualisierter Altersrückstellungen zu intensivieren.

Die darüber hinaus gehenden einnahmeseitig orientierten Forderungen sind auch in Ökonomenkreisen weniger unstrittig. Zum einen spricht sich der Sachverständigenrat gegen »diskretionäre Ausweitungen der Beitragsgrundlagen« durch eine »Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze beziehungsweise der Beitragsbemessungsgrenze ... oder einer Einbeziehung von Vermögenseinkommen in die Beitragsgrundlagen« aus (SVR 2002, Ziffer 510). Dieses Diktum geht einher mit der Ablehnung der Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auf die gesamte Wohnbevölkerung (vgl. SVR 2002, Ziffer 523) und steht im Einklang mit der bereits in der Vergangenheit geäußerten Skepsis gegenüber einer Ausdehnung des Kreises der Sozialversicherungspflichtigen (vgl. für die Rentenversicherung SVR 2001, Ziffer 254). Obwohl der Sachverständigenrat anerkennt, dass die Einbeziehung bisher von der Sozialversicherungspflicht ausgeklammerter Bevölkerungsgruppen grundsätzlich der Erhö-

hung der horizontalen Gerechtigkeit dienen würde, gelangt er vor dem Hintergrund der Finanzierungsprobleme des Umlageverfahrens bei einer alternden Bevölkerung und der Notwendigkeit, kapitalgedeckte Systeme zu stärken, in einer Gesamtwürdigung zu dieser ablehnenden Haltung (vgl. SVR 2002, Ziffer 523).

Zum anderen fordert der Sachverständigenrat mit dem »Übergang von der derzeitigen lohnzentrierten Beitragsfinanzierung zu einem System von Kopf-Pauschalen, die den durchschnittlichen Gesundheitskosten entsprechen« in der GKV einen Systemwechsel (SVR 2002, Ziffer 519). Als ein Vorteil eines solchen Systemwechsels wird sicher zu Recht die Trennung der Arbeitskosten von den Kosten der Gesunderhaltung genannt. Darüber hinaus würde eine derartige Umstellung den Risikostrukturausgleich, der auch nach Auffassung des Sachverständigenrats eine stärkere Morbiditätsorientierung erhalten sollte, von einkommensabhängigen Elementen befreien und damit die Durchführungskosten des Risikostrukturausgleichs senken. Distributiv motivierten Einwänden begegnet der Sachverständigenrat mit dem Verweis auf einen kompensierenden Ausbau des Steuer- und Transfersystems. Ein Vorbild des Vorschlags des Sachverständigenrats könnte die Schweiz sein, in der die Beiträge zur sozialen Krankenversicherung als Kopfprämien erhoben werden, wobei Bezieher niedriger Einkommen aber Unterstützung erhalten. Im Gegensatz zur Konzeption des Sachverständigenrats ist in der Schweiz aber die gesamte Wohn-

* Prof. Dr. Matthias Wrede lehrt an der RWTH Aachen Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft. Der Autor dankt Mathias Kifmann für wertvolle Kommentare.

bevölkerung in der sozialen Krankenversicherung versicherungspflichtig. Dem Sachverständigenrat schwebt hingegen ein Nebeneinander von mit Kopfpauschalen finanzierter GKV und privater Krankenversicherung vor, das für den Kreis der Versicherten, deren Einkommen die Versicherungsgrenze der GKV übersteigt, die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung in der GKV bzw. des Wechsels in die private Krankenversicherung eröffnen sollte. Dass auf diesem Wege »die Risikoentmischung zu Lasten der Gesetzlichen Krankenversicherung reduziert wird«, sieht der Sachverständigenrat sogar als besonderen Vorteil der Kopfpauschalen an (SVR 2002, Ziffer 519). Im Einzelnen heißt es im Gutachten: »Ein solcher Systemwechsel hätte die großen Vorteile, dass zum einen das Problem der Risikoentmischung zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen entschärft würde, da sich als Folge der Orientierung der Prämien an den Gesundheitskosten für viele potentielle Wechsler zur Privaten Krankenversicherung Beitragsentlastungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung einstellen würden ...« (SVR 2002, Ziffer 521). Dieser Einschätzung des Sachverständigenrats ist entschieden zu widersprechen.

Ein Nebeneinander von nicht subventionierten pauschal finanzierten Versicherungen und solchen Versicherungen, die risikoadjustierte Prämien verlangen, ist gar nicht möglich, sofern allen Versicherungsnehmern die Wahl der Versicherung überlassen bleibt, Risiken ungleich verteilt sind und den Versicherungen offenbart werden müssen. Diese Erkenntnis folgt aus dem im Rahmen der Theorie der Märkte für private Krankenversicherungen ableitbaren Ergebnis, dass ein vereinendes Gleichgewicht, in dem Versicherte unterschiedlicher Risikoklassen die gleiche Prämie zahlen, nicht existiert (vgl. etwa Breyer, Zweifel und Kifmann 2002, S. 191 ff.).

Das einfache stilisierte Modell des folgenden Abschnitts wird zeigen, dass Kopfprämien in Verbindung mit Freiheit in der Wahl der Versicherung jenseits einer Versicherungspflichtgrenze die Risikoentmischung zu Lasten der GKV nicht verringern, sondern verstärken. Kopfprämien treiben zwar potentielle Wechsler in geringerem Maße als einkommensbezogene Prämien in die private Versicherung. Doch diese Tatsache gereicht der GKV nicht zum Vorteil, sondern zum Nachteil; denn es werden die schlechten Risiken sein, die höhere Kosten als Beitragsleistungen verursachen, welche von einem Wechsel zur privaten Krankenversicherung bei Kopfprämien Abstand nehmen werden.

Ein einfaches Modell

Das folgende Modell ist so einfach wie möglich und so kompliziert wie nötig, um die Konsequenzen zu untersuchen, die sich ergeben, wenn Beziehern von Einkommen jenseits der Versicherungspflichtgrenze die Möglichkeit eingeräumt wird,

sich freiwillig in der GKV zu versichern. Im Mittelpunkt wird dabei die Finanzierung der GKV stehen, um die wesentlichen Folgen der freiwilligen Versicherung bei einkommensbezogenen Beiträgen mit denen bei Kopfpauschalen vergleichen zu können. Die beitragsfreie Familienversicherung und die Beschränkung der Bemessungsgrundlage der Beiträge zur (Pflicht-) Krankenversicherung auf das Lohn Einkommen werden dabei ausgeblendet. Das Modell berücksichtigt auch nicht, dass freiwillig Versicherte den Arbeitgeberanteil selbst zahlen müssen. Die explizite Berücksichtigung des letztgenannten Umstandes würde die Kernaussage des Modells noch verstärken.

Die Bevölkerung, d.h. die Gesamtheit der Versicherungsnehmer, wird als ein gleichmäßig verteiltes Kontinuum auf dem Intervall $[Y_{\min}, Y_{\max}]$ betrachtet mit einer konstanten Dichte N , so dass die Zahl der Versicherungsnehmer gleich $[Y_{\max} - Y_{\min}]N$ ist. $[Y_{\min}, Y_{\max}]$ ist das Intervall, in dem die exogenen Einkünfte der Versicherungsnehmer liegen. Die Bevölkerung ist in n Risikoklassen unterteilt, wobei die i -te Risikoklasse durch die Erkrankungswahrscheinlichkeit p_i charakterisiert ist, mit $p_1 < p_2 < \dots < p_n$ und $n \geq 2$. Mit anderen Worten: Die erste Risikoklasse stellt das beste Risiko dar, die n -te Klasse das Schlechteste. Die Verteilung der Erkrankungsrisiken sei unabhängig vom Einkommen. Der Anteil der Mitglieder der i -ten Risikoklasse an der Gesamtheit der Versicherungsnehmer mit gleichem Einkommen wird mit μ_i bezeichnet, mit $\sum_{i=1}^n \mu_i = 1$. Der Einfachheit halber wird nur eine einzige Krankheitsform betrachtet, die Behandlungskosten L nach sich zieht. Die Informationen über die Erkrankungsrisiken sind symmetrisch verteilt; Versicherungsnehmer und Versicherungen schätzen das Erkrankungsrisiko eines konkreten Versicherungsnehmers gleich hoch ein.

Die Versicherungspflichtgrenze V ist zugleich Beitragsbemessungsgrenze, mit $Y_{\min} < V < Y_{\max}$. Beziehern niedrigerer Einkünfte sind pflichtversichert in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Jenseits der Versicherungspflichtgrenze besteht die Wahl zwischen der Gesetzlichen Krankenversicherung und einer privaten Krankenversicherung. Gesetzliche wie private Krankenversicherung weisen ein gleiches Leistungsniveau auf und bieten ausschließlich Vollversicherungen an, so dass das verfügbare Einkommen jedes Versicherten eine sichere Größe ist. Dabei wird angenommen, dass jedes Individuum den Eintritt in die Gesetzliche Krankenversicherung dem Zustand ohne Versicherung vorzieht, so dass die komplette Bevölkerung einen Versicherungsschutz aufweist. Das Ziel jedes Versicherten, dem ein Wahlrecht bei der Krankenversicherung zugestanden wird, sei es, sein verfügbares Einkommen zu maximieren bzw. seinen Beitrag zur Krankenversicherung zu minimieren.¹

¹ Der Verzicht auf die Einbeziehung von nicht-monetären Nutzeneinbußen bei Erkrankung oder die konkrete Modellierung der Risikoaversion ist bei gleichen Leistungen aller Versicherungen und der Beschränkung auf Vollversicherungen völlig unerheblich.

Auf dem Markt für private Krankenversicherungsleistungen führt der unbeschränkte Preiswettbewerb bei Vernachlässigung von Verwaltungskosten dazu, dass der Gewinn jeder Versicherung gleich null ist und nur risikoadjustierte, aber einkommensunabhängige Verträge angeboten werden. Jede Versicherung, die bei der Prämiengestaltung das Erkrankungsrisiko ignoriert, würde die Kunden mit einem niedrigeren Erkrankungsrisiko an Konkurrenten, die risikobezogene Prämien verlangen, verlieren. Ein Mitglied der i -ten Risikoklasse zahlt die Prämie $p_i L$, so dass bei einem Einkommen Y das verfügbare Einkommen gleich $Y - p_i L$ ist.

Wenn die Beträge zur GKV von der Höhe des Einkommens abhängen, beträgt das verfügbare Einkommen bei einem Beitragssatz b für einen Versicherten, dessen Einkommen die Versicherungspflicht- bzw. Beitragsbemessungsgrenze überschreitet, $Y - bV$ und ist damit für alle Personen mit einem Versicherungswahlrecht gleich hoch und unabhängig vom Erkrankungsrisiko. Aus dieser Gruppe werden sich also höchstens diejenigen für die GKV entscheiden, die ein relativ hohes Erkrankungsrisiko aufweisen. Die Gruppe der freiwillig Versicherten in der GKV lässt sich daher mit

$$N \int_V^{Y_{max}} \left(\sum_{i=k}^n \mu_i \right) dY$$

beschreiben. Dabei ist k der Index der besten Risikoklasse, deren Mitglieder sich eben noch für die GKV entscheiden. Ein Versicherungsgleichgewicht ist gegeben, wenn (a) jede private Krankenversicherung einen Gewinn von null erzielt und keine Möglichkeit hat, diesen zu erhöhen, wenn (b) das Budget der GKV ausgeglichen ist und wenn (c) kein Versicherungsnehmer durch den Wechsel der Versicherung seine Beitragslast reduzieren könnte. Die Budgetgleichung der GKV lautet im Gleichgewicht

$$b \left[\int_{Y_{min}}^V Y N dY + \int_V^{Y_{max}} \left(\sum_{i=k}^n \mu_i \right) V N dY \right] = \left[\left(\sum_{i=1}^k \mu_i p_i \right) \int_{Y_{min}}^V N dY + \left(\sum_{i=k}^n \mu_i p_i \right) \int_V^{Y_{max}} N dY \right] L.$$

Die linke Seite gibt die Beiträge der Pflicht- und freiwillig Versicherten an, die rechte Seite die erwarteten Behandlungskosten der Versicherten der GKV ebenfalls getrennt nach Pflichtversicherten und freiwillig Versicherten. Hierbei gibt $\sum_{i=k}^n \mu_i p_i$ das durchschnittliche Erkrankungsrisiko für die Gesamtheit der Risikoklassen k bis n an. Der Beitragssatz im Gleichgewicht beträgt daher

$$(1) \quad b = \frac{\left(\sum_{i=1}^k \mu_i p_i \right) (V - Y_{min}) + \left(\sum_{i=k}^n \mu_i p_i \right) (Y_{max} - V)}{\frac{V^2 - Y_{min}^2}{2} + V \left(\sum_{i=k}^n \mu_i \right) (Y_{max} - V)} L.$$

Wenn ohne Beschränkung der Allgemeinheit angenommen wird, dass ein Versicherungsnehmer nur dann zu einer privaten Krankenversicherung abwandert, falls er dadurch sein

verfügbares Einkommen erhöht, dann wird eine Person der Risikoklasse j mit Versicherungswahlrecht der GKV angehören, falls auf der Basis von (1) $bV \leq p_j L$ gilt. Diese Ungleichung ist äquivalent zu²

$$(2) \quad \left[\left(\sum_{i=1}^n \mu_i p_i \right) - \left(\frac{V + Y_{min}}{2V} \right) p_j \right] (V - Y_{min}) \leq \left(\sum_{i=k}^n \mu_i (p_j - p_i) \right) (Y_{max} - V).$$

Dabei ist $(V + Y_{min})/2V < 1$. Für Mitglieder der günstigsten Risikoklasse 1 ist diese Ungleichung nie erfüllt, da die linke Seite für diese Gruppe positiv und die rechte Seite negativ ist. Folglich werden diejenigen, die das geringste Erkrankungsrisiko aufweisen, sich immer für die private Krankenversicherung und niemals für die GKV entscheiden. Der Grund ist schlichtweg, dass die GKV zu Lasten der guten Risiken umverteilt. Offener ist die Frage, ob die Mitglieder der schlechtesten Risikoklasse »sich im Gleichgewicht« privat versichern. Da dann k nicht kleiner oder gleich n wäre, ist das immer dann der Fall, wenn

$$(3) \quad \frac{V}{V + Y_{min}} > \frac{p_n}{\sum_{i=1}^n \mu_i p_i}$$

erfüllt ist. Je größer der Abstand zwischen der Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze zum durchschnittlichen Einkommen der Pflichtversicherten ist bzw. je weniger das Erkrankungsrisiko dieser Risikoklasse vom durchschnittlichen Erkrankungsrisiko abweicht, desto eher werden sich auch die Versicherten dieser Risikoklasse privat versichern. Mit anderen Worten: Je mehr die GKV einkommensabhängig umverteilt bzw. desto homogener die Erkrankungsrisiken sind, desto eher tritt keine Risikoentmischung zu Lasten der GKV auf.

Falls die Ausgaben der GKV, dem Vorschlag des Sachverständigenrats folgend, mittels einer Kopfpauschale B finanziert werden würden, würde die Budgetgleichung der GKV die folgende Form annehmen:

$$B \left[\int_{Y_{min}}^V N dY + \int_V^{Y_{max}} \left(\sum_{i=k}^n \mu_i \right) N dY \right] = \left[\left(\sum_{i=1}^k \mu_i p_i \right) \int_{Y_{min}}^V N dY + \left(\sum_{i=k}^n \mu_i p_i \right) \int_V^{Y_{max}} N dY \right] L,$$

so dass die GKV die Kopfpauschale in der Höhe

$$(4) \quad B = \frac{\left(\sum_{i=1}^k \mu_i p_i \right) (V - Y_{min}) + \left(\sum_{i=k}^n \mu_i p_i \right) (Y_{max} - V)}{V - Y_{min} + \left(\sum_{i=k}^n \mu_i \right) (Y_{max} - V)} L$$

² Im Anhang wird gezeigt, dass die gleichgewichtige Risikoklasse eindeutig bestimmt werden kann.

ansetzen müsste. Ein Verbleib in der GKV lohnt sich, falls auf der Basis von (4) $B \leq p_j L$ bzw.

$$(5) \left(\sum_{j=1}^n \mu_j (p_j - p_j) \right) (V - Y_{min}) \leq \left(\sum_{j=k}^n \mu_j (p_j - p_j) \right) (Y_{max} - V)$$

gilt. Da diese Ungleichung für die Risikoklasse 1 nicht erfüllt ist, werden auch einer mit Pauschalbeiträgen finanzierten GKV die besten Risiken den Rücken kehren, wenn das Gesetz es zulässt. Bei den schlechtesten Risiken ergibt sich allerdings ein folgenschwerer Unterschied zur einkommensabhängig finanzierten GKV. Für die Risikoklasse n ist im Gleichgewicht die Ungleichung erfüllt, da die rechte Seite gleich null oder positiv und die linke Seite negativ ist. Bei einer Finanzierung mit Kopfpauschalen findet also anders als bei einer GKV, die sich durch einkommensabhängige Beiträge finanziert, zwangsläufig in der Gruppe der Personen mit Wahlfreiheit eine Risikoentmischung zu Lasten der GKV statt.

Der Unterschied zwischen den beiden Finanzierungsformen wird noch offensichtlicher, wenn eine Risikoklasse betrachtet wird, die sich bei Pauschalfinanzierung im Gleichgewicht eben gerade noch für die GKV entscheidet, d.h. für die (5) als Gleichung erfüllt ist. Ein Gleichgewicht bei einkommensabhängiger Finanzierung, in der diese Risikoklasse indifferent zwischen GKV und privater Krankenversicherung ist, kann hingegen nicht existieren, da für das gleiche k und dasselbe j die linke Seite von (2) größer als die linke Seite von (5) ist. Diese Risikoklasse wird sich folglich bei einkommensabhängigen Beiträgen privat versichern. Mit anderen Worten: Bei einkommensabhängiger Finanzierung der GKV entscheiden sich nicht nur die besten, sondern auch schlechtere Risiken für die private Versicherung, bei Pauschalfinanzierung bleiben die schlechten Risiken eher in der GKV. Dieser Unterschied leuchtet ein: Bei einkommensbezogen umverteilender GKV sind die Anreize für Besserverdienende höher, in die private Krankenversicherung zu wechseln. Eine Finanzierung über Kopfpauschalen erhöht zwar die Mitgliederzahl der GKV; aber es sind die schlechten Risiken, die der GKV höhere Kosten als Einnahmen bescherehen, welche nicht in die private Krankenversicherung wechseln.

Schlussbemerkungen

Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt, dass die Einführung von Kopfpauschalen zu einer Verschärfung der Risikoentmischung zu Lasten der Gesetzlichen Krankenversicherung führen würde, wenn den Versicherungsnehmern jenseits einer Versicherungspflichtgrenze die Möglichkeit eingeräumt werden sollte, sich freiwillig in der GKV zu versichern. Falls es privaten Krankenversicherungen allerdings untersagt wäre, risikobezogene Prämie festzusetzen,

und für private Krankenversicherungen ebenfalls Kontrahierungszwang bestünde, würde diese Risikoentmischung nicht auftreten. Da Einkommen und Gesundheit positiv korreliert sind, könnten die privaten Krankenversicherungen jedoch geringere Prämien verlangen als die GKV.

Eine Folgerung aus der Analyse des Vorschlags des Sachverständigenrats könnte sein, in einem solchen System die Wahlfreiheit zu begrenzen. Wenn die Option zur Wahlfreiheit nur innerhalb eines engen Einkommensbandes eröffnet werden würde, würde einerseits die Risikoentmischung auf eine bestimmte Einkommensklasse beschränkt werden, und es könnten andererseits wiederholte gesetzlich erzwungene Versicherungswechsel bei Einkünften, die um die Versicherungspflichtgrenze schwanken, vermieden werden. Eine andere Konsequenz sollte aber auch sein, über die Einbeziehung der gesamten Wohnbevölkerung in die Versicherungspflicht neu nachzudenken. Wenn zugleich der Leistungskatalog der GKV begrenzt werden würde und damit attraktive Möglichkeiten zur privaten Zusatzversicherung auch im Bereich der ambulanten Versorgung geschaffen werden würden, ginge eine solche Erweiterung des Kreises der Versicherten gesamtwirtschaftlich nicht mit einer Ausdehnung des Umlageverfahrens einher. Für eine einheitliche Behandlung der Gesamtbevölkerung spricht nicht nur die erhöhte horizontale Gerechtigkeit, sondern auch das Kalkül der Ökonomischen Theorie der Politik. Der Spielraum der Lobbyisten würde sich verkleinern. Die Interessen der Wähler würden homogener werden und damit ihr Einfluss gegenüber der Politik stärker.

Literatur

- Breyer, F., P. Zweifel und M. Kifmann (2002), *Gesundheitsökonomie*, 4. Aufl., Berlin: Springer.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2001), *Für Stetigkeit – Gegen Aktionismus, Jahresgutachten 2001/02*, Wiesbaden.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2002), *Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum, Jahresgutachten 2002/03*, Wiesbaden.

Anhang

Bei einkommensbezogenen Beiträgen ist das Gleichgewicht durch

$$(A1) \quad \left[\left(\sum_{i=1}^n \mu_i \rho_i \right) - \left(\frac{V + Y_{min}}{2V} \right) \rho_k \right] (V - Y_{min}) \leq \left(\sum_{i=k}^n \mu_i (\rho_k - \rho_i) \right) (Y_{max} - V)$$

und

$$(A2) \quad \left[\left(\sum_{i=1}^n \mu_i \rho_i \right) - \left(\frac{V + Y_{min}}{2V} \right) \rho_{k-1} \right] (V - Y_{min}) > \left(\sum_{i=k}^n \mu_i (\rho_{k-1} - \rho_i) \right) (Y_{max} - V)$$

gekennzeichnet. Das Gleichgewicht ist hinsichtlich der kritischen Risikoklasse k eindeutig. Sei k die Gleichgewichtsriskoklasse. Ein Gleichgewicht mit einer kritischen Risikoklasse $j < k$ existiert nicht, da

$$(A3) \quad \left[\left(\sum_{i=1}^n \mu_i \rho_i \right) - \left(\frac{V + Y_{min}}{2V} \right) \rho_j \right] (V - Y_{min}) \leq \left(\sum_{i=j}^n \mu_i (\rho_j - \rho_i) \right) (Y_{max} - V)$$

im Widerspruch zu (A2) steht, da die linke Seite von (A2) kleiner gleich der linken Seite von (A3) ist und, wie ein genauere Blick auf die nicht-negative Differenz der rechten Seiten

$$(A4) \quad (\rho_{k-1} - \rho_j) \left(\sum_{i=k}^n \mu_i \right) + \left(\sum_{i=j}^{k-1} \mu_i (\rho_i - \rho_j) \right) (Y_{max} - V)$$

verrät, die rechte Seite von (A2) nicht kleiner als die rechte Seite von (A3) ist.

Ein Gleichgewicht mit einer kritischen Risikoklasse $j > k$ existiert ebenfalls nicht, da

$$(A5) \quad \left[\left(\sum_{i=1}^n \mu_i \rho_i \right) - \left(\frac{V + Y_{min}}{2V} \right) \rho_{j-1} \right] (V - Y_{min}) > \left(\sum_{i=j}^n \mu_i (\rho_{j-1} - \rho_i) \right) (Y_{max} - V)$$

im Widerspruch zu (A1) steht, da die linke Seite von (A1) größer gleich der linken Seite von (A5) ist, die rechte Seite von (A1) aber nicht größer als die rechte Seite von (A5).

Analog verläuft die Argumentation für das Gleichgewicht bei Kopfpauschalen.

H.-W. Sinn, W. Nierhaus, W. Meister, O.-E. Kuntze und J.-E. Sturm¹

Die deutsche Wirtschaft hat sich nach der Rezession des Jahres 2001 stabilisiert. Zu einem Aufschwung ist es aber nicht gekommen. Der konjunkturelle Anstiegswinkel blieb das ganze Jahr 2002 hindurch außergewöhnlich flach; im vierten Quartal hat die gesamtwirtschaftliche Produktion saisonbereinigt nur mit einer Jahresrate von 0,7% zugenommen. Im Jahresvergleich dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt lediglich um 0,2% gestiegen sein. Ein geringeres Wachstumstempo ist seit den neunziger Jahren mit Ausnahme des Rezessionsjahres 1993 nicht zu verzeichnen gewesen.

Nach den Dezember-Ergebnissen des ifo Konjunkturtests hat sich das Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge eingetrübt. Es ist zu konstatieren, dass die neue Bundesregierung durch die Ankündigung, Steuern und Sozialabgaben in großem Umfang zu erhöhen, das Wirtschaftsklima in Deutschland weiter verschlechtert hat. Die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion dürfte im ersten Quartal 2003 nahezu zum Stillstand kommen. Maßgeblich hierfür ist der fiskalisch bedingte Kaufkraftentzug, der aufgrund der steuerpolitischen Beschlüsse der Regierung zu erwarten ist. Erst im weiteren Jahresverlauf ist nach und nach mit einer Belebung zu rechnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird das Niveau des Vorjahres nur um 1,1% übertreffen. Die Arbeitslosenzahl dürfte in diesem Jahr mit 4,06 Mill. um rund 200 000 höher sein als im vergangenen Jahr. Im Jahr 2003 wird sie, trotz des Rückgangs im späteren Jahresverlauf, jahresdurchschnittlich auf 4,22 Mill. steigen. Die Arbeitslosenquote wird sich, bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen, auf ca. 9,9% belaufen. Das Verbraucherpreisniveau wird annähernd stabil bleiben, die Inflationsrate dürfte im Jahr 2003 erneut 1,3% betragen.

Der staatliche Finanzierungssaldo wird im Jahr 2003 von 75 Mrd. Euro (3,6% des Bruttoinlandsprodukts) auf 60 Mrd. Euro (2,8% des Bruttoinlandsprodukts) zurückgehen. Der Sicherheitsabstand zur 3-Prozent-Marke beträgt nur reichlich 4 Mrd. Euro. Es besteht die Gefahr, dass diese Grenze erneut überschritten wird, wenn der angestrebte Abbau von Steuervergünstigungen und die geplanten Einsparungen im Gesundheitswesen nicht realisiert werden können, ganz zu schweigen von möglichen Mindereinnahmen und Mehrausgaben, falls die Konjunktur sich schwächer entwickelt als hier prognostiziert.

Aktuelle Lage: Aufschwung ist ausgeblieben

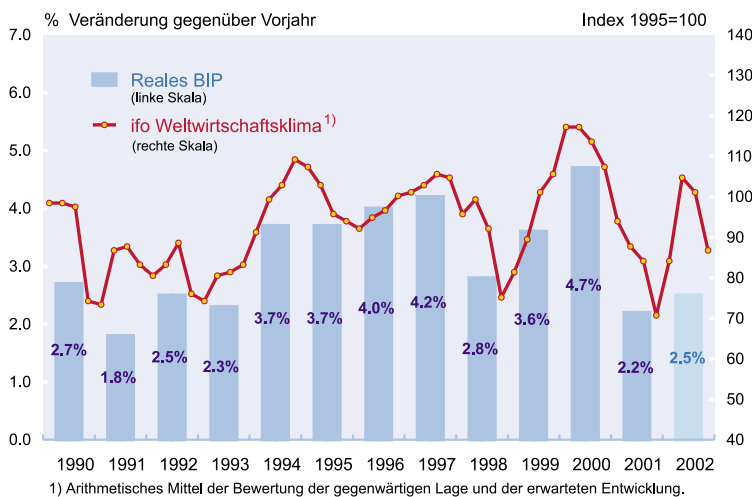
Die Weltwirtschaft ist im Sommer 2002 in eine erneute Schwächephase geraten, nachdem die Produktion nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 im Sog der kräftigen Erholung in den USA bereits wieder in Schwung gekommen war. Das ifo Weltwirtschaftsklima (WES) ist inzwischen nahezu wieder auf dem tiefen Stand vom Herbst 2001, nachdem es sich in der ersten Jahreshälfte deutlich verbessert hatte (vgl. Abb. 1). Maßgeblich für die abermals unerwartet ungünstige Entwicklung waren die durch den schwelenden Irak-Konflikt ausgelösten Unsicherheiten, der damit verbundene erneute Hö-

henflug der Rohölpreise und die bis in den Herbst hinein zu verzeichnenden starken Kursrückgänge an den Finanzmärkten, die über negative Vermögenseffekte und erschwerte Finanzierungsbedingungen weltweit dämpfend wirkten.

In den USA ist es zwar nicht zu dem von vielen befürchteten rezessiven Rückschlag (»Double-Dip«) gekommen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion stieg im dritten Quartal 2002 sogar mit einer Jahresrate von 4%, u.a. weil die Geldpolitik der Fed

¹ Unter Mitarbeit von E. Langmantel, M. Ruschinski. Die Verfasser danken auch Hans Russ und Frank Westermann für nützliche Hinweise im Zusammenhang mit den Ausführungen zu einer möglichen Kreditklemme.

Abb. 1
Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima



1) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.
Quelle: IMF, Economic Outlook Sept. 2002; 2003: ifo Schätzung, Ifo World Economic Survey (WES) IVQ/2002.

weiterhin auf Expansionskurs steht. Dennoch kann die US-Konjunktur noch nicht als gefestigt gelten. So dürfte das Wachstumstempo im vierten Quartal – den vorliegenden Frühindikatoren zufolge – wieder deutlich geringer gewesen sein. Die japanische Wirtschaft steckt bei anhaltend sinkendem Preisniveau in einer tiefen Strukturkrise. Die bisher vorliegenden amtlichen Wachstumszahlen für das Sommerhalbjahr überzeichnen die konjunkturelle Grundtendenz bei weitem. In den Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion (EWU) hat sich die Konjunktur – nach rezessiver Tendenz zum Jahresende 2001 – wieder etwas erholt; das Anstiegstempo der Produktion war aber im Jahresdurchschnitt mit 0,8% deutlich geringer als die Trendwachstumsrate, so dass sich der Output Gap entsprechend vergrößerte. Insgesamt dürfte die Weltproduktion im Jahr 2002 um 2,5% zugenommen haben, nach 2,2% im Jahr zuvor.

Die deutsche Wirtschaft hat sich nach der Rezession des Jahres 2001 stabilisiert. Zu einem Aufschwung ist es aber auch hier nicht gekommen. Der konjunkturelle Anstiegswinkel blieb das ganze Jahr hindurch außergewöhnlich flach; im vierten Quartal dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion saisonbereinigt nur mit einer Jahresrate von 0,7% gestiegen sein. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung sank damit bis zuletzt. Im Vergleich der Jahre 2002 und 2001 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt unter Berücksichtigung des niedrigen Ausgangsniveaus lediglich um 0,2% zugenommen haben. Im ersten Halbjahr lag der Wert des realen Bruttoinlandsprodukts sogar um 0,4% unter dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Ein geringeres Wachstumstempo ist seit den neunziger Jahren mit Ausnahme des Rezessionsjahrs 1993 nicht zu verzeichnen gewesen.

Maßgeblich für die unbefriedigende Wirtschaftsleistung war die schwache Binnennachfrage; diese sank im Jahres-

durchschnitt um 1,3%. Der Investitionsmotor fiel vollständig aus; allein die Ausrüstungsinvestitionen sanken im Vorjahresvergleich um 7,5%. Auch die Talfahrt der Bauinvestitionen hielt weiter an; sie schrumpften im Jahresergebnis mit 5,7% kaum weniger stark als im vergangenen Jahr. Unbefriedigend war auch die Konsumnachfrage der privaten Haushalte, sie fiel um 0,5%. Sinkende Realeinkommen infolge rückläufiger Beschäftigung ließen keinen Spielraum für eine Ausweitung des Konsums; auch ist die Sparquote weiter leicht gestiegen. Die Exporttätigkeit blieb dagegen lebhaft; der Zuwachs dürfte sich im Jahresergebnis 2002 auf 2,4% belaufen haben. Da die Einfuhr parallel zur rückläufigen Binnennachfrage sank, steuerte der Außenbeitrag per saldo positiv zum Wirtschaftswachstum bei.

Am Arbeitsmarkt ist aufgrund der flauen Konjunktur die erwartete Wende ebenfalls ausgeblieben. Die Zahl der Beschäftigten sank im Jahresverlauf saisonbereinigt um 360 000. Die Zahl der Arbeitslosen stieg zugleich um 250 000. Die Arbeitslosenquote (bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen) betrug im November 9,8%. Sie ist allerdings noch um einen Prozentpunkt niedriger als im Herbst 1997, dem letztmaligen Höhepunkt der Arbeitslosigkeit.

Moderat blieb die Entwicklung der Verbraucherpreise. Trotz erneut äußerst volatiler Rohölpreise blieb das Preisklima insgesamt ruhig. Im Jahresdurchschnitt 2002 hat sich die Lebenshaltung nur um 1,3% verteuert. Inflationsgefahren bestehen für Deutschland nicht. Die Gefahren liegen ganz wo anders.

Ausblick 2003

Weltwirtschaft: Wieder etwas stärkere Impulse

Nach wie vor ist die Prognose der nationalen und internationalen Konjunktur mit erheblichen Risiken belastet. Besonders unsicher sind zurzeit die geopolitische Situation im Mittleren Osten, die damit verbundene weitere Entwicklung des Rohölpreises und die Perspektiven für die internationalen Aktienmärkte. Hier wird von folgenden Annahmen ausgegangen:

- Der Irak-Konflikt wird zwar bis weit in das kommende Jahr hinein schwelen, es kommt aber nicht zu größeren militärischen Auseinandersetzungen.
- Der Rohölpreis wird im Jahresdurchschnitt 2003 rund 25 US-Dollar pro Barrel betragen; er liegt damit in der Mit-

te der von den OPEC-Ländern mittelfristig angestrebten Preisspanne. Die Volatilität des Ölpreises wird aber immer noch hoch sein; insbesondere in den ersten Monaten des Jahres 2003 ist mit zeitweise erhöhten Preisen zu rechnen.

- Die Notierungen auf den Aktienmärkten haben nunmehr ihren Boden gefunden. Die mit den vorhergehenden starken Kursrückgängen verbundenen Vertrauenseinbußen, Vermögensverluste und erschwerten Finanzierungsbedingungen werden aber noch geraume Zeit dämpfend nachwirken.

Bei diesen Rahmenbedingungen wird sich das weltwirtschaftliche Umfeld im Verlauf des nächsten Jahres allmählich bessern. Dreh- und Angelpunkt ist nach wie vor die Entwicklung der US-Wirtschaft.

USA: Durchwachsene Konjunkturaussichten

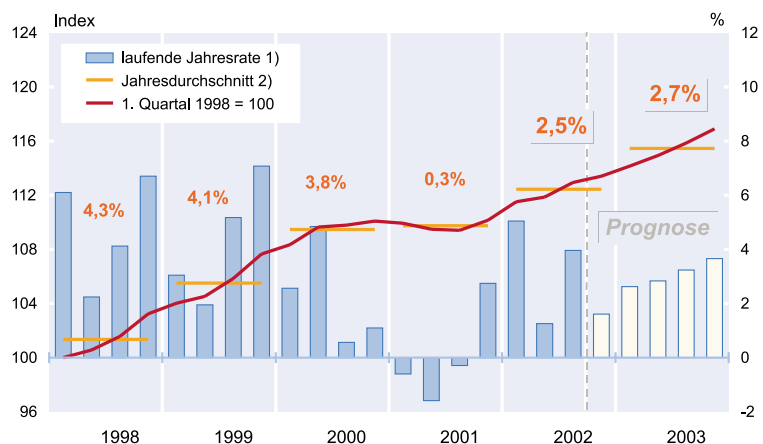
Die konjunkturelle Entwicklung in den USA hat nicht den im Frühsommer verbreiteten Befürchtungen eines »Double-Dip« entsprochen. Es kam vielmehr zu dem im Frühjahr erwarteten kräftigen Aufschwung; den Klimaindikatoren zufolge könnte dieser jedoch im vierten Quartal allerdings wieder an Dynamik verloren haben. Im Jahr 2002 nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2 1/2% zu. Die stimulierenden Wirkungen der schon seit längerem sehr expansiven Geld- und Finanzpolitik erwiesen sich als stärker als die Irritationen ob der eskalierenden Spannungen mit dem Irak, der empfindlichen Kursverluste an den Aktienmärkten sowie des infolge von Bilanzierungsskandalen allgemein stark gesunkenen Vertrauens in das Management von Unternehmen und in die Finanzmarktakteure. Wie bereits 2001 war der private Konsum die wichtigste Stütze der Konjunktur, obwohl die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt nicht besser wurden – die Arbeitslosenquote erhöhte sich im Jahresdurchschnitt auf 5 3/4% – und die Verschuldung der privaten Haushalte weiter erheblich stieg. Fiskalische Entlastungen, Null-Zinsen bei Pkw-Finanzierungen, steigende Immobilienpreise, aber auch die fortgesetzt sinkenden langfristigen Zinsen (sie ermöglichten Um- und Neuverschuldungen auch bei Hypotheken mit dem Effekt wesentlich günstigerer Konditionen) haben angeregt. Die Ausgabenfreude der Konsumenten fand auch ihr Pendant im Wohnungsbau, der kräftig expandierte. Demgegenüber sind die gewerblichen Bauinvestitionen weiter deutlich gesunken. Die Ausrüstungsinvestitionen tendierten seit Jahresbeginn langsam aufwärts, begünstigt durch steigende Kapazitätsauslastung. Die Verbraucherpreise stiegen im Verlauf schneller

als 2001, doch war der Anstieg mit reichlich 1 1/2% mäßig. Das Defizit der Leistungsbilanz stieg bei expandierender Ausfuhr und gesunkenem Import kräftig auf eine Größenordnung von 500 Mrd. Dollar (ca. 5% des BIP).

Die Wirtschaftspolitik wird der Konjunktur 2003 spürbar geringere Impulse geben als 2002. Zwar sind die monetären Rahmenbedingungen weiter sehr günstig. Kurz- und langfristige Zinsen bleiben bis weit ins Jahr 2003 hinein niedrig. Die amerikanische Zentralbank dürfte den Leitzins allerdings im kommenden Herbst anheben, um wieder Spielraum zu gewinnen und Inflationsgefahren vorzubeugen. Terrorismusängste, das weiter steigende Leistungsbilanzdefizit der USA, die zudem nicht mehr als »sicherer Hafen« für Kapital gelten, sowie anhaltend niedrige Zinsen werden wohl zu einer weiteren, wenn auch weniger als 2002 ausgeprägten Abwertung des Dollar gegenüber dem Euro und anderen Währungen führen. Die Finanzpolitik gibt im Jahr 2003 kaum noch Anstöße. Das Defizit des Bundes steigt nicht mehr so schnell, und viele Gliedstaaten und Gemeinden kämpfen mit finanziellen Problemen, was Ausgabenkürzungen sowie Steuer- und Abgabenerhöhungen impliziert.

Im Jahre 2003 dürfte sich die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in tendenziell wenig verändertem Tempo fortsetzen. Das reale Bruttoinlandsprodukt nimmt vermutlich um etwa 2 1/2% zu (vgl. Abb. 2). Dabei wird allerdings unterstellt, dass sich die bis zuletzt aufgeblähte Entwicklung sowohl beim privaten Verbrauch, als auch beim Wohnungsbau allmählich normalisiert, obwohl die Zinsen niedrig bleiben, die Löhne in wenig verändertem Rhythmus erhöht werden und sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt langsam bessert. Denn die während der vorangegangenen Jah-

Abb. 2
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

Quelle: BEA; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dez. 2002).

Kasten: Risiken für die USA-Prognose

Die US-Zentralbank hat mit der letzten Zinssenkung vom November 2002 – auf 1,25% – ihr Pulver weitestgehend verschossen; hierin liegt ein beträchtliches Gefährdungspotential, falls es doch zu einem größeren bewaffneten Konflikt im Irak kommen und dieser einen konjunkturellen Rückschlag zur Folge haben sollte. Auch besteht die Gefahr, dass die internationalen Finanzmärkte bei fortbestehendem Doppeldefizit in Leistungsbilanz und Staatshaushalt das Vertrauen in den US-Dollar verlieren und den Kapitalbedarf der USA nicht mehr ausreichend decken, ein Problem, das angesichts der nach wie vor viel zu niedrigen Ersparnis der privaten Haushalte im Zeitablauf an Bedeutung gewinnen könnte. Die Folge wäre erneut ein Einbruch auf den Aktienmärkten und womöglich zusätzlich eine Abwertung des Dollar. Das würde erhebliche negative Auswirkungen nicht nur auf die amerikanische, sondern auf die weltwirtschaftliche Entwicklung haben. Rückwirkungen auf die Konjunktur würden sich jedoch erst gegen Ende 2004 ergeben.

re rasch und auf einen nunmehr hohen Stand gestiegene Verschuldung der privaten Haushalte stößt immer häufiger an ihre Grenze. Auch wurden häufig Pkw-Käufe wegen der Null-Zins-Finanzierung vorgezogen, die nun wegfallen, selbst wenn diese Art der Absatzförderung zunächst noch durchgehalten werden sollte. Der abflauende Wohnbauboom, auf den auch die Entwicklung der Wohnungspreise hindeutet, dämpft zudem die Absatzzunahme bei Einrichtungsgegenständen. Demgegenüber setzt sich die Erholung der Ausstattungsinvestitionen fort, stimuliert durch steigende Kapazitätsauslastung, allmählich günstigere Absatz- und Ertragsaussichten, anhaltend niedrige Zinsen sowie den wachsenden Erneuerungsbedarf von IT-Installationen. Die Ausfuhr wird, angeregt durch die Erholung der Auslandsnachfrage sowie durch die niedrigere Bewertung des Dollar, kräftig expandieren. Da indes der Import ähnlich lebhaft ausgeweitet wird, nimmt das Defizit der Leistungsbilanz weiter zu. Der Preisanstieg setzt sich in moderatem Tempo fort; die Konsumentenpreise dürften um etwa 2% über dem Niveau von 2002 liegen. 2004 könnte das Wirtschaftswachstum eine Größenordnung von 3% erreichen.

Japan: Konjunktur weiter im Bann der Strukturprobleme

In Japan folgte auf die ausgeprägte Rezession des vergangenen Jahres Anfang 2002 eine von starken Tempoänderungen gekennzeichnete Erholung. Diese verlor allerdings im Laufe des zweiten Halbjahrs schon wieder an Schwung. Wesentlich getragen wurde die Entwicklung von der kräftig expandierenden Ausfuhr – angeregt vor allem durch die lebhaftere Nachfrage aus den asiatischen Schwellenländern (einschließlich China) sowie vom zunächst niedrigen Wechselkurs des Yen. Die Inlandsnachfrage blieb indes flau, u.a. weil die Geldpolitik wegen der schon nahe bei Null liegenden Zinsen keine Möglichkeit mehr hat, die Konjunktur anzukurbeln. Die weitere Ausdehnung des Staatsverbrauchs konnte daran kaum etwas ändern. Der private Konsum tendierte trotz sinkender Reallöhne und abnehmender Be-

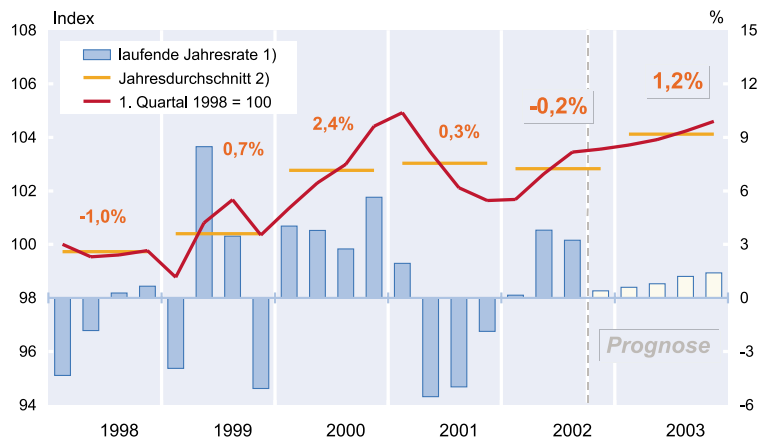
schäftigung verhalten aufwärts. Die Bruttoanlageinvestitionen gingen hingegen auf ganzer Breite weiter zurück, wenn auch nicht mehr so stark wie im Jahr zuvor. Die Ertragslage der Unternehmen blieb gedrückt und das Bestreben, die Bilanzen zu konsolidieren, stark ausgeprägt. Das gilt vor allem für den von großen ungelösten Problemen belasteten Finanzsektor, der nach wie vor einen Berg fauler Kredite vor sich herschiebt und entsprechend zurückhaltend bei der Kreditvergabe im Inland ist, während er die im Vergleich zu Japan hohen ausländischen Zinsen lebhaft nutzt. Auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte sich die Lage weiter. Die mit rund 5 1/2% im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr nur wenig erhöhte Arbeitslosenquote unterzeichnet die Arbeitslosigkeit. Die Deflation setzte sich mit einer Jahresrate von etwa 1% fort und führte zu einem weiteren Anstieg der Realzinsen, von denen negative Auswirkungen auf die Investitionsgüternachfrage ausgingen. Mit fast 3 1/2% des BIP war der Überschuss der Leistungsbilanz fast doppelt so hoch wie im Vorjahr.

Von der Wirtschaftspolitik kommen im Jahr 2003 kaum noch Anregungen für die Konjunktur. Der Finanzpolitik bleibt bei auf ungefähr 150% des Bruttoinlandsprodukts kletternder Staatsverschuldung und zunehmenden Schwierigkeiten bei der Platzierung von öffentlichen Schuldtiteln kein Handlungsspielraum mehr. Sie dürfte vielmehr um ansatzweise Konsolidierung, also leicht restriktive Ausrichtung bemüht sein. Die Geldpolitik will ihre expansive Linie beibehalten. Da der Diskontsatz jedoch bereits im Sommer 2001 auf fast Null gesenkt wurde, bedient sich die Zentralbank zweifelhafter Methoden zur Liquiditätssteigerung (Übernahme von Staatstiteln, Erwerb von Aktien aus dem Besitz von Finanzinstituten etc.). Es ist nicht zu erwarten, dass die japanische Zentralbank durch Interventionen auf dem Devisenmarkt den Wechselkurs des Yen längerfristig auf ein niedrigeres Niveau zu drücken versucht. Würde sie einen solchen Kurs steuern, dann wäre dies zwar günstig für die Konjunktur in Japan, aber ungünstig für das Wirtschaftswachstum im Rest der Welt.

In Japan dürfte sich die Konjunktur 2003 bei nach wie vor starken Schwankungen im Verlauf tendenziell weiter langsam erholen. Dabei gewinnt die Ausfuhr als treibende Kraft noch mehr an Bedeutung. Sie wird kräftig von der nach dem Frühjahr anziehenden Weltkonjunktur im Allgemeinen und von der sehr lebhaften Nachfrage aus den asiatischen Schwellenländern angeregt; es hat sich immer wieder gezeigt, dass für die Exportkonjunktur Japans die Entwicklung des Welthandels entscheidend ist. Die Inlandsnachfrage dürfte hingegen kaum steigen. Zwar dürfte sich der Investitionsrückgang bei langsam verbesserten Absatz- und Ertragserwartungen sowie zunehmender Kapazitätsauslastung abschwächen. Aber der Verbrauch expandiert verhalten, da er von der Wirtschaftspolitik per saldo keine Anstöße mehr erhält, sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch-

Abb. 3

Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

Quelle: ESRI; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dez. 2002).

mals verschlechtert, die Löhne im Verlauf etwa stagnieren, und die Sparquote eher steigen als fallen dürfte. Die Deflation geht zunächst weiter. Die Verbraucherpreise liegen vermutlich neuerlich um rund 1% unter dem Niveau von 2002. Das reale Bruttoinlandsprodukt erhöht sich 2003 um ca. 1¹/₄%, nachdem es 2002 ungefähr dem Volumen von 2001 entsprochen hatte (vgl. Abb. 3).

Schwel­len­län­der: Günstigere Konjunkturperspektiven

In den ostasiatischen Schwellenländern sowie in Lateinamerika wird die Konjunktur im Jahr 2003 an Schwung gewinnen, wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß sowohl von Region zu Region, als auch innerhalb der Regionen.

In den ostasiatischen Schwellenländern (ohne China) hat die Wirtschaft nach einer ausgeprägten Schwächephase ab Anfang 2002 kräftig expandiert. Entscheidend war die stark anziehende Nachfrage seitens der Haupthandelspartner Japan und USA, aber auch der private Konsum erhöhte sich lebhaft, stimuliert von der Geld- und Finanzpolitik. Die Bruttoanlageinvestitionen erholten sich hingegen nur schwach. Denn die Unternehmen trieben die Konsolidierung ihrer Bilanzen voran, die Kapazitäten waren nicht genügend ausgelastet, und es mangelte an aussichtsreichen Projekten. Zudem engagierte sich ausländisches Kapital ganz überwiegend in China, und die Terrorismusgefahr wirkte retardierend. Infolge des verhaltenen Wirtschaftswachstums in den Industrieländern wird die konjunkturelle Dynamik im Winterhalbjahr 2002/2003 etwas geringer. Nach dem Ende der weltpolitischen Irritationen steigt der Export beschleunigt. Die hiervon und von der nach wie vor expansiven Wirtschaftspolitik ausgehenden Impulse stimulieren auch die

Binnennachfrage. Das gilt in erster Linie für den privaten Konsum. Auch die Bruttoanlageinvestitionen erhöhen sich nun weniger verhalten. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in den ostasiatischen Schwellenländern um etwa 4¹/₂% ausgeweitet werden, nach knapp 4% im Jahre 2002. 2004 könnte die Wirtschaft in einer Größenordnung von 5% wachsen.

In Lateinamerika setzte sich die Rezession im ersten Halbjahr 2002 fort, vielfach begleitet von kräftigen Währungsabwertungen, schnell steigenden Preisen, erhöhten Zinsen, umfänglichen Kapitalabflüssen und wachsender politischer Unsicherheit. Das galt vor allem für Argentinien, aber auch Brasilien hatte mit vielfältigen Problemen zu kämpfen, und Venezuela, Kolumbien sowie die kleineren Länder steckten in teils hausgemachten

Schwierigkeiten, teils wurden sie erheblich von den Entwicklungen in den großen Nachbarländern tangiert. In Mexiko wurde die konjunkturelle Flaute hingegen im Schlepptau der Konjunkturerholung in den USA überwunden.

Während der letzten Monate mehrten sich die Indizien für eine allmähliche Stabilisierung in Lateinamerika. Hierzu trugen umfängliche IMF-Kredite an Brasilien und Uruguay bei. Damit hellt sich die Perspektive für 2003 (das gilt sogar für Argentinien) etwas auf, wenn auch die Unsicherheit erheblich bleibt. Für Mexiko ist aufgrund der extremen wirtschaftlichen Ausrichtung auf die USA ohnehin eine günstige Entwicklung zu erwarten. Die Unsicherheit resultiert wesentlich aus den meist labilen politischen Verhältnissen, die eine Rückkehr des Vertrauens der Investoren und damit von Auslandskapital erst allmählich erwarten lassen. Das Wiederanspringen der Weltkonjunktur ab dem Frühjahr 2003, die steigenden Rohstoffpreise sowie die infolge der Währungsabwertungen wesentlich verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit stimulieren die Ausfuhr kräftig, mit Effekten auch für die Binnenwirtschaft. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte, nach einem Rückgang um ca. 1% im Jahr zuvor, 2003 um fast 2% expandieren. Im Jahr 2004 kann mit einer bei 2³/₄% liegenden Rate gerechnet werden.

Euroraum: Konjunktureller Kriechgang wird langsam überwunden

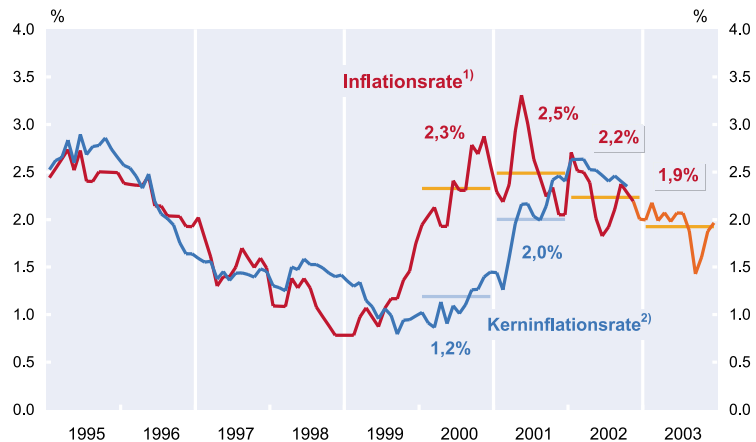
Im Euroraum verläuft die Wirtschaftsentwicklung nach wie vor schleppend. Die im Frühjahr 2002 gehegten Erwartungen eines Aufschwungs erfüllten sich nicht. Das reale Bruttoinlandsprodukt expandierte nur um ³/₄%, wesentlich stimuliert vom Export. Nach der Erholung zu Jahresbeginn war im laufenden Jahr nur noch ein konjunktureller Kriechgang

zu beobachten. Von Quartal zu Quartal erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 0,3 bis 0,4%. Dabei war die Erzeugung im letzten Vierteljahr vor allem in der Bauwirtschaft von der milden Witterung extrem begünstigt. Von der Wirtschaftspolitik kamen insgesamt kaum Impulse. Die Finanzpolitik wirkte etwa neutral, obwohl das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand von 1,5% (2001) auf 2¹/₂% des BIP stieg. Die Ausweitung resultierte allein aus dem Wirken der automatischen Stabilisatoren, denn der strukturelle – also konjunkturbereinigte – Fehlbetrag blieb annähernd konstant. Obwohl die Geldpolitik deutlich langsamer als in den USA gelockert worden war, hat sie die für viele Länder stimulierenden Effekte der Zinskonvergenz, die der Euro-Einführung vorausgegangen waren, nicht behindert. Retardierende Effekte gingen von der Wechselkursentwicklung aus. Der Euro gewann gegenüber dem US-Dollar im Verlauf des Jahres um etwa 13% an Wert (im Jahresdurchschnitt notierte der Euro um reichlich 5% höher); gegenüber den mittel- und osteuropäischen Währungen hat er allerdings an Wert verloren. Die Trendumkehr bei der Bargeldnachfrage im Euroraum, die mit der physischen Währungsumstellung einherging, dürfte den Kursanstieg des Euro maßgeblich verursacht haben.² Die Lohnpolitik reagierte auf die unerwartet hohen Preissteigerungen von 2001 und Anfang 2002, zog aber die schleppende Konjunktorentwicklung nicht ausreichend ins Kalkül. Das hatte beschleunigt steigende Lohnstückkosten, aber mit 1³/₄% Wachstum auch spürbar höhere Reallohne als 2001 zur Folge. Hierdurch wurde zwar die private Konsumgüternachfrage gestützt, doch wurde zugleich die Nachfrage nach Investitionsgütern geschwächt, was per saldo negative Auswirkungen auf die Nachfrage hatte. Bei den Bruttoanlageinvestitionen setzte sich der Rückgang bis zur Jahresmitte fort, vor allem bestimmt durch die anhaltende Rezession im Bausektor. Die Arbeitslosenquote stieg demgemäß auf 8¹/₄% nach 8,0% im Jahr 2001. Die Ausfuhr ging Anfang des Jahres nicht weiter zurück und expandierte anschließend stark beschleunigt. Da der Import langsamer stieg und die Terms of Trade günstiger wurden, nahm der Leistungsbilanzüberschuss deutlich zu. Der zu Beginn des Jahres kräftige Preisanstieg flachte sich anschließend deutlich ab. Die Konsumentenpreise (HVPI) lagen zuletzt um 2,2%, die Kerninflationsrate um 2,4% über dem Niveau von 2001 (vgl. Abb. 4).

Die Wirtschaftspolitik wird auch 2003 ungefähr neutral wirken. So bleibt die Geldpolitik verhalten expansiv. Die Zin-

Abb. 4

Inflation und Kerninflation im Euroraum
Preisveränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Harmonisierter Verbraucherpreisindex.- 2) HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel.

Quelle: Eurostat, Europäische Zentralbank und Berechnungen des ifo Instituts.

sen sind niedrig, Liquidität ist im Euro-Raum reichlich vorhanden, zumal auch für das laufende Jahr für die Ausweitung der Geldmenge M3 ein Referenzwert von 4,5% gilt (der vermutlich wieder überschritten wird). Die Zinssenkung der Europäischen Zentralbank (EZB) vom Dezember 2002 von 3,25 auf 2,75% wird ihre volle Wirkung bis zum Herbst 2003 entfalten. Allerdings besteht insofern eine Unsicherheit über die Wirkungen, als sich zumindest die deutschen Banken bemühen, die Zinssenkung zur Ausweitung ihrer Margen zu nutzen. Die Wechselkursentwicklung wird weniger retardierend wirken als 2002, denn es ist nicht damit zu rechnen, dass der Euro noch einmal so viel an Wert hinzugewinnen wird, wie es im Jahr 2002 der Fall war. Für eine tendenzielle Schwächung des Euro spricht, dass die Konjunktur in den USA eher als in Europa anziehen dürfte. Dem stehen das Twin Deficit beim Staatshaushalt und im Außenhandel der USA sowie der Vertrauensverlust in die dortigen Bilanzierungs- und Kontrollpraktiken von Unternehmen entgegen; außerdem gilt das Land als terrorismusgefährdeter als Europa. Die europäische Finanzpolitik wirkt restriktiv, da in wichtigen Ländern Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen werden. Die Lohnpolitik reagiert zunehmend auf die konjunkturelle Schwäche mit verhaltenen Steigerungen der Arbeitseinkommen.

Das Jahr 2003 dürfte mit nur geringfügig expandierender Nachfrage und Produktion beginnen. Hierauf lassen auch die Klimaindikatoren schließen. Die wegen der milden Witterung auf den Herbst 2002 vorgezogene Bauproduktion fällt jetzt weg, und in Deutschland wirken massive Steuer- und Abgabenerhöhungen retardierend. Zudem dämpfen die weltpolitischen Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Irak-Krise. Anschließend erholt sich die Konjunktur wieder und gewinnt zunehmend an Schwung. Das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum dürfte um etwa 1¹/₂% zunehmen

² Zum Einfluss der Geldnachfrage auf den Kurs des Euro siehe Sinn und Westermann (2002).

Kasten: Ist die Geldpolitik der EZB für Deutschland angemessen?

Zur Beurteilung der Geldpolitik wird vielfach der sogenannte Taylor-Zins herangezogen. Der Taylor-Zins verkörpert eine aus früheren Beobachtungen gewonnene Verhaltensregel von Zentralbanken, die nicht nur auf Zielabweichungen bei der Inflation (tatsächliche Preissteigerungsrate abzüglich Zielinflation der Notenbank), sondern auch auf die Konjunktur (Abweichung des realen Bruttoinlandsprodukts von seinem Trendwert) reagieren (Deutsche Bundesbank 1999 und Nierhaus 2001). Ist der tatsächliche Kurzfristzins höher als der Taylor-Zins, dann ist die Geldpolitik restriktiver, als man es früher mit Blick auf Inflationsziel und Konjunkturentwicklung für notwendig erachtete. Liegt dagegen der tatsächliche Zinssatz unter dem Taylor-Zins, so ist die Geldpolitik entsprechend expansiver. Ein Anstieg der Inflationsrate erhöht den Taylor-Zins; eine Konjunkturabschwächung senkt ihn. Im folgenden wird zunächst ein Taylor-Zins für Deutschland abgeleitet, danach die aktuelle EZB-Politik aus deutscher Perspektive evaluiert.

Die Gleichung für den Taylor-Zins i^T lautet allgemein: $i^T = i_N^{GL} + 0,5 \times PL + 0,5 \times ID$. Die Konjunkturtendenz wird durch die *Produktionslücke* (PL) indiziert, die als Abweichung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von seinem langfristigen Wachstumstrend definiert ist. Die Inflationstendenz wird durch die Abweichung der aktuellen Preissteigerung π von der von der Europäischen Zentralbank angestrebten Preisnorm gemessenen (*Inflationsdifferenz ID*). Produktionslücke und Inflationsdifferenz gehen in die Taylor-Formel symmetrisch mit dem Gewicht $1/2$ ein.

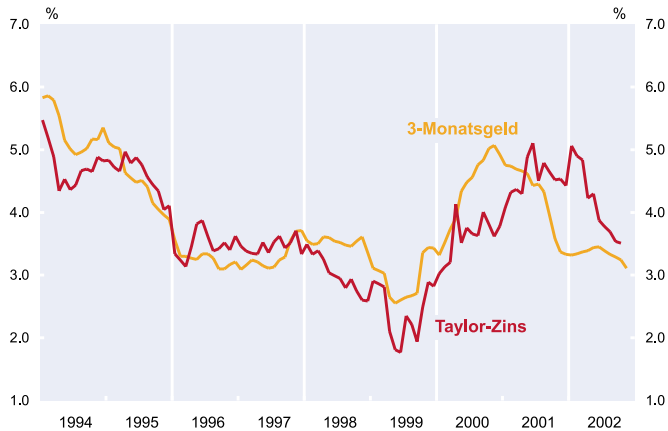
Sind die Produktionslücke und die Inflationsdifferenz Null, so entspricht der Taylor-Zins dem nominalen Gleichgewichtszins i_N^{GL} . Dieser ergibt sich aus dem realen Gleichgewichtszins zuzüglich der erwarteten Preissteigerungsrate. Der reale Gleichgewichtszins – gemessen am realen Zinssatz für Dreimonatsgeld – wird auf 2,7% geschätzt. Dies entspricht dem Mittelwert des realen Dreimonatsgelds in Deutschland im Zeitraum 1994 bis 2001. Die mittelfristig angestrebte Preisnorm der Europäischen Zentralbank wird mit $13/4\%$ angenommen; die EZB selbst gibt als offizielles Preisziel einen Wert von »unter 2%« an. Die erwartete Preissteigerungsrate wird der tatsächlichen Preissteigerungsrate gleichgesetzt. Diese wird an der Kerninflation (Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ohne Energieträger, Saisonwaren und Güter mit administrierten Preisen) gemessen. Damit gilt für die hier für Deutschland verwendete Taylor-Zinsformel: $i_T = 2,7 + \pi + 0,5 \times PL + 0,5 \times (\pi - 1,75)$.

Die Abbildung 5 zeigt, dass die Geldpolitik der EZB ab dem Frühjahr 2001 für Deutschland zunächst *expansiver* war, als es der Taylor-Regel entsprach. Die EZB steuerte einen Kurs, der die importierten Preissteigerungen im Gefolge des Höhenflugs der Rohölpreise und – kumulativ – der Euro-Schwäche für transitorisch hielt und der die Gefahr von »Zweitundeneffekten« etwa über deutlich höhere Tariflohnsteigerungen für nicht allzu groß erachtete. Es wird allerdings auch sichtbar, dass nach der Taylor-Regel die Geldpolitik der EZB im Verlauf des Jahres 2002 als zunehmend *restriktiv* zu bezeichnen war.

Dabei ist auch zu beachten, dass die Produktionslücke am aktuellen Rand aufgrund des nur mehr langsamen Trendwachstums sehr gering ist, was den Taylor-Zins für Deutschland nach oben verzerrt. Eine chronische Wachstumsschwäche, die über mehrere Jahre anhält, würde die rechnerische Produktionslücke möglicherweise zum Verschwinden bringen und den Eindruck erwecken, die Notenbankpolitik sei expansiv, obwohl sie in Wahrheit restriktiv ist. Dieses Phänomen ist für Deutschland sicherlich von Bedeutung. Zu dem stark verlangsamten Trendwachstum in Deutschland hat – neben ausstehenden Arbeitsmarkt- und Sozialreformen – auch beigetragen, dass im Gefolge der Zinskonvergenz seit 1995 andere EWU-Mitgliedstaaten Kapital attrahieren konnten, was dort zu Lasten Deutschlands das Wirtschaftswachstum beförderte. Aus deutschem Blickwinkel ist deshalb die am 5. Dezember 2002 beschlossene EZB-Leitzinssenkung nicht nur gut zu erklären, sondern mit Nachdruck zu begrüßen.

Abb. 5

Taylor-Zins und Kurzfristzins für Deutschland



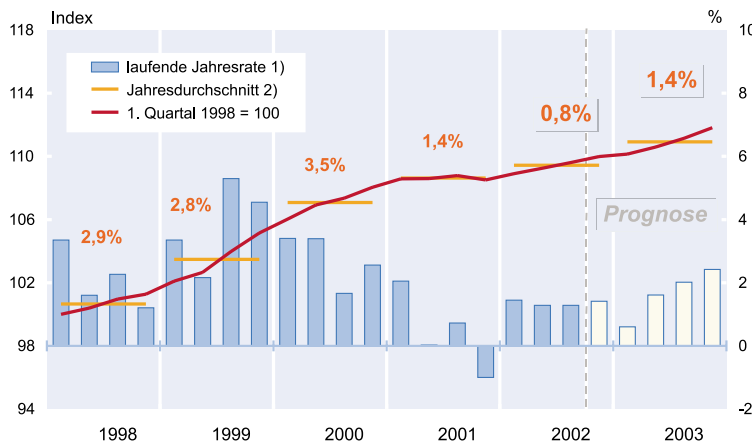
Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

(vgl. Abb. 6). Wesentliche Impulse kommen, nur noch wenig gebremst durch Aufwertungseffekte, vom Export im Zuge der konjunkturellen Erholung in Mittel- und Osteuropa, den USA und den asiatischen Schwellenländern. Da der Import verhaltener zunimmt und die Terms of Trade erneut günstiger werden, steigt das Aktivum der Leistungsbilanz nochmals. Der private Konsum expandiert bei gegenüber 2002 wenig verändertem Reallohnanstieg und nicht wesentlich sinkender Sparquote erst im weiteren Verlauf wieder schneller, wenn sich die konjunkturelle Perspektive aufhellt. In den meisten Ländern wird die Nachfrage zudem durch mehr oder minder große Einkommensteuersenkungen gestützt.

Die Bruttoanlageinvestitionen beleben sich im späteren Verlauf des Jahres, auch weil die Bauinvestitionen ihren Tiefpunkt erreichen dürften. Der Neubau von Wohnungen und gewerblich-industriellen Bauten geht zwar weiter zurück. Aber bei den öffentlichen Investitionen zeichnet sich eine leichte Erholung ab, und in Renovierung, Umbau sowie in die Instandhaltung wird mehr investiert. Die Auslastung der Kapazitäten in der Verarbeitenden Industrie entsprach zuletzt mit 81,5% etwa dem Durchschnitt der neunziger Jahre, ist also angesichts des konjunkturellen Kriechgangs immer noch befriedigend. Anziehende Nachfrage sowie verbesserte Absatz- und Ertragsersparungen dürften allmählich wieder zu Erweiterungsinvestitionen führen. Zudem dürften die Rationalisierungsinvestitionen forciert ausgeweitet werden, um den mit der Aufwertung des Euro verbundenen Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit möglichst zu kompensieren. Auch in den Ersatz veralteter Anlagen wird wieder mehr investiert da die zweijährige Rezession bei den Ausrüstungsinvestitionen vielfach Nachholbedarf entstehen ließ. Vor allem bei IT-Technologie ziehen die Investitionen nach dem ausgeprägten Einbruch spürbar an. Zur Verbesserung des Investitionsklimas tragen die nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen bei, obwohl die Finanzinstitute höhere Anforderungen an die Bonität der Kreditnehmer stellen. Auch die sich bereits abzeichnende sukzessive Überwindung der Ertragsschwäche stützt die Investitionskonjunktur. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen

Abb. 6

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

Quelle: Eurostat; Berechnungen und Schätzungen des ifo Institut (Dez. 2002).

Produktionspotentials wird im zweiten Quartal den Tiefpunkt erreichen. Danach nimmt die Auslastung der Kapazitäten spürbar zu.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt – Nachläufer der Konjunktur – bessert sich erst gegen Ende des Jahres. Die Beschäftigung sinkt bis weit nach 2003 hinein, und die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf reichlich 8³/₄% steigen. Nach einer ölpreisbedingten Inflationsbeschleunigung zu Jahresanfang erhöhen sich die Konsumentenpreise im Zuge wieder sinkender Ölpreise moderat. Sie dürften das Niveau von 2002 um 1,9% übersteigen.

Mitteuropa vor Wachstumsbeschleunigung

In den Transformationsstaaten Mitteleuropas und des Baltikums expandierte die Wirtschaft bis weit in das Jahr 2002 hinein. Etwa ab Spätsommer ließ der Schwung jedoch nach infolge der unsicheren weltwirtschaftlichen Aussichten im Allgemeinen und der schwachen Konjunktur in Westeuropa im Besonderen. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im gewichteten Durchschnitt um etwa 2¹/₄% gestiegen sein. Das Wachstumstempo, aber auch die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik variierten teilweise beträchtlich von Land zu Land. Während die Finanzpolitik insgesamt spürbar stimulierend wirkte, bremste die Geldpolitik etwas. Am kräftigsten

nahm der private Verbrauch zu, angeregt durch kräftige Realloohnerhöhungen und verschiedentlich auch Steuererleichterungen. Die Investitionen und der Export stagnierten oder sanken sogar. Die Leistungsbilanzen der größeren Länder wiesen erhöhte Defizite aus. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt blieb insgesamt unverändert schlecht. Doch verlangsamte sich der Preisanstieg erheblich, auch weil die Importpreise infolge der Dollar-Abwertung stabilisierend wirkten.

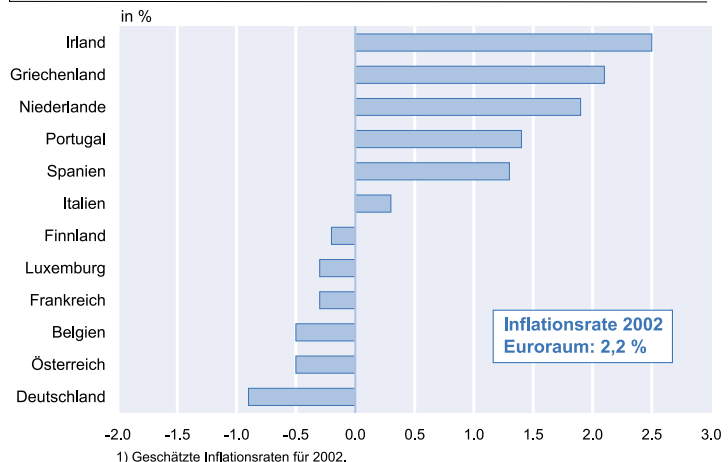
Die im laufenden Jahr deutlich erhöhten und teilweise bedenklichen Fehlbeträge in den Staatshaushalten und/oder Leistungsbilanzen lassen 2003 eine weniger expansive und verschiedentlich leicht restriktive finanzpolitische Linie erwarten. Die Geldpolitik – von Land zu Land unterschiedlich – wird teils anregend, teils dämpfend wirken und bemüht sein, die durch den starken Zustrom ausländischen Ka-

Kasten: Zum Inflationsziel der EZB

Eine Inflationsgefahr besteht im Euroraum derzeit nicht; in Deutschland ist das Preisniveau sogar nahezu stabil. Wie das ifo Institut bereits vor zwei Jahren ausgeführt hat (Sinn, Reutter 2000), liegt die Inflationsrate Deutschlands aus strukturellen Gründen (Balassa-Samuelson-Effekt) mittelfristig eher am unteren Ende des Spektrums der Inflationsraten der Euro-Länder (vgl. Abb. 7), das im Durchschnitt der ersten drei Jahre der Währungsunion immerhin eine Spannweite von 2,9 Prozentpunkten aufwies. Offenbar führt eine Notenbankpolitik, die sich an der durchschnittlichen Inflationsrate im Euroraum ausrichtet, tendenziell zu einem Druck auf das Preisniveau in Deutschland. Eine gewisse, mäßige Inflationsrate ist nützlich für den Strukturwandel, für das Wirtschaftswachstum und für die Fähigkeit der Geldpolitik, die Konjunktur bei Bedarf durch Zinssenkungen ankurbeln zu können. Das zentrale geldpolitische Ziel der Europäischen Zentralbank, die durchschnittliche Inflationsrate im Euroraum unter 2% zu halten, wird den spezifischen Belangen Deutschlands insofern nicht ganz gerecht. So könnte die EZB aus deutscher Sicht eine höhere Obergrenze anstreben, die etwa bei 2,5% liegen könnte. Außerdem sollte sie die Verteilung der Inflationsraten im Euroraum in den Blick nehmen.

Abb. 7

Abweichung der Inflationsrate der Euroraum-Länder vom Durchschnitt in 2002¹⁾



1) Geschätzte Inflationsraten für 2002.
Quelle: Eurostat, Berechnungen des ifo Instituts.

pitals mittlerweile meist erheblich überhöhten Wechselkurse zu senken.

Nachfrage und Produktion werden 2003 allmählich wieder an Tempo gewinnen, nachdem die Konjunktur im Winterhalbjahr 2002/2003 im Zuge der weltwirtschaftlichen Verlangsamung etwas an Dynamik verliert und die weltpolitische Unsicherheit retardierend wirkt. Dann zieht die Auslandsnachfrage stärker an, und mit den verbesserten Absatz- und Ertragserwartungen nehmen im weiteren Verlauf auch die Bruttoanlageinvestitionen deutlich zu, für die meisten Länder auch stimuliert vom bevorstehenden EU-Beitritt, der die ausländischen Direktinvestitionen beschleunigt steigen lässt. Der private Verbrauch dürfte hingegen etwas langsamer, wenn auch immer noch deutlich, steigen, da von der Finanzpolitik weniger Anregungen ausgehen und sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt (Nachläufer der Konjunktur und belastet durch den fortgesetzten strukturellen Umbruch) noch nicht nennenswert verbessert. Die Preise werden allmählich wieder etwas schneller steigen, teils konjunkturell, teils durch die nicht mehr stabilisierend wirkenden Importpreise bedingt. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahre 2003 um rund $2\frac{3}{4}\%$ expandieren.

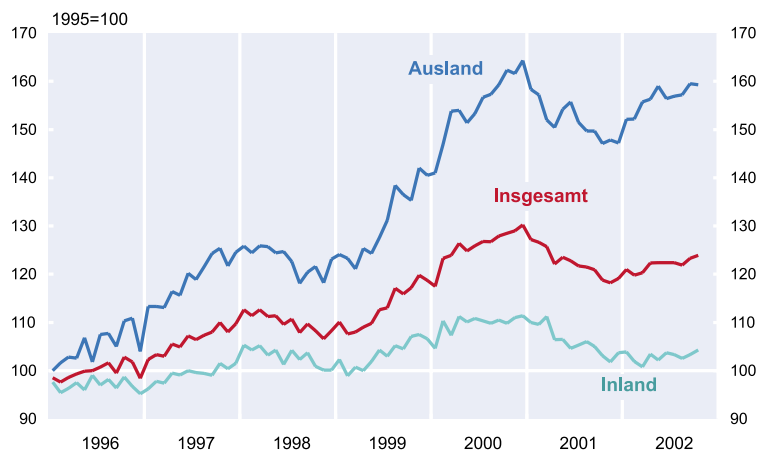
Deutschland: Abgabenerhöhungen beeinträchtigen Wirtschaftsklima

In Deutschland gibt es zur Zeit unterschiedliche Konjunkturssignale. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind von der Grundtendenz bisher leicht aufwärtsgerichtet (vgl. Abb. 8). Nennenswerte Impulse kamen für die deutsche Wirtschaft im ersten Halbjahr aus dem Ausland; insbesondere die Hersteller von Vorleistungs- und Investitionsgütern profitierten von der anziehenden Auslandsnachfrage. Die Nachfrage aus dem Inland blieb dagegen insgesamt flau, erst zuletzt haben hier die Bestellungen etwas angezogen. Die Industrieproduktion stieg bis zum dritten Vierteljahr leicht an; im Oktober gab es – ersten vorläufigen Berechnungen zufolge – allerdings einen Rückschlag (vgl. Abb. 9). Insbesondere bei den Herstellern von Vorleistungs- und Konsumgütern (und hier vor allem in der Automobilindustrie) war die Fertigung rückläufig, während die Investitionsgüterproduzenten noch vergleichsweise glimpflich davon kamen.

Nach den Dezember-Ergebnissen des ifo Konjunkturtests hat sich das Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge eingetrübt. In der anhaltenden Verschlechterung spiegeln sich zwar auch die geopolitischen

Abb. 8

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland (Volumen, saisonbereinigte Werte)



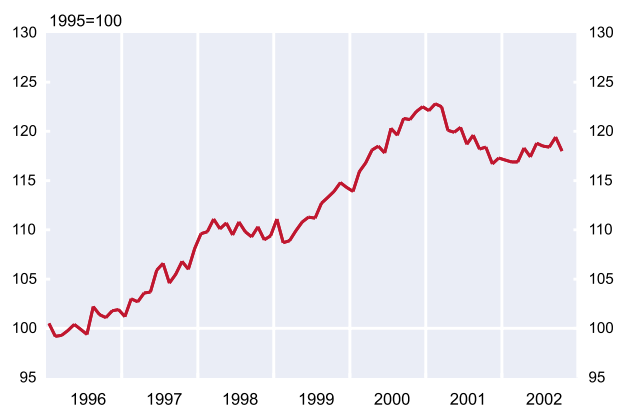
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Unsicherheiten wider, und außerdem ist eine Korrektur des Optimismus der Unternehmen vom letzten Frühjahr zu verzeichnen. Gleichwohl ist inzwischen aber zu konstatieren, dass die neue Bundesregierung durch die Ankündigung, Steuern und Sozialabgaben in großem Umfang zu erhöhen, das Wirtschaftsklima in Deutschland weiter verschlechtert hat. Das von der GfK erhobene Konsumklima ist im Oktober auf den niedrigen Stand vom Jahresanfang zurückgefallen.

Bedenklich ist auch, dass sich nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests in der Industrie im Dezember der Lageindikator deutlich verschlechtert hat. Während noch bei der letzten Befragung bei der Lage eine Verbesserung zu erkennen war, ist nun gerade wieder dieser Indikator gefallen, und zwar recht deutlich (vgl. Abb. 10). Allerdings gewannen in den Geschäftserwartungen die positiven Stimmen wieder ein leichtes Übergewicht; per saldo hellte sich das Geschäftsklima

Abb. 9

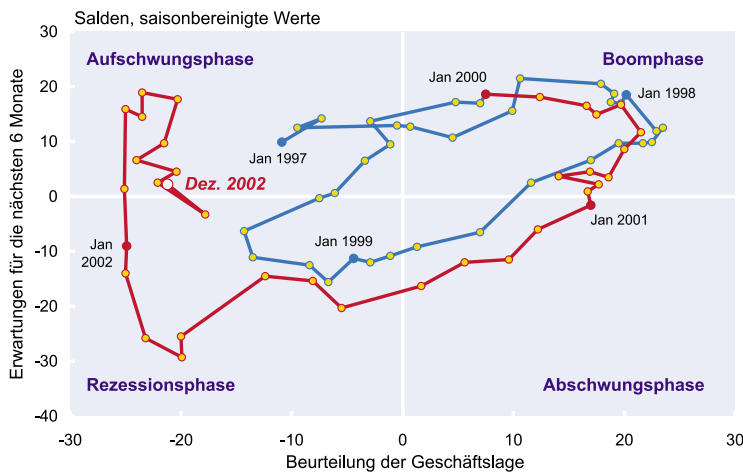
Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland (Volumen, saisonbereinigte Werte)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 10

ifo Konjunktur-Uhr¹⁾



1) Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genussmittel: Zusammenhang zwischen der Beurteilung der und den Erwartungen zur Geschäftslage.

Quelle: ifo Konjunkturtest, Westdeutschland.

etwas auf. Ein Lichtblick ist in den sich kräftig verbessernden Exporterwartungen zu sehen.

Auch angesichts dieser Erkenntnisse ist davon auszugehen, dass die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion im ersten Quartal 2003 nahezu zum Stillstand kommen wird. Maßgeblich für die Flaute ist der fiskalisch bedingte Kaufkraftentzug; die Finanzpolitik wirkt im Jahr 2003 aufgrund vielfältiger Sparmaßnahmen und Abgabenerhöhungen restriktiv. Auch dürfte das Hin und Her um die kräftige Erhöhung von Abgaben bei Investoren und Verbrauchern Attentismus ausgelöst haben, der nun zur Geltung kommt. Von der Entwicklung der

Einkommen gehen voraussichtlich nur geringe Impulse aus. Günstig wirkt allerdings der Umstand, dass die Lohnerhöhung nach der dieser Prognose zugrundeliegenden Annahme im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt nur rund 2 1/2% betragen wird. Dies wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Form einer Stärkung der Nachfrage nach Investitionsgütern etwas erhöhen, wengleich der Konsum tendenziell gedämpft wird. Im weiteren Jahresverlauf ist mit dem allmählichen Abklingen der großen Unsicherheit nach und nach mit einer Belebung zu rechnen.

Exporte: Weiter aufwärtsgerichtet

Die Ausfuhr hat nach einem moderaten Anstieg im 1. Halbjahr im 3. Quartal deutlich zugelegt. Saisonbereinigt lagen die deutschen Warenausfuhren um 3,5% über dem Vergleichsergebnis vom vorausgegangenen Vierteljahr. Maßgeblich hierfür waren in erster Linie die offenbar in diesem Quartal ausgeführten Aufträge aus früheren Bestellungen. Bisher steigt die Nachfrage auf den wichtigsten Absatzmärkten nur verhalten; deshalb dürfte es nicht gelingen, das vorgelegte Wachstumstempo beizubehalten. Alles in allem dürfte die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen im Jahr 2002 um 2,4% steigen (vgl. Abb. 12).

Die Exporterwartungen der deutschen Industrie verbessern sich seit Oktober, nach einem deutlichen Rückgang in den

Tab. 1

Wachstumsbeiträge der Verwendungskomponenten zum Bruttoinlandsprodukt in der Bundesrepublik Deutschland in Preisen von 1995

	2001			2002			2003		
	1.Hj	2.Hj	Jahr	1.Hj	2.Hj (s)	Jahr (s)	1.Hj (s)	2.Hj (s)	Jahr (s)
Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in Prozentpunkten									
Private Konsumausgaben	0.9	0.8	0.9	-0.7	0.1	-0.3	0.3	0.6	0.5
Konsumausgaben des Staates	0.2	0.1	0.2	0.3	0.3	0.3	0.1	0.1	0.1
Anlageinvestitionen	-0.8	-1.6	-1.2	-1.7	-1.1	-1.4	-0.2	0.1	0.0
Ausrüstungen, sonstige Anlagen	0.1	-1.0	-0.5	-1.0	-0.5	-0.7	0.0	0.3	0.2
Bauten	-0.9	-0.6	-0.7	-0.7	-0.6	-0.7	-0.2	-0.1	-0.2
Vorratsveränderung	-0.4	-0.9	-0.6	-0.2	0.4	0.1	0.3	0.0	0.1
Inländische Verwendung	-0.1	-1.5	-0.8	-2.3	-0.3	-1.3	0.5	0.8	0.7
Außenbeitrag	1.1	1.7	1.4	1.8	1.1	1.5	0.2	0.5	0.4
Exporte	2.8	0.7	1.7	0.1	1.6	0.9	1.7	1.7	1.7
Importe	-1.7	1.0	-0.3	1.8	-0.5	0.6	-1.5	-1.1	-1.3
Bruttoinlandsprodukt (a)	1.0	0.2	0.6	-0.4	0.8	0.2	0.8	1.3	1.1

s) Schätzungen des ifo Instituts.-a) Veränderung in % gegenüber Vorjahr. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts ergibt sich aus dem Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage und des Außenbeitrags. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Kasten: Zu den Risiken einer Kreditklemme in Deutschland

Die Kreditfinanzierung inländischer Unternehmen und Selbständiger durch deutsche Banken hat sich seit Anfang 2001 deutlich abgeschwächt. Eine verhaltener Kreditvergabe ist in Rezessionsphasen durchaus üblich. Unternehmen brauchen aufgrund der in dieser Konjunkturphase üblicherweise reduzierten Lagerhaltung und der schwächeren Investitionstätigkeit weniger Fremdmittel, die *Kreditnachfrage* sinkt. Gegenwärtig sind allerdings Befürchtungen laut geworden, dass in Deutschland eine Kreditklemme wahrscheinlicher wird, in der schwächere Unternehmen Probleme haben, Kredite zu bekommen. Derartige *Angebotsprobleme* könnten den Aufschwung in Deutschland weiter verzögern oder sogar zum Kippen bringen.

Aus theoretischer Sicht sind Informationsprobleme zwischen Debitoren und Gläubigern ein wichtiger Grund für das Entstehen einer Kreditklemme (siehe z.B. Stiglitz und Weiss, 1981). Das wichtigste Informationsproblem für Gläubiger ist die Unsicherheit über das potentielle *Kreditausfallrisiko*. Debitoren sind hierüber selbst viel besser informiert, wodurch Informations-Asymmetrien zwischen Debitoren und Gläubigern entstehen. Diese können dazu führen, dass Geschäftsbanken bei der Kreditvergabe restriktiver als nötig vorgehen; die Funktionsfähigkeit des Kreditmarkts wäre dann gestört.

Aufgrund der erhöhten Unsicherheit in der Welt im Gefolge der Terroranschläge vom 11. September und des weltweiten Kurssturzes auf den Aktienmärkten dürften asymmetrische Informationsprobleme in letzter Zeit zugenommen haben. Dafür spricht der hohe Wertberichtigungsbedarf der deutschen Banken im Bereich der Firmenkredite: schon im abgelaufenen Jahr hatten die Unternehmensinsolvenzen um 14,3% zugenommen (vgl. Deutsche Bundesbank, 2002). Auch institutionelle Änderungen der Rahmenbedingungen für Kredite wie die Neuregelung der Baseler Eigenkapitalrichtlinie (Basel-II), die voraussichtlich Ende 2006 in Kraft tritt, könnten dazu führen, dass Banken die Kreditvergabe (bereits jetzt) stärker als sonst üblich einschränken.

Vor allem kleinere Unternehmen, die nicht einen direkten Zugang zu den Kapitalmärkten und daher kein einfaches Substitut für Bankkredite haben, sind auf die Vermittlerrolle von Banken angewiesen. Zunehmende Informationsprobleme treffen daher hauptsächlich die mittelständischen Unternehmen. Großunternehmen können sich zusätzlich mit Industriefinanzierungen finanzieren. Tatsächlich lässt sich neuerdings eine starke Tendenz feststellen, dass große Unternehmen verstärkt Industrieobligationen ausgeben. Zwar ist das Volumen dieser Emissionen zu gering, als dass von daher eine substantielle Linderung einer möglichen Kreditklemme bewirkt werden könnte. Dieses Verhalten könnte für sich genommen als ein Indiz für eine mögliche Kreditklemme gewertet werden. Ein anderes Indiz ist darin zu sehen, dass bei einer Umfrage des ifo Instituts bei 1 100 repräsentativen Unternehmen ein nicht zu vernachlässigender Teil der Befragten tatsächlich mitteilte, dass sich die Banken bei der Kreditvergabe als restriktiv erwiesen hätten (vgl. Russ 2002).

Die Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Deutschland zeigt inzwischen einen deutlich erhöhten Vorsorgeaufwand im Bankenbereich. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank (vgl. Deutsche Bundesbank 2002) wurde die Risikovorsorge der deutschen Banken im Kreditgeschäft³ in den vergangenen beiden Jahren merklich ausgeweitet; im Jahr 2001 betrug sie insgesamt 19,5 Mrd. Euro (vgl. Abb. 11). Dies zeigt deutlich, dass das deutsche Bankensystem (bzw. Kreditwesen) schon in den beiden Vorjahren deutlich höhere Ertragsbelastungen infolge von Kreditausfällen zu verkraften hatte. Diese Entwicklung dürfte sich im Laufe des Jahres 2002 weiter beschleunigen bzw. verschärfen haben.

Primär wurde die Risikovorsorge im abgelaufenen Jahr bei den großen deutschen Kreditbanken und den Landesbanken erforderlich, die vorwiegend bei Großkunden bzw. in internationalen Geschäften engagiert sind. Die im Massengeschäft tätigen Sparkassen und Kreditgenossenschaften haben dagegen den Bewertungsaufwand vergleichsweise moderat aufgestockt (vgl. Deutsche Bundesbank 2002).

Der extrem starke Zuwachs der Risikovorsorge verringert die effektive Eigenkapitalquote der Banken⁴ und zwingt diese zur Einschränkung ihres Kreditvolumens, wenn sie nicht eine Abstufung durch die Rating-Agenturen riskieren wollen. Insofern ist bei einer Fortsetzung dieser Entwicklung Anlass zu ernster Sorge bezüglich möglicher Rückwirkungen auf die Konjunkturlage angebracht. Es besteht die Gefahr, dass das Investitionsvolumen nicht nur nachfrageseitig, sondern auch angebotsseitig verringert wird. Bei den Großunternehmen ist dieser Effekt vermutlich schon heute vorhanden.

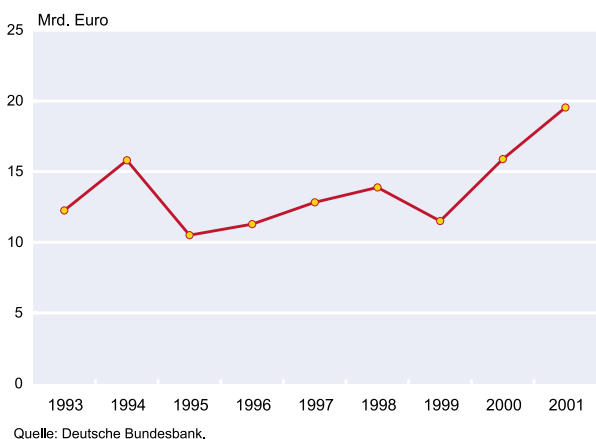
Ungünstig hat sich in diesem Zusammenhang die Unternehmenssteuerreform des Jahres 2000 ausgewirkt. Diese Reform hat im Verein mit der so genannten Gewinnverwendungsfiktion einen Anreiz ausgeübt, neue Gewinne auf dem Wege über alte Eigenkapitaltöpfe auszuschütten, weil auf diese Weise die faktische Ausschüttungsbelastung für diese Gewinne auf 10 bis 15% gesenkt werden konnte. Dieser nicht unbeträchtliche steuerliche Vorteil hat in den letzten beiden Jahren den Aktionären der Unternehmen erheblichen Nutzen gebracht, aber er hat wegen der Verstärkung der Ausschüttungsanreize leider auch eine tendenzielle Schwächung der Eigenkapitalbasis der Kapitalgesellschaften zur Folge gehabt. Im Jahr 2001, als die Gewinne bereits größtenteils eingebrochen waren und eine deutliche Reduktion der Dividendenzahlungen angebracht gewesen wäre, haben viele Unternehmen ihr Dividendenvolumen aufrechterhalten, denn zum Motiv der Kurspflege durch eine Glättung der Dividendenzahlungen trat der massive steuerliche Vorteil bei der Gewinnausschüttung hinzu. Viele Unternehmen, so auch Banken, sind aus diesem Grunde mit einer geschwächten Eigenkapitalbasis in das Jahr 2002 gegangen (vgl. Sinn 2002).

³ Saldo aus »Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft« und »Beträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft.«

⁴ Wegen der gleichzeitigen Umstellung der Rechnungslegungsvorschriften im Zuge der Anpassung an internationale Standards wird dieser Effekt zwar in den ausgewiesenen Bilanzen nur bedingt sichtbar, er ist aber für die Rating-Agenturen dennoch von Bedeutung.

Abb. 11

Risikovorsorge der deutschen Banken



Sommermonaten. Mit der allmählichen Erholung der Weltkonjunktur werden auch die deutschen Exporte im Jahr 2003 wieder zunehmen. Auch wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure weniger als im letzten Jahr verschlechtern. Positive Impulse auf die deutsche Ausfuhr gehen vor allem vom Euroraum und von den USA aus. Auch die Transformationsländer Mittel- und Osteuropas werden voraussichtlich weiterhin verstärkt Investi-

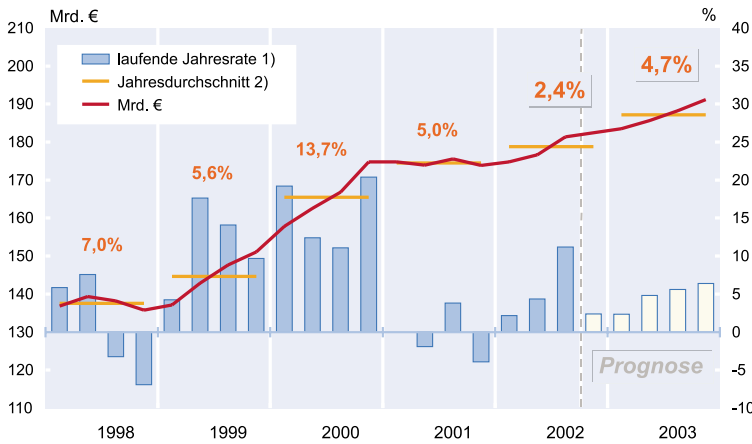
tionsgüter aus Deutschland nachfragen. Im Jahresdurchschnitt 2003 werden daher die Exporte um reichlich 4 1/2% zunehmen. Damit bleibt der Beitrag der Exporte zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum positiv (vgl. Tab. 1).

Die Importe haben im 3. Quartal ebenfalls deutlich zugenommen; im Jahresdurchschnitt dürften sie aufgrund der schwachen Entwicklung im ersten Halbjahr mit einer Rate

Abb. 12

Reale Exporte

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dez. 2002).

von 1,9% abnehmen. Mit einer wenn auch leichten Belebung der Binnenkonjunktur und anziehenden Exporten werden die Importe im nächsten Jahr allmählich wieder ansteigen. Es wird mit einer durchschnittlichen Jahresrate der realen Importe von etwa 4% gerechnet.

Ausrüstungsinvestitionen: Talsohle ist erreicht

Die Ausrüstungsinvestitionen sind seit dem vierten Quartal 2000 kontinuierlich zurückgegangen, saisonbereinigt bis zum Herbst 2002 um fast 17%. Die in diesem und im vergangenen Jahr zutage getretene Investitionsschwäche ist teilweise zyklisch bedingt. In den Jahren bis 2000 hatten viele Unternehmen unter dem Eindruck von steigenden Renditeerwartungen massiv investiert. Eine weitere Aufrechterhaltung dieses Investitionsniveaus hätte eine beschleunigt wachsende Nachfrage erfordert. Die konjunkturelle Abkühlung ab 2001 erzeugte Überkapazitäten, die erst abgebaut werden müssen, bevor die Investitionsbereitschaft wieder steigen kann. Der zyklisch bedingte Rückgang der Investitionsneigung wurde verstärkt durch die Strukturprobleme in Deutschland und die aus Sicht der Unternehmen falschen oder zu zögerlichen Maßnahmen der Regierung.

Im laufenden Jahr sind die Investitionen allerdings wesentlich stärker eingebrochen, als es die Wirtschaftsforschungsinstitute noch in ihrem Frühjahrgutachten vorausgesehen hatten. Damals war für das Jahr 2002 noch mit einer glimpflichen Schrumpfung der Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich sonsti-

ge Anlagen) von 1,5% gerechnet worden. Heute ist davon auszugehen, dass die tatsächliche Schrumpfungsrates der Ausrüstungsinvestitionen bei 7,5% liegen wird (vgl. Abb. 13). Diese Differenz zeigt, wie stark sich die konjunkturelle Problemlage gegenüber der Einschätzung vom Frühjahr inzwischen verschlechtert hat. Der Einbruch bei der inländischen Investitionsgüternachfrage ist einer der Hauptgründe für die Revision der für dieses Jahr erwarteten Wachstumsrate.

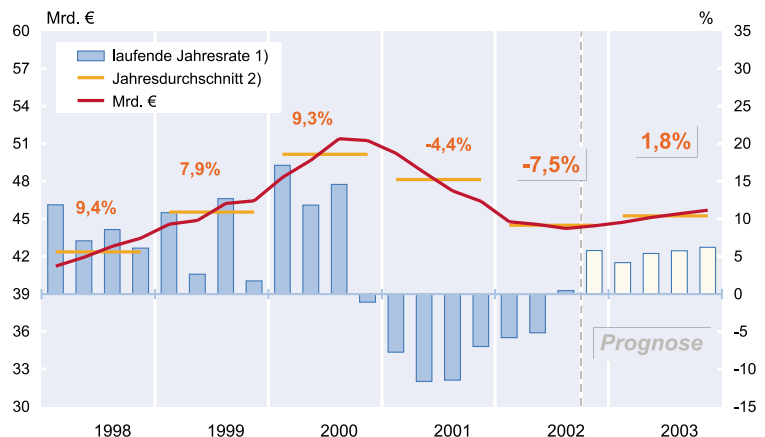
Mit einem weiteren Rückgang der Investitionstätigkeit in das kommende Jahr hinein ist aber nicht zu rechnen. Die gegenwärtig zu verzeichnende Belebung der Exportnachfrage und das anhaltende, wenn auch moderate, Wachstum des privaten Konsums lassen erwarten, dass zumindest die erforderlichen Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen nicht mehr länger zurückgestellt werden. Dafür spricht auch,

dass der Auftragseingang aus dem Inland bei den Investitionsgüterproduzenten seinen Tiefpunkt durchschritten hat und in letzter Zeit wieder angestiegen ist sowie dass die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe im September wieder den langfristigen Durchschnitt erreicht hat. Bei der Produktion von Investitionsgütern ist die konjunkturelle Grundtendenz zwar noch abwärtsgerichtet, doch lässt der zeitliche Nachlauf der Produktion hinter dem Auftragseingang für das nächste Quartal eine Belebung erwarten. Im Jahresdurchschnitt ist für das Jahr 2003 mit einem Anstieg der Ausrüstungen um real 1% gegenüber dem Vorjahr zu rechnen, nach einem Rückgang um 9% im laufenden Jahr. Bei den sonstigen Anlagen ist für das nächste Jahr ein Zuwachs um real 6% zu erwarten, da bei Software-Erneuerungen kaum gespart werden kann.

Abb. 13

Reale Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

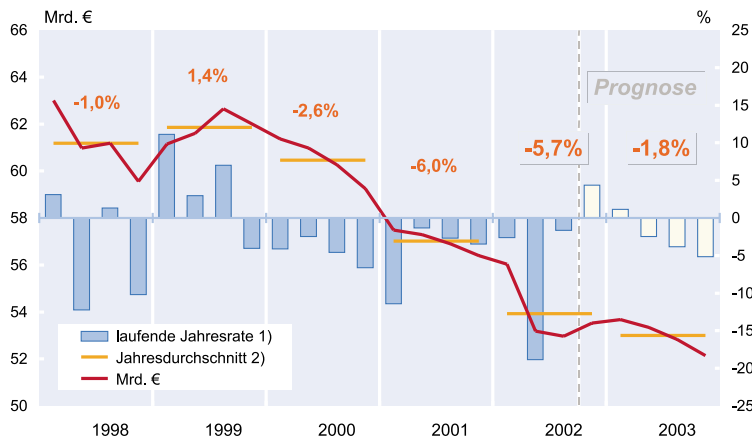
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dez. 2002).

Abb. 14

Reale Bauinvestitionen

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
 2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des Instituts (Dez. 2002).

Bauinvestitionen: Talfahrt setzt sich fort

Der Schrumpfungprozess bei den Bauinvestitionen hat sich im Jahr 2002 fortgesetzt und wird auch im kommenden Jahr kein Ende finden (vgl. Abb. 14). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass das gegenwärtige Volumen der Bauinvestitionen immer noch zu einem realen Wertzuwachs des Bautenbestandes führt, die negativen Wachstumsraten der Investitionen bringen nur ein verlangsamtes Wachstumstempo des Bestandes zum Ausdruck.

Angesichts der nach der Wiedervereinigung aufgebauten Kapazitäten und des gegenwärtig moderaten Einkommenswachstums sind geringer werdende Bestandszuwächse nicht erstaunlich. Beim Wohnungsbau haben vor dem Hintergrund

einer nahezu stagnierenden Bevölkerung inzwischen Modernisierungs- und Instandsetzungsvorhaben das Übergewicht erlangt. Im Bereich des Wirtschaftsbaus ließ die jüngste konjunkturelle Abschwächung auch in Westdeutschland wieder Überkapazitäten bei Büro- und Lagergebäuden entstehen, die erst abgebaut werden müssen, bevor an eine Belebung der Bautätigkeit zu denken ist. Der öffentliche Bau leidet unter den finanziellen Engpässen der Kommunen. Insgesamt ist für das Jahr 2003 mit einem Rückgang der realen Bauinvestitionen um nahezu 2% zu rechnen nach einem Minus von fast 6% in diesem Jahr.

Privater Konsum: Fiskalisch ausgebremst

Der private Konsum hat im gesamten Jahr 2002 enttäuscht. Maßgeblich hierfür war, dass zum ersten Mal seit 1992 die Kaufkraft der privaten Haushalte – gemessen am real verfügbaren Einkommen – abgenommen hat. Insbesondere die realen Gewinn- und Vermögenseinkommen waren im Gefolge der schwachen Konjunktur rückläufig, aber auch die Nettolöhne und -gehälter sind in realer Rechnung gesunken. Zudem ist die Sparquote leicht gestiegen; das Vorsorgesparen hat zugenommen. Alles in allem ist der private Konsum um 0,5% gesunken (vgl. Abb. 15); ein ähnlich schlechtes Ergebnis wurde zuletzt im Jahr 1982 registriert.

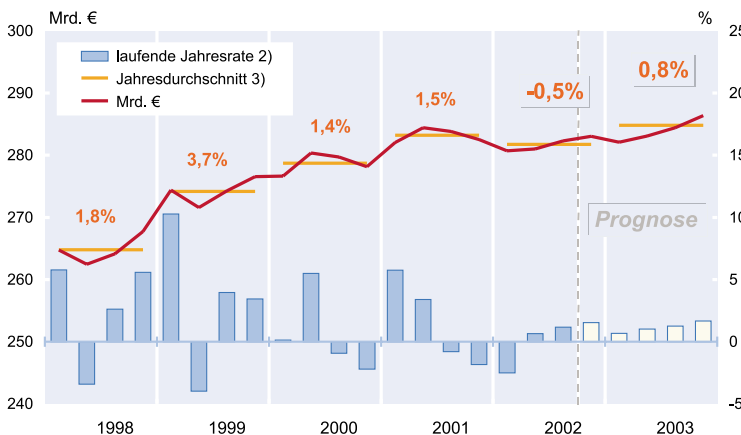
Im kommenden Jahr werden sich die Konsumperspektiven nur wenig aufhellen; im ersten Quartal ist wegen der stark steigenden Steuer- und Sozialabgabenbelastung erneut mit einem absoluten Rückgang der Konsumausgaben zu rechnen. In der gesetzlichen Krankenversicherung wird der Beitragssatz im Durchschnitt von 14,0 auf 14,3% angehoben; in der Rentenversicherung von 19,1 auf 19,5%. Hinzu kommt die deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze. Die Steuerprogression greift weiter voll, weil die zweite Stufe der Steuerreform 2000 wegen der Finanzierung der Flutschäden auf das Jahr 2004 verschoben worden ist. Kaufkraftdämpfend wirkt die massive Anhebung von indirekten Steuern.

Ab dem zweiten Vierteljahr dürfte sich die langsame Besserung auf dem Arbeitsmarkt allmählich positiv auf die Expansion der Arbeitseinkommen auswirken. Die monetären Sozialleistungen werden dagegen langsamer expandieren, weil die Anpassung der Altersrenten geringer sein wird und die Lohner-

Abb. 15

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹⁾

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
 2) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
 3) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzung des ifo Instituts (Dez. 2002).

satzleistungen für Arbeitslose rückläufig sind. Dagegen werden die übrigen Primäreinkommen der privaten Haushalte aufgrund der anziehenden Konjunktur wieder deutlich steigen. Insgesamt werden die realen Konsumausgaben bei leicht sinkender Sparquote um 0,8% zunehmen.

Preisniveau: Weiterhin nahezu stabil

Die Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe verlief in diesem Jahr alles in allem moderat. Trotz des beträchtlichen Preissprungs am Jahresanfang, der durch die Anhebung von indirekten Steuern und eine witterungsbedingte kräfti-

ge Verteuerung von saisonabhängigen Nahrungsmitteln verursacht worden war, stiegen die Lebenshaltungskosten im Jahresdurchschnitt 2002 nur um 1,3%. Nicht höher war zuletzt auch die Kerninflationsrate, aus der u.a. der Einfluss der Preise von Energieträgern herausgerechnet ist (vgl. Tab. 2).⁵ Die Einführung des Euro-Bargelds hat – wie vom ifo Institut erwartet worden war – keinen größeren Teue-

⁵ Die Preise von Energieträgern (Kraftstoffe, Heizöl sowie Gas) und von Saisonwaren (Fische, Fischwaren, Obst, Gemüse) sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus.

Tab. 2
Preisindex für die Lebenshaltung^{a)}

	Wägungs- schema in Promille	1998	1999	2000	2001	2002
		Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr				
Kerninflation^{b)}	729.32	0.9	0.5	0.8	1.6	1.1
Übrige Lebenshaltung	270.68	1.0	0.9	5.0	4.6	1.2
davon:						
Saisonwaren	27.12	2.2	-0.7	-0.5	6.4	-2.2
Fische, Fischwaren	5.19	4.5	2.6	1.1	7.3	3.2
Obst	9.95	3.0	-3.3	-1.2	7.4	-2.6
Gemüse	11.98	0.3	0.0	-0.7	-0.3	-5.1
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	49.13	-5.6	6.4	22.9	3.8	3.8
Heizöl	5.87	-17.0	19.5	53.4	-6.0	-2.7
Kraftstoffe	32.30	-5.1	7.0	18.9	1.0	8.7
Gas	10.96	0.1	-2.2	16.3	21.4	-4.8
Güter mit administrierten Preisen	194.43	2.5	-0.3	1.2	4.6	0.9
darunter:						
Strom	25.84	1.3	3.9	-4.8	4.0	4.5
Umlagen für Fernwärme u.ä.	11.41	-2.4	-4.7	20.7	23.4	-8.2
Telefondienstleistungen	18.57	-1.3	-11.4	-4.9	-3.3	1.0
Beiträge zur Krankenversicherung	5.10	4.4	3.4	4.2	5.8	4.0
Kraftfahrzeugsteuer	6.42	9.1	6.7	2.3	29.8	0.0
Lebenshaltung insgesamt	1000.00	1.0	0.6	1.9	2.5	1.1
davon: ^{c)}						
Kerninflation	-	0.7	0.3	0.6	1.2	0.8
Übrige Lebenshaltung	-	0.3	0.2	1.4	1.3	0.3
Saisonwaren	-	0.1	0.0	0.0	0.2	-0.1
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	-	-0.3	0.3	1.2	0.2	0.2
Güter mit administrierten Preisen	-	0.5	0.0	0.2	0.9	0.2

a) Alle privaten Haushalte, 1995 = 100.

b) In der Abgrenzung des ifo Instituts.

c) Beiträge der Teilindizes zur Veränderung des Gesamtindex der Lebenshaltung in Prozentpunkten.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Tab. 3
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts nach Wirtschaftsbereichen

Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	2000	2001	2002 (s)	2003 (s)
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0.1	1.1	-1.3	0.7
Produzierendes Gewerbe	2.5	-0.9	-1.2	1.1
davon: Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	3.8	0.4	-0.2	1.7
Baugewerbe	-2.7	-6.5	-5.8	-2.0
Dienstleistungsbereiche	3.9	2.0	1.4	1.3
davon: Handel, Gastgewerbe und Verkehr	5.3	2.5	1.2	1.3
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	4.4	2.2	1.6	2.1
Öffentliche und private Dienstleister	1.8	1.1	1.2	0.1
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	3.4	1.1	0.6	1.3
Bruttoinlandsprodukt	2.9	0.6	0.2	1.1

s) Schätzungen des ifo Instituts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Wertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen stieg nur noch leicht, im Baugewerbe sank sie weiter (wenn auch verlangsamt), in den übrigen produzierenden Bereichen stagnierte sie nach einer deutlichen Ausweitung im ersten Halbjahr. Die von der Tendenz her steigenden Auftragseingänge in der Industrie – zuletzt sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland – und die Meldungen der am ifo Konjunkturtest teilnehmenden Firmen über die Geschäftslagebeurteilung lassen einen leichten Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im vierten Vierteljahr erwarten. Im Verlauf des Jahres dürfte die Wirtschaftsleistung lediglich um 0,9% steigen, im Jahresdurchschnitt sogar nur um 0,2%. Sehr ungünstig war die Konjunktur vor allem im Baugewerbe, hier dürfte die Wertschöpfung um 5 1/2 bis 6% gesunken sein, und damit nahezu im gleichen Ausmaß wie 2001 (6,5%), im Verarbeitenden Gewerbe war sie leicht rückläufig (etwa - 1/4%), während die Dienstleistungsbereiche leichte Zuwächse (im Durchschnitt 1 1/2%) verbuchen konnten (vgl. Tab. 3).

Wertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen stieg nur noch leicht, im Baugewerbe sank sie weiter (wenn auch verlangsamt), in den übrigen produzierenden Bereichen stagnierte sie nach einer deutlichen Ausweitung im ersten Halbjahr. Die von der Tendenz her steigenden Auftragseingänge in der Industrie – zuletzt sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland – und die Meldungen der am ifo Konjunkturtest teilnehmenden Firmen über die Geschäftslagebeurteilung lassen einen leichten Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im vierten Vierteljahr erwarten. Im Verlauf des Jahres dürfte die Wirtschaftsleistung lediglich um 0,9% steigen, im Jahresdurchschnitt sogar nur um 0,2%. Sehr ungünstig war die Konjunktur vor allem im Baugewerbe, hier dürfte die Wertschöpfung um 5 1/2 bis 6% gesunken sein, und damit nahezu im gleichen Ausmaß wie 2001 (6,5%), im Verarbeitenden Gewerbe war sie leicht rückläufig (etwa - 1/4%), während die Dienstleistungsbereiche leichte Zuwächse (im Durchschnitt 1 1/2%) verbuchen konnten (vgl. Tab. 3).

Im kommenden Jahr dürfte die Konjunktur wegen der zusätzlichen fiskalischen Belastungen für Privathaushalte und Unternehmen zunächst noch sehr verhalten bleiben, und die Produktionstätigkeit wird erst ab dem Frühjahr allmählich stärker expandieren. Erneut wird die Nachfrage aus dem Ausland Motor der Entwicklung sein, wovon die Industrie besonders profitiert. Vor dem Hintergrund nur schwach zunehmender Einkommen der privaten Haushalte wird der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr nur wenig wachsen, und angesichts verstärkter Sparanstrengungen des Staates wird die Wertschöpfung der öffentlichen und privaten Dienstleister vermutlich stagnieren. Von der Beseitigung der Flutschäden wird das Baugewerbe zwar Impulse erhalten, die Abwärtstendenz kann dadurch aber nur vorübergehend überdeckt werden. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2003 um 1,1% über dem Wert des Jahres 2002 liegen; im Jahresverlauf 2003 wird es um knapp

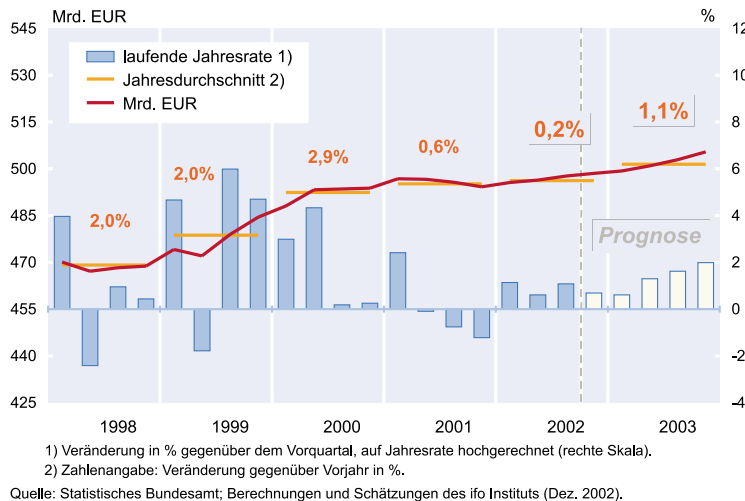
Im Prognosezeitraum dürfte sich an der insgesamt nur äußerst geringen Zunahme der Konsumentenpreise, die im Jahr 2002 zu verzeichnen war, nur wenig ändern. Die flauere Verbrauchskonjunktur eröffnet so gut wie keine Preiserhöhungsspielräume, auch schwächt sich mit der allmählich wieder anziehenden Konjunktur der Anstieg der Lohnstückkosten deutlich ab. Dämpfend wird zudem der in diese Prognose eingestellte etwas höhere Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar wirken. Die positive Preistendenz wird allerdings im Winter von neuerlichen Verbrauchsteuererhöhungen kurzfristig überlagert: So tritt die fünfte Stufe der ökologischen Steuerreform in Kraft, und auch die Tabaksteuer wird erneut angehoben. Zudem wird Energie (Gas und Nachtstrom) stärker besteuert. Zusammengefasst führen diese Maßnahmen zu einem zusätzlichen Anstieg des Preisniveaus um 1/2%. Außerdem steigen die Grundgebühren für einen Telefonanschluss der Telekom. Allerdings wird das Briefporto (um durchschnittlich 7,2%) gesenkt. Schließlich wird ab April zeitlich gestaffelt für etliche Warengruppen und Dienstleistungen der bislang ermäßigte Mehrwertsteuersatz auf den vollen Satz von 16% angehoben. Insgesamt wird das Verbraucherpreisniveau im Jahresdurchschnitt 2003 voraussichtlich erneut um 1,3% höher sein.

Produktion: Nur geringes Wachstumstempo

Auch nach der Jahresmitte kam die gesamtwirtschaftliche Produktion nicht auf Touren. Der Anstieg vom zweiten zum dritten Vierteljahr 2002 betrug nur 1,1% (Jahresrate). Die

Abb. 16

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1 1/2% steigen (vgl. Abb. 16). Das Expansionstempo ist damit kaum höher als das Trendwachstum (ca. 1 1/4%), also wird der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad im Jahresverlauf nur wenig steigen.

Arbeitsmarkt: Arbeitslosenquote steigt 2003 auf nahezu 10%

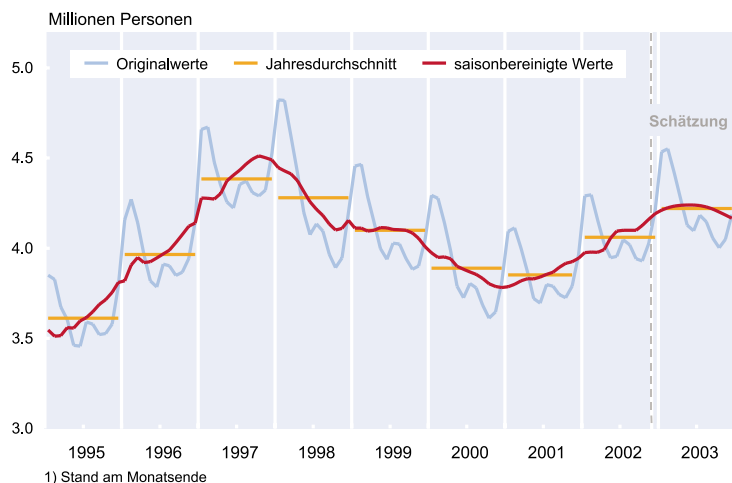
Im Sommerhalbjahr hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschärft. Die Erwerbstätigenzahl sank beschleunigt, die Zahl der Arbeitslosen stieg weiter. Besonders stark war der Beschäftigungsrückgang im Baugewerbe und den anderen produzierenden Wirtschaftsbereichen, auch bei den Dienstleistern stieg die Erwerbstätigenzahl zuletzt nicht mehr. Der Tiefpunkt der Arbeitsmarktentwicklung ist damit aber noch nicht erreicht. Angesichts einer zunächst nur langsam wachsenden Wirtschaft und einer sinkenden Anzahl offener Stellen wird die Erwerbstätigkeit bis zur Jahresmitte 2003 noch sinken, wenn auch nicht mehr so rasch wie zuletzt.⁶ Im Jahresdurchschnitt 2002 dürfte die Erwerbstätigenzahl um rund 230 000 (0,6%) niedriger liegen als im Vorjahr, am Jahresende dürfte sie den Vorjahreswert um 360 000 oder 1% unterschritten haben. Das ist der erste Beschäftigungsrückgang seit 1997. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit in der zweiten Jahreshälfte 2003 dürfte nicht stärker sein als der Rückgang im ersten Halbjahr, so dass zum Jahresende 2003 etwa gleich viele Personen erwerbstätig sind wie ein Jahr zuvor. Für den Jahresdurchschnitt ist ein Beschäftigungsabbau nahezu in der gleichen Größenordnung wie 2002 zu erwarten (rund 210 000 Personen).

Die Arbeitslosenzahl ist im Jahresverlauf 2002 deutlich gestiegen, und zwar um insgesamt 250 000. Dabei erfolgte der Anstieg nicht kontinuierlich sondern in ausgeprägten Schublen: Während sowohl im ersten als auch im dritten Quartal die Arbeitslosenzahl im Großen und Ganzen stagnierte, stieg sie von Ende März bis Ende Juni um durchschnittlich 40 000 monatlich, von Ende September bis Ende Dezember um schätzungsweise rund 30 000 pro Monat. Eine Ursache dieser un-steten Entwicklung dürfte im Job-AQTIV-Gesetz liegen, das zum Jahresanfang in Kraft getreten ist. So gab es im ersten und im dritten Vierteljahr sehr viele Abmeldungen aus der Arbeitslosigkeit infolge von Nichterneuerung der Arbeitslosmeldung, wegen unzureichender Mitwirkung bei der Stellensuche oder wegen Inanspruchnahme vorruhestandsahnlicher Regelungen. Dagegen waren in den anderen Monaten zum Teil deutlich mehr »erneute Meldungen nach einem Meldeversaumnis« zu verzeichnen. In den nächsten Monaten wird sich die Arbeitslosigkeit weitgehend spiegelbildlich zur Erwerbstätigkeit entwickeln und bis

⁶ Grundlage für die Schätzung sind die bis zum dritten Vierteljahr (nach Wirtschaftsbereichen) bzw. bis zum Monat September (für die Gesamtwirtschaft) vorliegenden Daten des Statistischen Bundesamtes. Auch wenn man berücksichtigt, dass zum aktuellen Rückgang die Verkürzung von Wehr- und Ersatzdienst ab Januar 2002 beigetragen hat, so bleibt festzustellen, dass das Ausmaß des Rückgangs im dritten Vierteljahr 2002 nicht zu erklären ist. Denn nach den zuletzt veröffentlichten Ergebnissen sank die Erwerbstätigenzahl in diesem Quartal so schnell wie 1992/1993, als es zum einen eine starke Rezession gab, zum anderen in den neuen Bundesländern im Zuge der Umstellung von der Plan- auf die Marktwirtschaft viele Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre werden die Erwerbstätigenzahlen bei späteren Neuberechnungen (wenn detailliertere Basiszahlen, z.B. zur geringfügigen Beschäftigung vorliegen) deutlich korrigiert, und zwar in der Regel nach oben.

Abb. 17

Entwicklung der Arbeitslosigkeit¹⁾ in Deutschland



etwa Jahresmitte 2003 weiter steigen. Erst in den Sommermonaten könnte sich eine leichte Entspannung einstellen, wenn der Wirtschaftsaufschwung stärker geworden ist. Im Jahresdurchschnitt 2002 dürfte die Arbeitslosenzahl mit 4,06 Mill. um rund 200 000 höher sein als im Jahr 2001 (vgl. Abb. 17). Im Jahr 2003 wird sie, trotz des Rückgangs im späteren Jahresverlauf, jahresdurchschnittlich auf 4,22 Mill.⁷ steigen und die Arbeitslosenquote – bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen – auf 9,9%.

Nennenswerte Effekte durch die Umsetzung der Vorschläge der »Hartz-Kommission« sind hierbei nicht unterstellt. Zwar würden die Vorschläge der Kommission, wenn sie denn umgesetzt würden, die Arbeitslosigkeit in kurzer Frist beseitigen. Immerhin soll die Personal Service Agentur auf dem Wege der Subventionierung eine Absenkung der Lohnkosten der Unternehmen auf ein Drittel (!) herbeiführen (vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim BMWA 2002a, 2002b), wobei zugleich Arbeitsverhältnisse mit vollem Kündigungsschutz zur Verfügung gestellt werden. Doch wegen nicht beherrschbarer Mitnahmeeffekte und dadurch entstehender Kosten lassen sich die Vorschläge nicht realisieren. Die im Gesetzgebungsverfahren verbleibende Restmenge der Vorschläge, bei denen von der Subventionierung offenbar abgesehen wird, ist kein wesentlicher Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit.

Diese Aussage gilt auch für die sogenannten Minijobs oder Niedriglohnjobs, auf deren Förderung sich Koalition und Opposition geeinigt zu haben scheinen. Die geplante Freistellung von staatlichen Abgaben beschränkt sich auf Einkommensbereiche, die deutlich unterhalb der Sozialhilfegrenzen liegen (beispielsweise ca. 1 660 Euro pro Monat für ein Ehepaar mit zwei Kindern). Sie werden bei den Empfängern von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe voll und ganz durch die endogene Verringerung der Unterstützungszahlungen kompensiert und können deshalb bei diesen Personengruppen keinerlei materielle Wirkung entfalten. Die zu erwartenden Beschäftigungseffekte beschränken sich ausschließlich auf die Mehrbeschäftigung von Schülern, Rentnern, mitarbeitenden Ehepartnern und ähnlichen Personengruppen, die keinen Anspruch auf solche Sozialleistungen haben, aber eben deshalb in aller Regel nicht zur Problemgruppe der Arbeitslosen gehören.

Einen wirklichen Beitrag zur Lösung des Arbeitslosenproblems bieten demgegenüber die Vorschläge für eine aktivierende Sozialhilfe, die übereinstimmend

vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2002), vom Wissenschaftlichen Beirat beim BMWA (2002b) und vom ifo Institut (Sinn et al., 2002) unterbreitet wurden. Indes ist nicht absehbar, dass die Politik diese Vorschläge in naher Zukunft übernimmt.

Einnahmen und Ausgaben des Staates: Bei striktem Konsolidierungskurs sinkt das Defizit im Jahr 2003 unter die 3%-Marke

Im Jahr 2002 verfehlte Deutschland deutlich das Defizit-Kriterium für die Euro-Länder. Wegen der konjunkturellen Flaute waren die Einnahmen geringer als vorher geschätzt und gleichzeitig die Ausgaben höher. Insbesondere die Steuern blieben weit hinter den Ansätzen zurück, der Beschäftigungsrückgang sorgte aber auch dafür, dass die Sozial-

Tab. 4
Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2001	2002 (1)	2003 (1)
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^{a)}			
Private Konsumausgaben	1,5	- 0,5	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,8	1,6	0,6
Bruttoanlageinvestitionen	- 5,3	- 6,6	- 0,2
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	- 4,4	- 7,5	1,8
Bauten	- 6,0	- 5,7	- 1,8
Letzte inländische Verwendung	- 0,8	- 1,3	0,7
Exporte	5,0	2,4	4,7
Importe	1,0	- 1,9	4,2
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,6	0,2	1,1
Erwerbstätige ^{b)} (Mill. Personen)	38 917	38 689	38 476
Arbeitslose (Mill. Personen)	3 852	4 060	4 220
Arbeitslosenquote ^{c)} (in %)	9,0	9,5	9,9
Preisindex für die Lebenshaltung ^{d)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,5	1,3	1,3
Lohnstückkosten ^{d)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,5	1,1	0,9
Finanzierungssaldo des Staates ^{e)} - in Mrd. € ^{f)}	- 57,5	- 75,3	- 60,4
- in % des Bruttoinlandsprodukts	- 2,8	- 3,6	- 2,8
<i>nachrichtlich:</i>			
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,4	0,8	1,4
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^{g)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,5	2,2	1,9

(1) Prognose des ifo Instituts. – ^{a)} In Preisen von 1995. – ^{b)} Im Inland. – ^{c)} Anteil der Arbeitslosen an den inländischen Erwerbspersonen (Arbeitslose und Erwerbstätige). – ^{d)} Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1995 = 100). – ^{e)} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer im Inland bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. – ^{f)} In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG'95). – ^{g)} Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU).

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

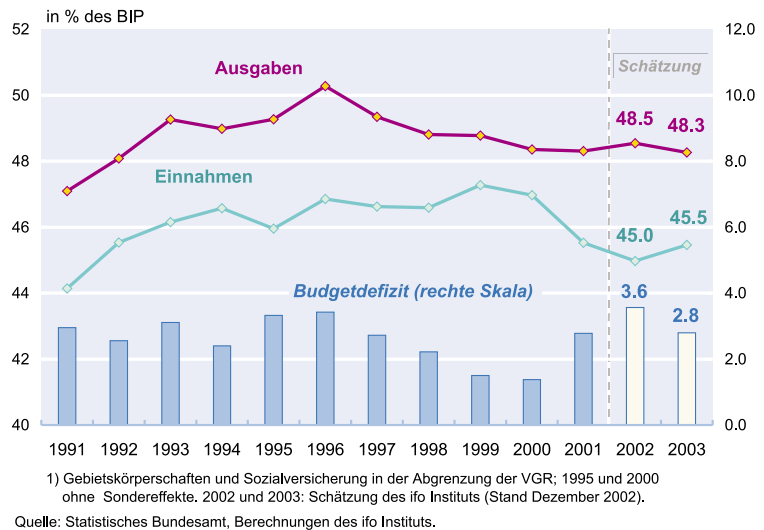
⁷ Nach der derzeit üblichen Berechnungsmethode. Nach dem Koalitionsvertrag der Regierungsparteien ist eine international vergleichbare Arbeitsmarktstatistik vorgesehen. Das bedeutet eine andere Definition der Arbeitslosigkeit und führt zu einer erheblich niedrigeren Arbeitslosenzahl. So lag die EU-standardisierte Erwerbslosenquote für Deutschland im Jahr 2001 bei 7,7%, die von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichte Arbeitslosenquote dagegen bei 9,4%.

versicherungsbeiträge nicht an die Erwartungen herankamen. So dürften die Steuereinnahmen des Staates (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) 2002 nur um 0,6% gestiegen sein, die Sozialbeiträge um 1,4%. Andererseits wurden die monetären Sozialleistungen kräftig ausgeweitet (4,5%) und auch die sozialen Sachleistungen expandierten stark (3,4%). Dies resultierte zum einen aus den zusätzlichen Aufwendungen für die höhere Arbeitslosigkeit und der Anhebung des Kindergelds, zum anderen aus den unvermindert steigenden Ausgaben im Gesundheitswesen. Insgesamt dürften die Staatseinnahmen nur um 0,7% zugenommen haben, die Ausgaben dagegen um 2,5%. Dabei profitierte der Staat 2002 vom höchsten Bundesbankgewinn seit 1994. Der gesamtstaatliche Budgetsaldo belief sich auf mehr als 75 Mrd. Euro oder 3,6% des nominalen Bruttoinlandsprodukts (vgl. Tab. 4).

Die Perspektiven für 2003 sind etwas günstiger. Durch die Verschiebung der Steuerreformstufe auf das folgende Jahr und zahlreiche weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Steuereinnahmen⁸ werden die Steuern voraussichtlich um 4,4% steigen. Auch die Einnahmen der Sozialversicherungen werden deutlich zulegen. Hier sind verschiedene Änderungen zu berücksichtigen, so höhere Beitragssätze in der Rentenversicherung (0,4 Prozentpunkte) und in der gesetzlichen Krankenversicherung (im Durchschnitt 0,3 Prozentpunkte), die zusätzliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze um rund 10% in der Renten- und in der Arbeitslosenversicherung und die Absenkung der Bemessungsgrundlage für die Krankenversicherungsbeiträge der Arbeitslosenhilfeempfänger. Insgesamt ist ein Anstieg der Sozialbeiträge um 3,2% zu erwarten. Von den übrigen Einnahmen steigen die sonstigen laufenden Übertragungen kräftig, weil ab August 2003 eine Lkw-Maut auf den Autobahnen erhoben wird (ca. 1,3 Mrd. Euro) und die deutsche Post zur Rückzahlung von unrechtmäßig erhaltenen Staatshilfen (etwa 0,9 Mrd. Euro) verpflichtet wurde. Andererseits dürfte die Gewinnabführung der Bundesbank deutlich niedriger ausfallen. Alles in allem werden die staatlichen Einnahmen um 3,3% steigen; die Einnahmenquote beträgt dann 45,5% (vgl. Abb. 18).

⁸ Hier wurde unterstellt, dass die im »Gesetzesentwurf zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform« erwarteten zusätzlichen Einnahmen von 1,4 Mrd. Euro ebenso realisiert werden, wie der Großteil der im »Gesetzesentwurf zum Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen« genannten 3,6 Mrd. Euro. Hier wurden lediglich die Mehreinnahmen durch die »Aufhebung der gewerbesteuerlichen Organschaft« in Höhe von 0,2 Mrd. Euro nicht berücksichtigt, weil diese Maßnahme wegen der für 2004 ohnehin geplanten Gemeindefinanzreform inzwischen um ein Jahr verschoben wurde.

Abb. 18
Einnahmen, Ausgaben und Budgetdefizit des Staates¹⁾



Die Zunahme auf der Ausgabenseite wird deutlich kleiner sein, sowohl bei den Gebietskörperschaften als auch bei der Sozialversicherung. Zur Konsolidierung der Finanzlage wurde im Finanzplanungsrat für die Gebietskörperschaften ein Ausgabenpfad für die nächsten Jahre vereinbart. Nach diesem nationalen Stabilitätspakt sollen die Ausgaben des Bundes 2003 und 2004 um jeweils 1/2% sinken, die Ausgaben der Länder und Gemeinden um durchschnittlich nur 1% pro Jahr steigen. Die Krankenversicherungen sollen durch eine Reihe von Einzelmaßnahmen (z.B. »Nullrunde für Ärzte und Krankenhäuser«) entlastet werden, durch die Umsetzung des Hartz-Konzepts soll die Bundesanstalt für Arbeit Mittel einsparen und 2003 ohne Bundeszuschuss auskommen.

Wegen der – nach der hier vorgelegten Prognose – im Jahresdurchschnitt wachsenden Arbeitslosenzahl und des zuletzt deutlich gestiegenen Anteils der Leistungsempfänger an den Arbeitslosen dürften die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit höher sein als im Haushaltsplan vorgesehen, so dass erneut ein Bundeszuschuss in der Größenordnung von 3 Mrd. Euro nötig würde. Andererseits wird die Rentenerhöhung 2003 spürbar geringer ausfallen als 2002, weil in die Berechnung des Anpassungssatzes erstmals ein Abschlag (in Höhe von 0,5 Prozentpunkten) für die freiwillige private Altersvorsorge eingeht. Außerdem werden die Ausgaben der Arbeitslosenhilfe wegen verstärkter Anrechnung von Vermögen deutlich sinken. Insgesamt werden die monetären Sozialleistungen um 1,4% ausgeweitet, die sozialen Sachleistungen um 2,1%.

Von den anderen Ausgabenkategorien werden die Zinsen als Folge des 2002 stark gestiegenen Schuldenstandes deutlich steigen, die Arbeitnehmerentgelte hingegen stagnieren. Hierbei ist angenommen, dass die Bezüge der Beam-

ten auf dem Stand von 2002 bleiben, die Verdienstanhebung für Arbeiter und Angestellte im Westen durchschnittlich 1 1/2% beträgt, wozu im Osten noch eine weitere Anpassungsstufe Richtung Westniveau kommen dürfte, und sich die Beschäftigtenzahl weiter vermindert. Wegen der Notwendigkeit, Infrastrukturschäden infolge der Hochwasserkatastrophe zu beheben, werden die öffentlichen Investitionen erstmals seit 1999 wieder leicht zulegen. Auch fallen Vermögenstransfers – mit schätzungsweise 3 1/2 Mrd. Euro deutlich mehr als 2002 (1 Mrd. Euro) – aus dem Fonds »Aufbauhilfe« an von der Flut betroffene Unternehmen und private Haushalte an. Insgesamt dürften die staatlichen Ausgaben um 1,6% zunehmen, der Finanzierungssaldo auf 60 Mrd. Euro (2,8% des Bruttoinlandsprodukts) zurückgehen. Der »Sicherheitsabstand« zur 3-%-Marke beträgt nur reichlich 4 Mrd. Euro, es besteht also die Gefahr, dass diese Grenze erneut überschritten wird, wenn der angestrebte Abbau von Steuervergünstigungen und die geplanten Einsparungen im Gesundheitswesen nicht realisiert werden können bzw. sich die Annahme über die Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst als unzutreffend erweist. Auch könnte sein, dass sich die Transfers an Flutopfer wegen Auszahlungsverzögerungen noch stärker auf das Jahr 2003 konzentrieren. Ganz zu schweigen von möglichen Mindereinnahmen und Mehrausgaben, falls es nicht zu dem unterstellten Konjunkturaufschwung kommt.

Literatur

- Deutsche Bundesbank (1999), »Taylor-Zins und Monetary Conditions Index«, *Monatsbericht*, April.
- Deutsche Bundesbank (2002), »Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2001«, *Monatsbericht*, September.
- Nierhaus, W. (2001) »Zwei Indikatoren zur Beurteilung der Geldpolitik der EZB«, *ifo Schnelldienst* 54 (5), 47–49.
- Russ, H.G. (2002), »Kreditnachfrage schwach, aber auch Kreditvergabe restriktiver«, *ifo Schnelldienst* 55 (21), 28–29.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2002), *Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum, Jahresgutachten 2002/2003*.
- Sinn, H.-W. (2002), »Des Guten zu viel«, *ifo Standpunkt* vom 5. August.
- Sinn H.-W. und M. Reutter (2000), »Die Mindestinflationsrate für die Euro-Länder«, *ifo Schnelldienst* 53 (35-36), 23–26.
- Sinn, H.-W., Chr. Holzner, W. Meister, W. Ochel und M. Werding (2002), »Aktivierende Sozialhilfe«, *ifo Schnelldienst* 55 (9).
- Sinn, H.-W. und F. Westermann (2002), *The Euro, Eastern Europe and Black Markets: The Currency Hypothesis*, Paper presented for the CESifo Venice Summer-Institute, 13–14 July 2002.
- Stiglitz, J.E. und A. Weiss (1981), *Credit rationing in markets with imperfect information*, *American Economic Review*, 71, 393–410.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2002a), *Brief an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit* vom 25. Oktober 2002.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2002b), *Die Hartz-Reformen – Ein Beitrag zur Lösung des Beschäftigungsproblems?*

Anhang

**Die wichtigsten Daten der
Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
für Deutschland**

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2002 und 2003

	2001 (1)	2002 (2)	2003 (2)	2002		2003 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	0.4	-0.6	-0.6	-0.3	-0.8	-0.9	-0.2
Arbeitszeit	-0.5	-0.5	-0.1	0.0	-0.9	0.0	-0.3
Arbeitsstage 3)	-0.3	0.0	0.1	-0.7	0.7	-0.2	0.4
Arbeitsvolumen	-0.4	-1.1	-0.6	-1.1	-1.0	-1.1	-0.1
Produktivität 4)	1.0	1.3	1.7	0.7	1.9	1.9	1.4
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	0.6	0.2	1.1	-0.4	0.8	0.8	1.3

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1625.7	1646.3	1678.2	799.4	846.9	813.7	864.5
Private Konsumausgaben 5)	1232.2	1243.6	1270.7	606.6	637.0	618.2	652.6
Konsumausgaben des Staates	393.5	402.7	407.4	192.8	209.9	195.5	212.0
Anlageinvestitionen	416.3	390.3	390.8	188.0	202.3	186.4	204.4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	190.1	177.1	181.3	84.9	92.2	85.8	95.5
Bauten	226.2	213.2	209.5	103.1	110.1	100.7	108.8
Vorratsveränderungen 6)	-9.4	-7.4	-2.0	5.1	-12.5	9.0	-11.0
Inländische Verwendung	2032.6	2029.1	2067.0	992.4	1036.7	1009.1	1057.9
Außenbeitrag	38.6	82.6	90.8	41.5	41.1	45.2	45.7
Exporte	726.9	750.2	792.4	364.8	385.4	386.0	406.4
Importe	688.3	667.6	701.6	323.3	344.3	340.8	360.8
Bruttoinlandsprodukt	2071.2	2111.6	2157.8	1033.9	1077.7	1054.3	1103.5

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	3.0	1.3	1.9	0.9	1.6	1.8	2.1
Private Konsumausgaben 5)	3.5	0.9	2.2	0.4	1.4	1.9	2.4
Konsumausgaben des Staates	1.6	2.3	1.2	2.4	2.2	1.4	1.0
Anlageinvestitionen	-5.1	-6.3	0.1	-7.8	-4.8	-0.8	1.0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-4.3	-6.8	2.4	-9.7	-4.1	1.1	3.6
Bauten	-5.8	-5.8	-1.7	-6.2	-5.4	-2.4	-1.1
Inländische Verwendung	0.5	-0.2	1.9	-1.1	0.7	1.7	2.0
Exporte	6.1	3.2	5.6	0.3	6.1	5.8	5.5
Importe	1.6	-3.0	5.1	-7.0	1.1	5.4	4.8
Bruttoinlandsprodukt	2.0	2.0	2.2	1.5	2.4	2.0	2.4

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1514.2	1514.4	1526.1	742.4	772.0	747.2	779.0
Private Konsumausgaben 5)	1131.6	1125.6	1135.0	550.2	575.4	553.5	581.5
Konsumausgaben des Staates	382.6	388.8	391.2	192.2	196.6	193.7	197.5
Anlageinvestitionen	419.5	392.1	391.5	189.0	203.1	186.9	204.5
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	191.8	177.4	180.7	85.2	92.2	85.6	95.1
Bauten	227.7	214.6	210.8	103.7	110.9	101.3	109.5
Vorratsveränderungen 6)	-15.2	-13.0	-10.9	-1.1	-11.9	1.4	-12.3
Inländische Verwendung	1918.6	1893.5	1906.7	930.3	963.2	935.5	971.2
Außenbeitrag	62.2	91.4	99.1	46.8	44.6	49.2	49.9
Exporte	695.4	712.4	746.2	347.4	364.9	364.4	381.8
Importe	633.1	620.9	647.1	300.6	320.3	315.1	331.9
Bruttoinlandsprodukt	1980.8	1984.9	2005.8	977.1	1007.8	984.7	1021.1
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	1966.9	1976.5	1998.1	968.2	1008.3	979.7	1018.4

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1.3	0.0	0.8	-0.5	0.5	0.6	0.9
Private Konsumausgaben 5)	1.5	-0.5	0.8	-1.2	0.1	0.6	1.1
Konsumausgaben des Staates	0.8	1.6	0.6	1.5	1.8	0.7	0.5
Anlageinvestitionen	-5.3	-6.6	-0.2	-8.0	-5.1	-1.1	0.7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-4.4	-7.5	1.8	-10.2	-4.8	0.4	3.1
Bauten	-6.0	-5.7	-1.8	-6.1	-5.4	-2.3	-1.3
Inländische Verwendung	-0.8	-1.3	0.7	-2.3	-0.3	0.6	0.8
Exporte	5.0	2.4	4.7	0.2	4.7	4.9	4.6
Importe	1.0	-1.9	4.2	-5.5	1.6	4.8	3.6
Bruttoinlandsprodukt	0.6	0.2	1.1	-0.4	0.8	0.8	1.3
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	0.2	0.5	1.1	-0.6	1.6	1.2	1.0

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2001 (1)	2002 (2)	2003 (2)	2002		2003 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1.7	1.3	1.2	1.4	1.1	1.1	1.2
Private Konsumausgaben 5)	1.9	1.5	1.3	1.6	1.3	1.3	1.4
Konsumausgaben des Staates	0.8	0.7	0.6	1.0	0.5	0.6	0.5
Anlageinvestitionen	0.2	0.3	0.3	0.2	0.4	0.2	0.3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0.1	0.7	0.6	0.6	0.8	0.6	0.5
Bauten	0.2	0.0	0.0	-0.1	0.0	-0.1	0.2
Exporte	1.0	0.7	0.8	0.1	1.4	0.9	0.8
Importe	0.6	-1.1	0.8	-1.6	-0.5	0.5	1.1
Bruttoinlandsprodukt	1.4	1.7	1.1	1.9	1.6	1.2	1.1

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte	1582.8	1585.7	1624.3	776.0	809.6	792.5	831.8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	215.7	218.9	226.3	104.8	114.1	108.4	117.9
Bruttolöhne und -gehälter	904.6	915.3	928.5	430.6	484.7	437.4	491.1
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	462.4	451.5	469.4	240.7	210.8	246.7	222.8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	161.0	195.4	195.2	88.7	106.7	92.4	102.9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1743.7	1781.1	1819.5	864.7	916.3	884.9	934.6
Abschreibungen	312.1	320.5	328.7	159.4	161.1	163.4	165.3
Bruttonationaleinkommen	2055.8	2101.6	2148.2	1024.1	1077.4	1048.3	1099.9
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1531.2	1561.8	1588.7	759.2	802.6	770.4	818.3
Arbeitnehmerentgelte	1120.4	1134.2	1154.8	535.4	598.8	545.8	609.0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	410.9	427.7	433.8	223.9	203.8	224.6	209.3

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	2.9	0.2	2.4	-0.4	0.8	2.1	2.7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1.1	1.5	3.4	1.0	2.0	3.5	3.3
Bruttolöhne und -gehälter	2.2	1.2	1.4	1.1	1.2	1.6	1.3
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1.9	1.9	2.1	1.6	2.2	2.7	1.7
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3.3	1.5	1.0	1.3	1.7	1.7	0.4
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	5.4	-2.4	4.0	-3.6	-1.0	2.5	5.7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-11.1	21.4	-0.1	14.3	28.0	4.1	-3.6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1.5	2.1	2.2	0.9	3.3	2.3	2.0
Abschreibungen	3.2	2.7	2.6	2.9	2.5	2.5	2.6
Bruttonationaleinkommen	1.7	2.2	2.2	1.2	3.2	2.4	2.1
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1.5	2.0	1.7	1.3	2.7	1.5	2.0
Arbeitnehmerentgelte	1.9	1.2	1.8	1.1	1.4	2.0	1.7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	0.2	4.1	1.4	1.7	6.9	0.3	2.7

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. o.E.

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	940.2	961.8	969.2	460.7	501.1	466.3	502.9
Nettolöhne und -gehälter	593.1	597.7	599.8	279.6	318.1	281.4	318.3
Monetäre Sozialleistungen	418.5	437.2	443.6	217.0	220.2	221.7	221.9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	71.4	73.2	74.2	35.9	37.2	36.9	37.3
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	462.4	451.5	469.4	240.7	210.8	246.7	222.8
Sonstige Transfers (Saldo)	-46.7	-42.4	-40.5	-21.3	-21.1	-21.1	-19.4
Verfügbares Einkommen	1355.9	1370.9	1398.0	680.1	690.8	691.8	706.2
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	14.3	14.9	16.0	6.9	8.0	7.5	8.5
Private Konsumausgaben 5)	1232.2	1243.6	1270.7	606.6	637.0	618.2	652.6
Sparen	138.1	142.2	143.3	80.4	61.8	81.1	62.2
Sparquote 7)	10.1	10.3	10.1	11.7	8.8	11.6	8.7

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	3.1	2.3	0.8	2.3	2.2	1.2	0.4
Nettolöhne und -gehälter	3.5	0.8	0.3	0.9	0.7	0.7	0.1
Monetäre Sozialleistungen	2.3	4.5	1.5	4.1	4.8	2.2	0.8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2.7	2.5	1.5	1.4	3.6	2.8	0.2
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	5.4	-2.4	4.0	-3.6	-1.0	2.5	5.7
Verfügbares Einkommen	3.8	1.1	2.0	0.7	1.5	1.7	2.2
Private Konsumausgaben 5)	3.5	0.9	2.2	0.4	1.4	1.9	2.4
Sparen	6.7	3.0	0.8	2.5	3.6	0.9	0.5

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2001 (1)	2002 (2)	2003 (2)	2002		2003 (2)	
				1.Hj (1)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	476.3	479.0	500.1	227.0	252.0	240.8	259.3
Sozialbeiträge	383.6	388.8	401.1	187.1	201.7	193.6	207.5
Vermögenseinkünfte	18.9	19.4	16.5	13.2	6.1	10.6	5.9
Sonstige Übertragungen	14.3	14.3	15.6	6.5	7.8	7.2	8.4
Vermögensübertragungen	8.4	7.7	7.6	3.9	3.8	3.8	3.8
Verkäufe	40.7	39.9	39.4	18.8	21.2	18.5	20.9
Sonstige Subventionen	0.9	0.8	0.7	0.4	0.4	0.3	0.4
Einnahmen insgesamt	943.0	949.8	981.0	456.8	493.0	474.9	506.2
Ausgaben							
Vorleistungen	81.6	83.8	84.4	38.7	45.1	39.3	45.2
Arbeitnehmerentgelte	164.9	165.7	165.7	77.7	88.0	77.7	88.0
Sonstige Produktionsabgaben	0.1	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	67.8	69.4	71.8	34.4	35.0	35.5	36.3
Subventionen	33.8	31.4	30.5	14.4	16.9	14.1	16.4
Monetäre Sozialleistungen	390.5	407.9	413.5	202.4	205.5	206.8	206.8
Soziale Sachleistungen	157.7	163.1	166.6	80.1	83.0	81.9	84.7
Sonstige Transfers	33.9	35.4	36.6	15.9	19.5	17.1	19.6
Vermögenstransfers	35.8	35.5	39.2	17.1	18.3	21.8	17.4
Bruttoinvestitionen	35.8	34.3	34.4	14.9	19.4	15.1	19.3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern 8)	-1.3	-1.3	-1.3	-0.6	-0.7	-0.6	-0.7
Ausgaben insgesamt	1000.5	1025.1	1041.4	495.1	530.0	508.6	532.8
Finanzierungssaldo	-57.5	-75.3	-60.4	-38.2	-37.0	-33.7	-26.7

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	-4.4	0.6	4.4	-3.9	4.9	6.1	2.9
Sozialbeiträge	1.3	1.4	3.2	1.0	1.7	3.5	2.9
Vermögenseinkünfte	43.6	2.4	-14.9	7.1	-6.6	-19.9	-4.1
Sonstige Übertragungen	5.5	-0.1	9.3	-3.3	2.8	9.8	8.9
Vermögensübertragungen	2.7	-8.4	-1.6	-13.7	-2.3	-2.3	-0.8
Verkäufe	-0.1	-1.8	-1.2	-2.0	-1.7	-1.2	-1.2
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen insgesamt	-1.1	0.7	3.3	-1.7	3.1	3.9	2.7
Ausgaben							
Vorleistungen	4.0	2.7	0.7	1.9	3.4	1.4	0.2
Arbeitnehmerentgelt	-0.4	0.5	0.0	1.1	0.0	0.1	-0.1
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-0.5	2.2	3.5	2.0	2.4	3.3	3.7
Subventionen	-3.8	-7.3	-2.8	-7.9	-6.8	-2.4	-3.2
Monetäre Sozialleistungen	2.6	4.5	1.4	4.1	4.8	2.1	0.6
Soziale Sachleistungen	2.3	3.4	2.1	3.4	3.4	2.2	2.0
Sonstige Transfers	-2.0	4.3	3.6	-2.3	10.3	7.3	0.6
Vermögenstransfers	19.8	-0.9	10.4	2.8	-4.2	27.1	-5.2
Bruttoinvestitionen	-1.6	-4.1	0.4	-4.5	-3.8	1.1	-0.2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben insgesamt	7.5	2.5	1.6	2.3	2.6	2.7	0.5
nachrichtlich:							
Finanzierungssaldo in % des BIP	-2.8	-3.6	-2.8	-3.7	-3.4	-3.2	-2.4

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen).

2) Prognose des ifo Instituts.

3) Veränderung der Arbeitstage voll berücksichtigt.

4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.

5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).

8) Im Jahr 2000 einschließlich der auf der Ausgabenseite als Nettozugang gebuchten Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen in Höhe von 50,81 Mrd. EUR.

Weltwirtschaftsklima hat sich deutlich verschlechtert

Ergebnisse des 78. World Economic Survey (WES) vom Oktober 2002¹

45

Gernot Nerb und Anna Stangl*

Das ifo/ICC Weltwirtschaftsklima hat sich im Oktober wieder verschlechtert, nachdem es Ende 2001 und Anfang 2002 Zeichen der Erholung zeigte. Mit einem Stand von 86,8 Punkten (1995 = 100) ist es jetzt auf einem deutlich niedrigeren Niveau als sein langjähriger Durchschnitt (93,9 für den Zeitraum 1989 bis 2001). Der Rückgang des gesamten Klimaindiktors ergab sich in erster Linie aus den sinkenden Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Doch auch die zweite Komponente des Indikators – Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage – fiel im Vergleich zum Juli 2002 schlechter aus. Der schleppende konjunkturelle Erholungsprozess dürfte auf die wachsende geopolitische Instabilität in Folge des weltweiten Terrorismus sowie auf die Kriegsgefahr im Irak zurückzuführen sein.

Die wichtigsten Ergebnisse in Stichworten

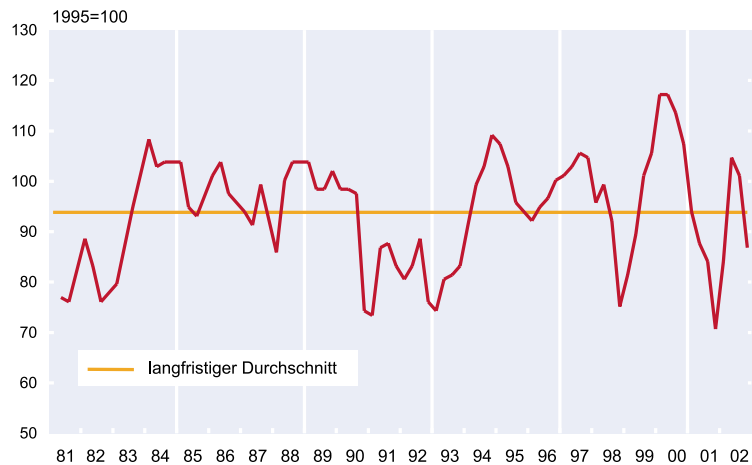
- Der ifo/ICC Indikator für das Weltwirtschaftsklima ist im Oktober spürbar zurückgegangen.
- Die Erwartungen über die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten sechs Monaten haben sich zwar verschlechtert, blieben dennoch positiv.
- Der Inflationstrend hat sich in 2002 weltweit abgeschwächt.
- Deutlich mehr Experten als in der letzten Umfrage rechnen mit einem Rückgang der kurzfristigen Zinsen in den kommenden sechs Monaten. Ein auffälliger Umschwung von vorher steigenden auf in nächster Zeit voraussichtlich sinkende kurzfristige Zinsen war besonderes in Westeuropa ausgeprägt. Hinsichtlich der marktbe-

stimmten langfristigen Zinsen wird mit einer Stabilisierung auf dem derzeitigen Niveau oder einem leichten Anstieg im Laufe der nächsten sechs Monate gerechnet.

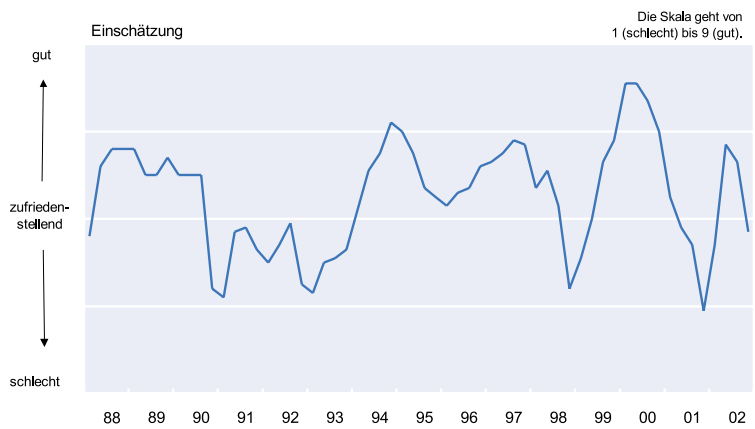
- Eine Abschwächung des US-Dollars ist in Westeuropa, Australien und Neu-

Abb. 1

Ifo Weltwirtschaftsklima



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) QIV/2002 in Zusammenarbeit mit der ICC, Paris.



Klima = arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.
Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) QIV/2002 in Zusammenarbeit mit der ICC, Paris.

¹ Im Oktober 2002 hat das ifo Institut zum 78. Mal seine weltweite Umfrage »Ifo World Economic Survey« kurz WES, bei 1 037 Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen in 89 Ländern durchgeführt. Die Aufgabe des WES ist, vierteljährlich ein möglichst aktuelles Bild über die Wirtschaftslage sowie Prognosen für wichtige Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu liefern. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik, die in erster Linie auf quantitativen (in Werteinheiten messbaren) Informationen aufbaut, werden beim WES qualitative Informationen – Urteile und Erwartungen von Wirtschaftsexperten – abgefragt. Während amtliche Statistiken auf internationaler Ebene oft nur mit großen Zeitverzögerungen erhältlich sind, zeichnen sich die WES-Umfrageergebnisse durch ihre hohe Aktualität und internationale Vergleichbarkeit aus. Gerade in Ländern, in denen die amtliche Statistik auf einer unsicheren Datenbasis steht, sind die von Wirtschaftsexperten vor Ort abgegebenen Urteile und Erwartungen von besonderer Bedeutung. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit mit der Internationalen Handelskammer in Paris und mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission durchgeführt.

* Unter Mitarbeit von Sabine Nill, mit Beiträgen von Wolfgang Nierhaus.

seeland, jedoch nicht in anderen Regionen der Welt wahrscheinlich.

- Die Weltwährungen – US-Dollar, Euro, Pfund Sterling und Yen – sind jetzt viel näher an einem stabilen Gleichgewicht als in den vorausgegangenen Umfragen.

Weltwirtschaftsklima: starker Rückgang des Klimaindiktors

Der ifo/ICC Indikator für das Weltwirtschaftsklima ist im Oktober spürbar zurückgegangen, nachdem er sich bereits in der vorangegangenen Erhebung etwas verschlechtert hatte. Der zuletzt festgestellte Wert des Wirtschaftsklimas liegt unter dem langjährigen Durchschnitt. Der Fall des Gesamtindikators resultiert vorrangig aus den weniger zuversichtlichen Erwartungen für die nächsten sechs Monate, die Eintrübung der aktuellen wirtschaftlichen Lage fiel demgegenüber weniger stark aus. Insgesamt liefert das Ergebnis der neuen Weltumfrage noch keine Anzeichen für eine Wiederbelebung der Wachstumsdynamik in der nahen Zukunft (vgl. Abb. 1 und Kasten 1).

Der Investitionsgüterbereich ist von der verzögerten Konjunkturerholung stärker betroffen als der Konsumsektor. Diese Diskrepanz dürfte sich jedoch in den nächsten sechs Monaten etwas verringern, da im Investitionssektor eine schnellere Erholung erwartet wird als im Konsumsektor.

Asien: Eintrübung des Wirtschaftsklimas aufgrund zurückgegangener Erwartungen

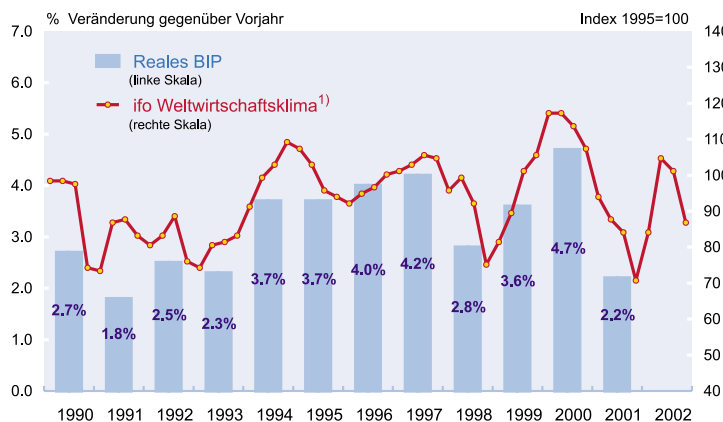
Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich etwas und gilt nun überwiegend als unbefriedigend. Die Erwartungen signalisieren eine Fortsetzung des leichten konjunkturellen Abwärtstrends in den nächsten sechs Monaten (vgl. Abb. 2). Einige Länder in Asien setzen sich jedoch von diesem ungünstigen Trend ab: *China* behält die führende Position hinsichtlich der Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage. Es folgen *Vietnam* und *Indien*, wo sich die im Vorquartal geäußerten positiven Erwartungen somit bewahrheitet haben; auch für die nächsten sechs Monate zeigen hier die Indikatoren nach oben. Während noch im Juli die aktuelle Wirtschaftslage in Korea am positivsten in der asiatischen Region beurteilt wurde, rechneten die Experten im Oktober mit einer bevorstehenden deutlichen wirtschaftlichen Abkühlung. Die gegenwärtige Wirtschaftslage wurde zwar schlechter als im Vorquartal, jedoch immer noch als zufriedenstellend beurteilt. In Japan hat sich das schon seit längerem düstere Konjunkturbild weiter verdunkelt, und es zeichnet sich auch in den nächsten sechs Monaten keine Aufhellung ab. In *Malaysia*, den *Philippinen* und *Taiwan* hat sich die Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage zwar verschlechtert, die Erwartungen der Experten zeigen jedoch ein positives Bild der zukünftigen Entwicklung. In *Thailand* folgte die Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage im bisherigen Verlauf des Jahres 2002 einem aufsteigenden Trend, der sich im Oktober jedoch nicht fortsetzte. Auch die Erwartungen trübten sich etwas ein und signalisieren, dass eine weitere Erholung der Konjunkturlage in *Thailand* vorerst auf sich warten lassen wird. In *Singapur* wurde die Wirtschaftslage seitens der Experten als zufriedenstellend beurteilt und soll auch in den folgenden sechs Monaten stabil bleiben. In *Indonesien* dagegen befindet sich die Volkswirtschaft in einer schlechten konjunkturellen Verfassung, und es zeichnet sich auch in den nächsten Monaten keine Erholung ab. In *Hongkong* dagegen verbesserte sich die Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage, und die Erwartungen geben Anlass zur Hoffnung auf bessere Zeiten.

Kasten 1 ifo/ICC World Economic Survey (WES) und Wachstum der Weltwirtschaft

Der ifo/ICC Indikator für das Weltwirtschaftsklima hat einen engen Zusammenhang mit dem Wachstum der Weltwirtschaft. Im Oktober ist der Indikator spürbar zurückgegangen, nachdem er sich bereits in der vorangegangenen Erhebung etwas eingetrübt hatte. Der zuletzt festgestellte Wert des Wirtschaftsklimas liegt inzwischen unter dem langjährigen Durchschnitt (vgl. Abb. 1). Die Verschlechterung des Gesamtindikators resultiert vorrangig aus den weniger zuversichtlichen Erwartungen für die nächsten sechs Monate, die Eintrübung der aktuellen wirtschaftlichen Lage fiel demgegenüber weniger stark aus. Insgesamt liefert das Ergebnis der neuen Weltumfrage noch keinen Hinweis auf eine bevorstehende Konjunkturerholung.

Eine Aufschlüsselung nach großen Länderblöcken zeigt, dass sich das Wirtschaftsklima in Westeuropa stärker als in Nordamerika und in Asien verschlechtert hat. Die neuen Umfrage-Ergebnisse sprechen dafür, dass in den nächsten sechs Monaten das Wachstum in Westeuropa hinter dem Weltdurchschnitt zurückbleiben dürfte.

Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima



1) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: IMF, Economic Outlook Sept. 2002; Ifo World Economic Survey (WES) IVQ/2002 in Zusammenarbeit mit der ICC, Paris..

Aufschwung in Westeuropa verliert weiter an Dynamik

Der Wirtschaftsklimaindikator in Westeuropa setzt seinen Trend nach unten fort. Die Urteile zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation haben sich deutlich verschlechtert. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate trübten sich zwar auch etwas ein, blieben dennoch im positiven Bereich (vgl. Abb. 2).

Der negative Trend in der Bewertung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage setzte sich im Oktober in *Österreich, Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden und Portugal* fort. In *Belgien, Spanien, Griechenland* und in der *Schweiz* lagen die Bewertungen im Vorquartal dagegen noch im positiven Bereich und kamen erst im Oktober in die negative Zone. Besser als im europäischen Durchschnitt fielen demgegenüber die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage in *Dänemark und Norwegen* aus. Auch die beiden anderen nord-europäischen Staaten, die nicht der Eurozone angehören – *Großbritannien* und *Schweden* –, beurteilten die aktuelle Wirtschaftslage als zufriedenstellend. Innerhalb des Euroraums fielen nur in *Irland und Finnland* die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage positiv bzw. befriedigend aus. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate sind im Euroraum dagegen deutlich positiver als in den nicht hierzu gehörenden anderen EU-Mitgliedsländern. Wie sich bereits in der vorangegangenen Erhebung abzeichnete, hat sich die konjunkturelle Verlangsamung mehr in der Investitionstätigkeit als im privaten Konsum niedergeschlagen. Die Investitionstätigkeit dürfte sich jedoch in den nächsten Monaten verstärken. Insbesondere wird nach einem deutlichen Einbruch der Investitionstätigkeit eine Erholung in *Deutschland* und der *Schweiz* erwartet (vgl. auch Kasten 2).

Das Wirtschaftsklima in Osteuropa bleibt weiterhin stabil

Osteuropa gehört erneut zu den wenigen Regionen, in denen sich die Urteile zur gegenwärtigen Situation leicht verbesserten. Der Optimismus hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten sechs Monaten blieb unverändert, was den Wirtschaftsklimaindikator auf ein höheres Niveau als in der letzten Erhebung steigen ließ. Die gegen-

wärtige wirtschaftliche Situation ist weiterhin besonders positiv in den Baltischen Staaten (*Lettland, Estland* und *Litauen*), in *Slowenien* und *Ungarn*. In der *Slowakei* haben sich sowohl die Einschätzungen der gegenwärtigen Lage als auch die Entwicklung für die nächsten sechs Monate deutlich verbessert. Die wirtschaftliche Genesung setzte sich auch in *Kroatien* fort – der Zustand der Ökonomie wurde im Oktober als nahezu befriedigend bezeichnet. Die Erwartungen weisen auf eine weitere Verbesserung der Wirtschaftslage in den nächsten sechs Monaten hin. In der *Tschechischen Republik* dagegen trübte sich das Wirtschaftsklima etwas ein – sowohl die Einschätzungen der gegenwärtigen Wirtschaftslage als auch die Erwartungen haben sich etwas verschlechtert. Auch in *Polen, Rumänien* und *Jugoslawien* bezeichneten die Experten die gegenwärtige Wirtschaftslage überwiegend als unbefriedigend; in den nächsten sechs Monaten zeichnet sich dagegen eine Erholung ab.

**Kasten 2
ifo/ICC World Economic Survey (WES)
und Wirtschaftswachstum im Euroraum**

Das ifo Wirtschaftsklima für die zwölf Mitgliedsländer des Euroraums ist das arithmetische Mittel aus der Beurteilung zur allgemeinen Wirtschaftslage und den Erwartungen zur Wirtschaftslage in den nächsten sechs Monaten. Die Oktober-Ergebnisse basieren auf den Meldungen von 272 Experten. Der Verlauf des ifo Wirtschaftsklimas korreliert normalerweise eng mit dem Konjunkturverlauf im Euroraum – gemessen an den vierteljährlichen Veränderungsdaten des realen Bruttoinlandsprodukts (vgl. Abb.). Der ifo Indikator für das Wirtschaftsklima im Euroraum verlor im Oktober 2002 gegenüber den Umfrageergebnissen vom Juli erheblich an Boden. Der Abstand zum konjunkturellen Tiefpunkt im Herbst letzten Jahres nach den Terroranschlägen in den USA ist deutlich geschrumpft, und der Indikator liegt erheblich unter dem langjährigen Durchschnitt. Allerdings ist der Indikator weit von den Rezessionswerten zu Beginn der neunziger Jahre entfernt. Der Rückgang des ifo Euroraum-Indikators resultiert in gleichem Maße aus einer ungünstigeren Einschätzung der gegenwärtigen Wirtschaftslage und weniger günstigen Erwartungen zur Wirtschaftslage in den nächsten sechs Monaten. Allerdings dürfte diese Entwicklung teilweise auch eine Korrektur der – aus heutiger Sicht – übertrieben günstigen Einschätzungen in der ersten Jahreshälfte 2002 darstellen. Die stark abgeschwächten, wenn auch noch leicht positiven Erwartungen deuten in den nächsten Monaten kaum auf eine konjunkturelle Erholung hin.

Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für den Euroraum

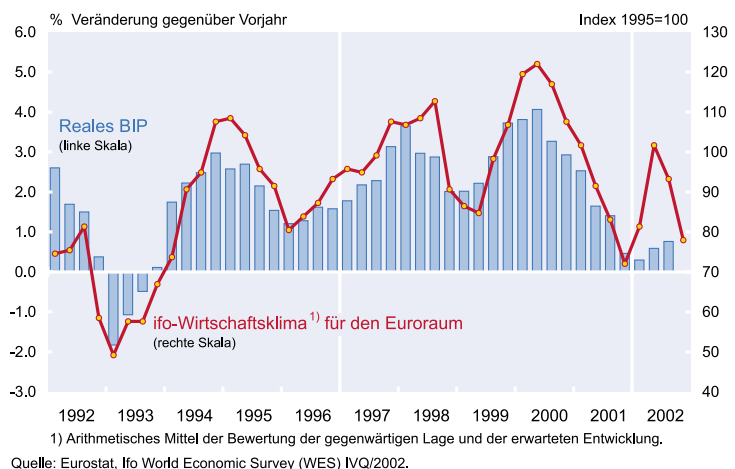
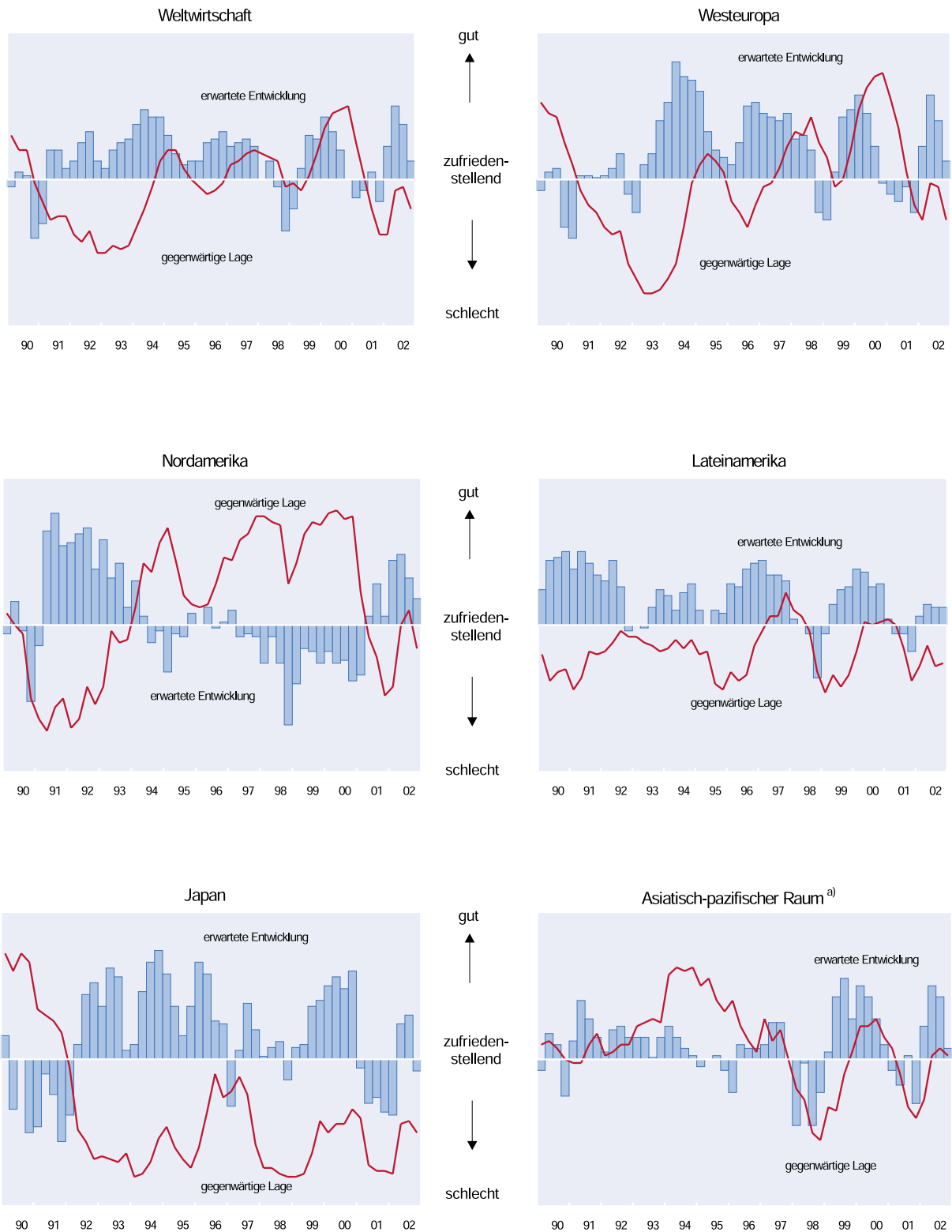


Abb. 2
Wirtschaftliche Lage



^{a)} Australien, Neuseeland, VR China, Hongkong, Indonesien, Korea, Malaysia, Philippinen, Singapur, Taiwan, Thailand, Vietnam.

Quelle: Ifo World Economic Survey Q4/2002.

Experten sind weiterhin optimistisch für die GUS

Das Wirtschaftsklima in *Russland* hat sich aufgrund der gegenüber der vorherigen Erhebung wesentlich optimistischeren Erwartungen verbessert und spiegelt einen insgesamt zufriedenstellenden Zustand der Volkswirtschaft wider. Auch in der *Ukraine* blieben die Urteile zur augenblicklichen wirtschaftlichen Situation und die Aussichten für die nächsten sechs Monate insgesamt positiv. Äußerst erfreuliche Signale kamen auch aus *Kasachstan*, wo die augenblickliche wirtschaftliche Situation auf einem höchst zufriedenstellenden Niveau geblieben ist und auch die Aussichten für die nächsten sechs Monate insgesamt positiv bewertet wurden.

Erneute Abschwächung des Wirtschaftsklimas in Nordamerika

Die aktuelle wirtschaftliche Situation hat sich in den USA deutlich verschlechtert und rutschte erstmals in diesem Jahr unter die »Befriedigend«-Schwelle. Auch die Erwartungen gingen etwas zurück. Diese Datenkonstellation signalisiert, dass der konjunkturelle Erholungsprozess in den USA sich zunächst verlangsamen wird. Die derzeitige konjunkturelle Schwäche konzentriert sich auf den Investitionsbereich, doch auch der private Verbrauch ist bereits betroffen. Das Exportwachstum wird sich nach Ansicht der befragten Experten in den nächsten sechs Monaten weiter verlangsamen. Mit einer Verbesserung der Handelsbilanz wird daher nicht gerechnet.

Ein wesentlich besseres Bild der konjunkturellen Entwicklung zeichnet sich in *Kanada* ab, obgleich auch dort ein Rückgang des Wirtschaftsklimaindikatoren verzeichnet wurde. Sowohl die Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftslage als auch die Erwartungen für die nächsten sechs Monate verloren etwas von ihrer bisherigen Dynamik. Insgesamt wird jedoch in Kanada mit einer stabilen wirtschaftlichen Situation auf einem befriedigenden Niveau gerechnet.

Wirtschaftslage in Lateinamerika bleibt unbefriedigend

Zwischen Juli und Oktober 2002 veränderte sich der Klimaindikator für Lateinamerika kaum (vgl. Abb. 2). In *Brasilien*, *Costa Rica* und *El Salvador* beurteilten die Experten die gegenwärtige wirtschaftliche Situation als befriedigend. Die Erwartungen in diesen Ländern weisen auf eine Stabilisierung der Ökonomien hin. In *Argentinien* gibt es erste Anzeichen für eine Erholung nach der schweren Finanzkrise. Auch wenn die gegenwärtige wirtschaftliche Lage immer noch weit von einem befriedigenden Niveau entfernt ist und auch die Erwartungen eher im stark unterkühlten Bereich bleiben,

folgen die Beurteilungen der Experten insgesamt eher einem aufsteigenden Trend. In *Uruguay*, *Ecuador*, *Paraguay* und *Guatemala* gilt die augenblickliche wirtschaftliche Lage auch weiterhin als unbefriedigend, und eine Verbesserung in den nächsten sechs Monaten scheint nicht in Sicht. In *Mexiko* und *Chile* verschlechterte sich die Wirtschaftslage; die Aussichten blieben aber weiter zuversichtlich.

Nach kräftigem Aufschwung ist eine Abkühlung in Australien und Neuseeland wahrscheinlich

Der Aufwärtstrend der Konjunktur in *Australien* und *Neuseeland*, welcher bereits Ende 2001 einsetzte, wird sich nach Meinung der Experten in den kommenden sechs Monaten etwas abschwächen. Vor allem zeichnet sich in beiden Ländern eine Verlangsamung im Konsumwachstum ab. Auch rechnen die Experten mit einer Verschlechterung der Handelsbilanz, was nicht zuletzt auf Handelsbarrieren für Exporte zurückzuführen ist. Neben *Mangel an Fachkräften* in Neuseeland und *Arbeitslosigkeit* in Australien zählen *Exporthindernisse* zu den wichtigsten wirtschaftlichen Engpässen in Ozeanien.

Wirtschaftliche Stabilisierung in Afrika gefährdet

In den meisten afrikanischen Ländern, die in der Umfrage erfasst sind, verharrte die wirtschaftliche Situation auf einem unbefriedigenden Niveau. Günstige Meldungen kamen jedoch aus *Marokko* und *Ghana*. Die aktuelle Wirtschaftslage wurde dort als befriedigend beurteilt. Diese positive Entwicklung dürfte sich auch in den nächsten sechs Monaten fortsetzen. Auch in *Mauritius* und *Tunesien* gaben sich die Experten mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage zufrieden, rechneten jedoch mit einer konjunkturellen Eintrübung in den nächsten sechs Monaten. Günstiger als im Durchschnitt Afrikas stellt sich weiter die Lage in *Südafrika* dar. Der Besserungsprozess hat sich hier fortgesetzt, und die wirtschaftliche Lage gilt nun als insgesamt befriedigend.

Ein düsteres Bild über die gegenwärtige Wirtschaftslage und die zukünftige Entwicklung wurde erneut aus Simbabwe gemeldet. Auch in *Algerien* und *Nigeria* hat sich die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung weit von einer befriedigenden entfernt. Dies gilt auch für *Ägypten*, wobei jedoch dort nach Ansicht der WES-Experten eine leichte konjunkturelle Besserung in den nächsten sechs Monaten eintreten wird.

Im Nahen Osten bleiben konjunkturelle Disparitäten bestehen

Insgesamt zog das wirtschaftliche Wachstum im Nahen Osten etwas an, auch wenn ein befriedigendes Niveau im Ok-

tober noch nicht ganz erreicht wurde. Die wirtschaftlichen Erwartungen sind zwar nicht so optimistisch wie in den vorangegangenen drei Erhebungen (im Januar, März und Juni 2002), können im Allgemeinen jedoch als positiv bezeichnet werden. Mit Abstand die günstigsten Meldungen zur aktuellen wirtschaftlichen Lage stammten aus *Jordanien*, gefolgt von den *Vereinten Arabischen Emiraten*. Die Aussichten für die nächsten sechs Monate zeugen jedoch, wie im Nahen Osten generell, von keiner deutlichen Aufwärtstendenz. In *Bahrain* wird erwartet, dass sich die derzeit insgesamt befriedigende wirtschaftliche Situation in den nächsten Monaten weiterhin verbessert, in *Saudi Arabien* dagegen eher verschlechtert. Auf der anderen Seite erwarten die Experten in der *Türkei*, dass sich die angeschlagene wirtschaftliche Situation in den nächsten Monaten etwas erholen wird. Unbefriedigend bleibt weiterhin die wirtschaftliche Lage im *Iran* und im *Libanon*, eine Besserung scheint hier in den nächsten Monaten nicht in Sicht zu sein.

Rückgang der kurzfristigen Zinsen wird von mehr Teilnehmern erwartet

Deutlich mehr Experten als in der letzten Umfrage rechnen mit einem Rückgang der kurzfristigen Zinsen in den kommenden sechs Monaten. Ein auffällender Umschwung von vorher steigenden auf in nächster Zeit voraussichtlich sinkende kurzfristige Zinsen konnte in Hongkong, der Türkei und in Westeuropa (ausgenommen Finnland und der Schweiz, wo mit weiteren Zinssteigerungen gerechnet wird) beobachtet werden. Besonders ausgeprägt ist der Zinssenkungsprozess in Osteuropa, ausgenommen die Baltischen Staaten (Estland, Litauen und Lettland) und Ungarn. In Russland und Kasachstan dagegen rechnen die Experten in den nächsten sechs Monaten mit keiner wesentlichen Änderung der kurzfristigen Zinsen. In den asiatischen Staaten überwiegt die Ansicht, dass die kurzfristigen Zinsen leicht gesenkt werden bzw. unverändert bleiben. Die Ausnahmen in der asiatischen Region sind jedoch Malaysia, Vietnam und Korea. Dort wird mit einer Steigung der kurzfristigen Zinsen in den nächsten sechs Monaten gerechnet. Erwartete Zinssenkungen überwiegen auch in den Staaten des Nahen Ostens; nur Israel und die Vereinten Arabischen Emirate bilden hier mit voraussichtlich steigenden kurzfristigen Zinsen eine Ausnahme. Weltweit gesehen gibt es nur wenige Ausnahmen von dem Trend sinkender Zinsen, so in Australien, Neuseeland, Kanada und Südafrika sowie in den meisten Staaten Lateinamerikas, außer Chile (vgl. Abb. 3).

In Bezug auf die marktbestimmten langfristigen Zinsen wird mit einer Stabilisierung auf dem derzeitigen Niveau oder bestenfalls mit einem leichten Anstieg im Laufe der nächsten sechs Monate gerechnet. Eine etwas stärker ausgeprägte Tendenz zu steigenden langfristigen Zinsen wird in

Nordamerika, Australien und Neuseeland sowie Japan, Korea, Vietnam, Thailand und den meisten Staaten Lateinamerikas (jedoch nicht in Brasilien und Argentinien) erwartet. In Westeuropa dagegen rechnen die Experten nur in Dänemark und Finnland mit einem steigenden Trend der langfristigen Zinsen; in den übrigen europäischen Staaten – wie auch in Russland – werden keine nennenswerten Änderungen des langfristigen Zinsniveaus erwartet. Die osteuropäischen Staaten folgen dagegen überwiegend einem Abwärtstrend der langfristigen Zinsen. Im Nahen Osten rechnen die Experten nur in Israel, Libanon und den Vereinten Arabischen Emiraten mit steigenden langfristigen Zinsen. In den übrigen Staaten der Region, die an der Umfrage teilnahmen, zeichnen sich nach Ansicht der befragten Experten in den kommenden sechs Monaten eher sinkende Zinsen am langen Ende ab.

Die Weltwährungen nähern sich einem stabilen Gleichgewicht

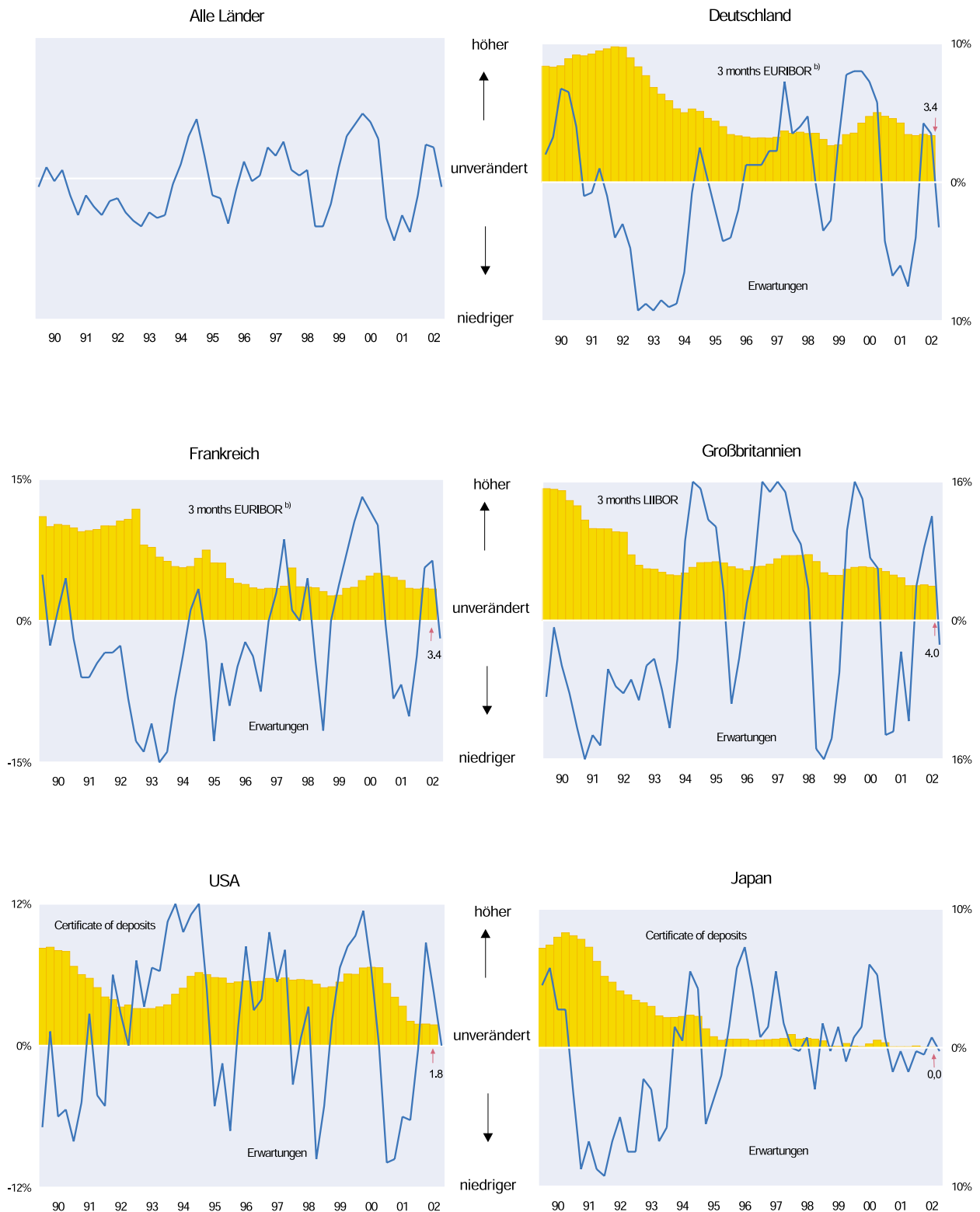
Im Durchschnitt aller 89 teilnehmenden Länder wird der US-Dollar und das britische Pfund Sterling nach wie vor als überbewertet angesehen, aber der US-Dollar zu einem geringeren Grad als in der vorherigen Umfrage. Auf der anderen Seite haben der Yen und der Euro, der lange Zeit als unterbewertet galt, ein als angemessen empfundenes Niveau erreicht (vgl. Abb. 4).

In Westeuropa, Kanada und Australien wird der US-Dollar im Vergleich zu den eigenen Währungen als überbewertet angesehen. Experten in Russland und Osteuropa betrachten die vier untersuchten Weltwährungen (US-Dollar, Euro, Pfund Sterling, Yen) gegenüber ihren nationalen Währungen in etwa als fair bewertet. Die Ausnahmen bilden jedoch Polen, Litauen, Slowenien und Slowakei. In diesen Ländern gilt der US-Dollar als klar überbewertet gegenüber den Nationalwährungen. In Lateinamerika bewerten die Experten den US-Dollar, den Euro und den Yen auch in etwa als fair gegenüber den Landeswährungen. Ausnahmen hiervon sind die brasilianische, chilenische und die bolivianische Währungen, die nach erfolgter starker Abwertung mittlerweile als unterbewertet angesehen werden. Im Gegensatz dazu sind die Landeswährungen von Mexiko, Guatemala, Costa Rica und in einem geringeren Ausmaß von Peru überbewertet im Vergleich zu den vier untersuchten Weltwährungen. Die südafrikanische Landeswährung erscheint nach dem Urteil der WES-Experten gegenüber den Weltwährungen als unterbewertet.

Unabhängig von den unterschiedlichen Einschätzungen der aktuellen Währungsrelationen wird der US-Dollar nach wie vor im Laufe der kommenden sechs Monate auf unverändertem oder sogar höherem Niveau gesehen. Dies betrifft erneut alle Regionen der Welt, ausgenommen Westeuropa

Abb. 3
Kurzfristige Zinsen

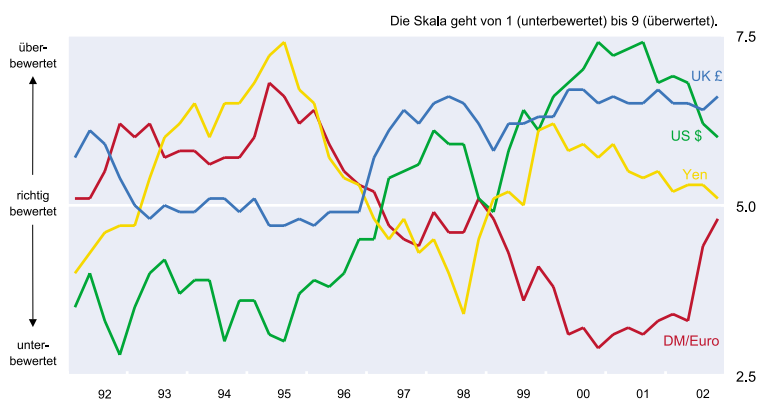
– Aktuelle Zinssätze^{a)} und Erwartungen für die nächsten sechs Monate –



^{a)} Quartalswerte. ^{b)} Seit Q1/2001 EURIBOR. Vorher FIBOR in Deutschland und PIBOR in Frankreich.

Quelle: Ifo World Economic Survey Q4/2002.

Abb. 4

Währungsbeurteilung

Quelle: Ifo World Economic Survey Q4/2002.

und einige osteuropäische Staaten (Bulgarien und Litauen), Kanada, Brasilien und Chile, Australien und Neuseeland sowie einige Staaten der asiatischen Region (Hongkong, Malaysia, Pakistan). In Japan, wo WES-Experten in der vorletzten Umfrage erwartet hatten, dass der US-Dollar gegenüber dem Yen zulegen würde, hat sich seit der letzten Umfrage der Ausblick für die kommenden sechs Monate zugunsten einer wahrscheinlichen Stabilisierung des Yen/US-Dollar Wechselkurses gewandelt.

Inflationstrend wird sich weltweit abschwächen

Im weltweiten Durchschnitt wird nach der jüngsten Erhebung in 2002 mit einem Anstieg der Konsumentenpreise von 3,2% gerechnet. In der entsprechenden Erhebung vom Oktober 2001 rechneten die WES-Experten noch mit einem Anstieg der Konsumentenpreise von 3,6%.

In Westeuropa zeichnet sich eine Inflationsrate von 2,2% für das Jahr 2002 ab. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat das Inflationslimit auf höchstens 2% gesetzt, was bei Fortsetzung der gegenwärtigen Abschwächungstendenz im nächsten Jahr durchaus erreichbar zu sein scheint. Es muss jedoch betont werden, dass die Unterschiede zwischen den einzelnen europäischen Staaten relativ groß sind. WES-Experten in etwa der Hälfte der Euroländer (Österreich, Belgien, Finnland, Frankreich, Luxemburg und Deutschland) gehen davon aus, dass die 2%-Grenze in 2002 nicht überschritten wird, während die WES-Experten in den übrigen Eurostaaten (Griechenland, Irland, Niederlande, Portugal und Spanien) von einem Anstieg der Konsumentenpreise von mehr als 3% ausgehen.

In den USA liegt die voraussichtliche Inflationsrate für 2002 mit 2,2% etwas höher als nach der Schätzung vom Juli (2,1%), jedoch immer noch innerhalb des von der Fed bestimmten Rahmens von etwa 2,5%.

Asien demonstriert erneut mit 1,1% den bei weitem höchsten Grad an Preisstabilität (im Vergleich zum Vorjahreswert des Oktober 2001 von 1,6%). Die Ergebnisse signalisieren jedoch, dass Inflationsraten nahe null zu dem deflatorischen Prozess führen können, wie dies schon seit längerem der Fall in Japan (-0,8%) und Hongkong (-2,1%) ist. Auch China und Taiwan scheinen mit 0,7% in Gefahr zu sein, in einen deflatorischen Prozess zu geraten.

Auch in anderen Teilen der Welt ist mit einer Abschwächung der Inflation zu rechnen, allerdings ausgehend von einem etwas höheren Niveau. So sank in Osteuropa die für 2002 erwartete Inflationsrate von einem Juli-Wert von 5,9% auf nunmehr 5,3%. Staaten mit relativ hohen Inflationsraten sind weiterhin Jugoslawien (17,3%) und Rumänien (21,2%), wobei sich der Trend auch hier etwas abzuschwächen scheint.

Einige Ausnahmen von dem insgesamt fallenden Inflationstrend finden sich in Lateinamerika; hier ist vor allem Uruguay (Steigerung von erwarteten 20% im Juli auf 26,6% im Oktober) und Paraguay (von 10,3 auf 15%) zu nennen. In anderen lateinamerikanischen Staaten (Bolivien, Brasilien, El Salvador und Venezuela) kam es zu einer geringen Steigerung der Konsumentenpreise im Vergleich zu den Juli-Schätzungen. Die Inflationsrate in Argentinien ist mit 62,3% zwar immer noch sehr hoch, scheint sich jedoch im Vergleich zu Juli (87,5%) bereits abzuschwächen.

Die Veränderungsrate der Konsumentenpreise hat sich seit der letzten Erhebung in Afrika nicht bedeutend verändert und liegt für das Jahr 2002 bei etwa 11,9%. Ein nach oben gerichteter Preistrend wurde mit 9,5% im Oktober für Südafrika berichtet. Die Situation in Simbabwe spitzt sich weiter zu; es wird eine Inflationsrate von etwa 136% für das Jahr 2002 erwartet (vgl. Tab. 1).

Wachstumsaussichten des BIP für die nächsten drei bis fünf Jahre sind mit 2,7% zuversichtlicher als im letzten Jahr

Verglichen mit den vorangegangenen Ergebnissen dieser nur einmal im Jahr gestellten Frage nach den mittelfristigen Wachstumsperspektiven erwarten die befragten Experten ein etwas stärkeres Wachstum für die nächsten drei bis fünf Jahre als im Jahr zuvor (2,5% p.a. im Oktober 2001). In Asien (3,5%), in Neuseeland (3,5%) und Nordamerika (2,7%) sind die mittelfristigen Wachstumsaussichten etwas günstiger als im Oktober letzten Jahres.

Tab. 1
Inflationserwartungen der WES-Teilnehmer für 2002*
und Wachstumserwartungen des BIP für die nächsten drei bis fünf Jahre in %
 (WES Oktober 2002 und Oktober 2001)

	Inflation	BIP			Inflation	BIP	
		2001	2002			2001	2002
Durchschnitt von 89 Ländern	3,2	2,5	2,7	MITTEL- UND LATEIN-	12,5	3,0	2,3
EU Mitglieder	2,2	2,2	2,0	AMERIKA			
Euroraum	2,2	2,2	2,0	Argentinien	62,3	1,8	0,2
WESTEUROPA	2,2	2,2	2,0	Bolivien	4,8	0,4	2,1
Belgien	1,7	2,1	2,1	Brasilien	8,6	2,9	2,9
Zypern	3,3	-	3,8	Chile	2,9	3,7	3,5
Dänemark	2,1	2,3	2,1	Costa Rica	10,3	2,3	2,6
Deutschland	1,5	2,2	1,5	Ecuador	11,4	4,4	3,5
Finnland	1,7	4,0	3,2	El Salvador	2,8	2,8	2,6
Frankreich	1,9	2,1	2,3	Guatemala	-	0,0	1,5
Griechenland	3,5	4,0	3,4	Kolumbien	6,4	2,1	2,0
Irland	4,6	2,9	3,5	Mexiko	5,2	3,6	2,7
Island	-	0,0	1,5	Panama	1,3	1,5	2,1
Italien	2,4	1,6	1,9	Paraguay	15,0	1,5	1,0
Luxemburg	2,0	-	1,5	Peru	2,5	3,4	3,0
Niederlande	3,4	2,3	1,9	Trinidad u. Tobago	-	-	3,8
Norwegen	1,7	3,5	2,8	Uruguay	26,6	0,0	0,0
Österreich	1,9	1,8	2,0	Venezuela	34,5	2,1	-0,8
Portugal	3,4	2,2	1,7	ASIEN	1,1	2,5	3,5
Schweden	2,2	1,9	2,0	Bangladesch	3,0	4,0	3,8
Spanien	3,4	2,9	2,9	China V.R.	0,7	6,6	6,8
Schweiz	0,8	1,6	1,5	Hongkong	-2,1	2,6	2,5
Vereinigtes Königreich	2,1	1,9	2,1	Indien	4,7	4,9	5,3
MITTEL- UND OSTEUROPA	5,3	3,8	3,5	Indonesien	10,8	3,8	3,4
Bosnien-Herzegowina	2,0	4,0	3,8	Japan	-0,8	0,2	0,9
Bulgarien	5,6	3,5	3,5	Korea	3,3	3,3	4,6
Estland	3,8	4,5	5,6	Malaysia	2,1	3,0	4,5
Jugoslawien	17,3	3,2	3,4	Pakistan	5,9	4,0	3,8
Kroatien	3,9	4,1	4,0	Philippinen	4,5	3,3	3,8
Lettland	3,0	6,0	4,7	Singapur	1,0	1,7	4,3
Litauen	0,6	4,0	4,3	Sri Lanka	10,8	2,8	3,0
Polen	2,3	3,6	3,4	Taiwan	0,7	1,4	2,4
Rumänien	21,2	3,6	3,9	Thailand	1,5	1,6	3,5
Slowakei	4,8	4,0	3,8	Vietnam	3,6	5,5	6,2
Slowenien	7,0	4,0	3,4	NAHER OSTEN	10,7	3,3	3,1
Tschechische Republik	2,6	3,2	3,0	Bahrain	1,5	4,0	3,8
Ungarn	5,6	4,2	3,6	Iran	22,5	4,0	3,7
GUS	14,4	4,5	3,8	Israel	6,1	3,4	1,9
Kasachstan	7,0	4,0	4,5	Jordan	3,0	-	4,9
Russland	16,7	4,7	4,0	Libanon	3,8	1,5	1,5
Ukraine	5,4	4,0	3,3	Saudi Arabien	1,5	2,4	1,5
Usbekistan	-	-	1,5	Türkei	37,9	3,4	4,2
NORDAMERIKA	2,2	2,4	2,7	Vereinigte Arabische Emirate	2,5	4,1	4,2
Kanada	2,3	3,0	3,3	AFRIKA	11,9	3,7	3,3
Vereinigte Staaten	2,2	2,2	2,5	Ägypten	3,5	4,4	3,5
OZEANIEN	3,1	3,3	3,5	Algerien	5,0	-	3,8
Australien	3,2	3,5	3,5	Ghana	10,0	-	6,0
Neuseeland	2,6	2,5	3,3	Kenia	5,0	0,8	0,9
				Mauritius	6,0	-	3,8
				Marokko	2,0	6,0	3,8
				Nigeria	15,5	2,8	4,3
				Simbabwe	135,8	-3,5	-4,5
				Südafrika	9,5	3,4	3,4
				Tunesien	3,0	5,0	2,6

* EU-Mitglieder ohne Dänemark, Schweden und Vereinigtes Königreich

Quelle: ifo World Economic Survey Q4/2002.

China, Indien und Vietnam folgen mit Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von mehr als 5% einem Aufwärtstrend und verbleiben in der Führungsposition unter den asi-

atischen Staaten. Auch in Korea, Malaysia und Singapur erwarten die Experten Wachstumsraten des BIP von etwa 4% p.a., d.h. höhere Raten als im letzten Jahr. Auch in Ja-

Tab. 2
Rangfolge der wichtigsten wirtschaftlichen Probleme

Problem	Durchschnitt aller Länder	Westeuropa	Nordamerika	Ozeanien	Osteuropa	GUS	Lateinamerika	Afrika	Asien	Naher Osten
Mangel an Vertrauen in die Regierungspolitik	4,9 =	4,3 =	4,5 ++	2,6 =	4,6 =	5,1 =	6,9 ++	6,0 ++	5,7 =	5,1 =
Unzulängliche Nachfrage	5,4 =	5,8 +	5,3 +	3,3 =	4,6 =	4,0 -	5,7 =	3,7 =	5,4 =	3,5 =
Arbeitslosigkeit	5,4 =	5,7 =	4,0 =	4,3 =	6,0 =	2,9 =	7,1 =	7,3 =	5,6 =	5,8 =
Inflation	2,6 =	2,8 =	2,0 =	2,8 =	3,4 =	2,6 --	3,8 =	4,7 =	2,2 =	3,8 =
Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit	4,2 =	4,6 =	2,9 =	4,1 =	5,6 =	7,4 =	5,2 =	5,4 =	4,0 =	3,8 =
Handelsbeschränkungen für Exporte	2,4 =	1,8 =	3,0 =	5,0 =	2,9 =	5,1 =	3,2 =	2,8 =	2,4 =	2,7 =
Mangel an qualifizierten Arbeitskräften	3,0 =	3,1 -	2,2 =	3,6 =	2,8 =	3,2 =	4,1 =	5,4 =	3,0 =	3,7 =
Öffentliche Defizite	4,2 =	4,4 =	2,9 =	3,1 +	5,7 =	2,9 -	6,1 =	5,0 =	4,3 =	5,3 =
Schulden gegenüber dem Ausland	2,4 =	1,8 =	2,6 =	4,1 =	4,1 =	5,1 -	4,7 =	4,1 =	2,0 =	3,3 =
Kapitalknappheit	3,0 =	2,5 =	2,8 =	3,0 =	5,6 =	5,8 --	5,6 =	4,8 -	2,8 =	3,6 =

Erläuterungen:

1) Die zwei wichtigsten Probleme sind fett markiert

2) WES-Skala:

9: sehr wichtig

5: wichtig

1: nicht so wichtig

3) Veränderungen der Rangfolge im Vergleich zur vorhergehenden Umfrage:

= : unverändert (+/- ein Punkt)

+ : wichtiger (mehr als 1 Punkt)

++ : viel wichtiger (mehr als 1,5 Punkte)

- : weniger wichtig (weniger als 1 Punkt)

-- : bedeutend weniger wichtig (weniger als 1,5 Punkte)

Quelle: ifo World Economic Survey Q4/2002.

pan sind die befragten Experten diesmal deutlich zuversichtlicher (0,9 gegenüber 0,2% in der Oktober-Erhebung 2001). Wachstumsraten deutlich über dem Weltdurchschnitt werden in den GUS-Staaten (etwa 3,8%) erwartet. Aber auch einige osteuropäische Länder gehören zur Gruppe der voraussichtlich am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften (zwischen 3% für Tschechien und 5,6% für Estland). Unter dem Weltdurchschnitt liegen die erwarteten mittelfristigen Wachstumsraten einiger lateinamerikanischer Staaten, insbesondere in Argentinien (0,2%) und in Venezuela (-0,8%).

Das mittelfristige Wachstum in Westeuropa wird voraussichtlich bei etwa 2% p.a. liegen, was deutlich unter dem Weltdurchschnitt ist. Zwischen den einzelnen europäischen Ländern bestehen jedoch deutliche Unterschiede hinsichtlich des erwarteten BIP-Wachstums. In Irland, Finnland und Griechenland erwarten die Experten Wachstumsraten von mehr als 3%, wohingegen in Deutschland, in der Schweiz, Portugal und Island nur Wachstumsraten von deutlich unter 2% erwartet werden (vgl. Tab. 1).

Mangel an Vertrauen in die Regierungspolitik gewinnt weltweit an Bedeutung

Misstrauen in die Regierungspolitik hat weltweit zugenommen. In Lateinamerika und Afrika rangiert der *Mangel an Vertrauen in die Regierungspolitik* nach *Arbeitslosigkeit* an zweiter Stelle. Nur in Osteuropa, im Nahen Osten sowie in Australien und Neuseeland wurde kein zunehmendes *Misstrauen in die Regierungspolitik* konstatiert.

In den USA wurde *unzureichende Nachfrage* an erster Stelle beklagt. Bemerkenswert ist jedoch, dass das *Misstrauen in die Regierungspolitik* in den USA im Vergleich zum April 2002 deutlich zugenommen hat.

Arbeitslosigkeit bleibt jedoch das zentrale Problem in den meisten Regionen der Erde, so in Osteuropa, Lateinamerika, Afrika und im Nahen Osten. Das Problem der *Arbeitslosigkeit* rangiert in Westeuropa nach der *unzulänglichen Nachfrage* und in Australien und Neuseeland nach *Handelsbeschränkungen für Exporte* an zweiter Stelle. In Russland wird *Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit* als das wichtigste wirtschaftliche Problem gesehen. In der Ukraine dagegen ist das *Misstrauen in die Regierungspolitik* das wichtigste Problem, gefolgt von *öffentlichen Defiziten*, die das erstgenannte Problem möglicherweise hervorgerufen haben. Innerhalb der osteuropäischen Staaten rangierte die *Arbeitslosigkeit* an erster Stelle, die Ausnahmen waren jedoch die EU-Beitrittskandidaten Tschechien, Estland, Ungarn und Lettland. So nannten z.B. in Estland die Experten den *Mangel an qualifizierten Arbeitskräften* als das wichtigste Problem der Wirtschaft.

In der Mehrzahl lateinamerikanischer Staaten bleibt die zu beklagende *Arbeitslosigkeit* dominierend, wobei jedoch das *Misstrauen in die Regierungspolitik* nach Meinungen der Experten stark zugenommen hat. Die Daten für Lateinamerika liefern jedoch ein sehr heterogenes Bild. In Brasilien werden z.B. *öffentliche Defizite* und *Auslandsverschuldung* als die größten Problembereiche der Volkswirtschaft angesehen. In Chile, Kolumbien und Uruguay kommt dagegen der *Arbeitslosigkeit* und der *unzureichenden Nachfrage* die Spitzenpositionen zu.

In Asien, ähnlich wie in Lateinamerika, differieren die Probleme von Land zu Land: in China ist *Arbeitslosigkeit* das wichtigste Problem, in Japan *unzureichende Nachfrage* und *mangelndes Vertrauen in die Regierungspolitik*, in Indien *öffentliche Defizite* (vgl. Tab. 2).

Sonderfrage: Verbesserung der Bilanzierungsstandards – die Nachwirkungen des Enron Skandals

In Kooperation mit der Internationalen Handelskammer in Paris (ICC) wurde bereits in der Umfrage vom April 2002 das Thema zu internationalen Bilanzierungsstandards behandelt. In der Oktober-Umfrage folgte ein zusätzlicher Fragenkomplex zu möglichen Wegen der Umsetzung höherer Standards für die betriebliche Rechnungslegung. Etwa vor einem Jahr, im Dezember 2001, meldete bekanntlich einer der größten US-Energiehändler *Enron* Insolvenz in Folge von Bilanzmanipulationen an, ähnliche Skandale folgten. In diesem Zusammenhang hat an den Finanzmärkten, in den Unternehmen und in der breiteren Öffentlichkeit vor allem der Begriff des *Corporate Governance* Verbreitung gefunden. Die Hauptpunkte des *Corporate Governance* beinhalten Transparenz, Fairness und eine effektive Kontrolle des Managements durch den Aufsichtsrat – im Grunde all die Regeln, die zwischen den Eigentümern bzw. Aktionären eines Unternehmens und jenen gelten, die in ihrem Auftrag arbeiten. Zwar haben viele Aktionäre im letzten Jahr finanzielle Einbußen erlitten, doch die intensive Diskussion über *Corporate Governance* hat ihre Stellung ohne Zweifel gestärkt. Zunehmend bevorzugen die Investoren Unternehmen mit guten Noten in Bezug auf *Corporate Governance*. Der Druck der Aktienmärkte auf die Geschäftsleitung hat sich zwar somit erhöht, ist jedoch nicht mehr bloß auf kurzfristiges Wachstum und raschen Gewinn ausgerichtet. Daher sind seit der jüngeren Vergangenheit die Öffentlichkeit und Politik, die Aktionäre und Finanzfachleute stärker darum bemüht, klare Leitsätze und Regeln zu entwickeln, mit denen laschen Bilanzierungspraktiken vorgebeugt werden kann. Die Sonderfrage behandelt Ansätze zur Verbesserung der Unternehmensführung und Belebung des Vertrauens in Unternehmen und Märkte.

Tab. 3
Wege zur Verbesserung der Bilanzierungsstandards - die Nachwirkungen des Enron Skandals

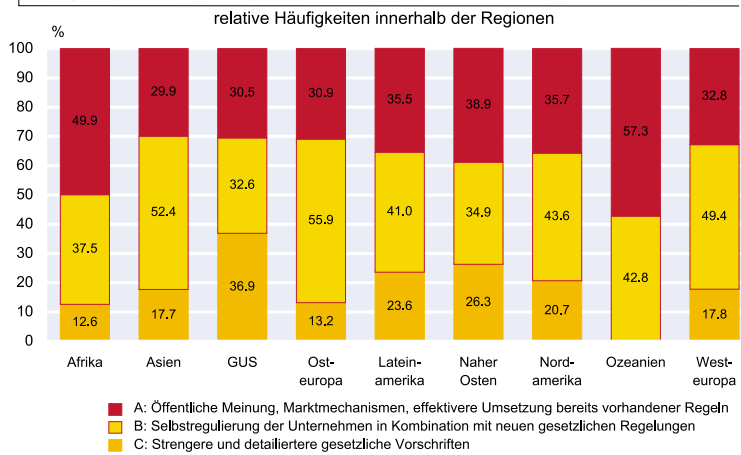
	A	B	C	Gesamt	A	B	C	Gesamt	A	B	C	Gesamt
Westeuropa	90	141	47	278	36	39	31	106	11	19	8	38
Belgien	7	7	3	17	2	3	3	8	1	1	2	4
Zypern	0	2	0	2	0	1	2	3	1	2	0	3
Dänemark	2	3	3	8	7	6	2	15	2	1	1	4
Deutschland	20	29	9	58	3	4	1	8	0	2	0	2
Finnland	9	12	1	22	0	2	1	3	0	1	1	2
Frankreich	4	11	3	18	1	3	2	6	1	0	1	2
Griechenland	2	6	1	9	2	0	0	2	4	10	2	16
Irland	3	4	1	8	0	1	0	1	2	2	1	5
Island	0	0	1	1	2	4	2	8	4	10	2	16
Italien	5	6	5	16	5	5	3	13	2	2	1	5
Luxemburg	0	1	0	1	2	0	2	4	21	19	5	45
Niederlande	4	6	3	13	0	0	2	2	2	2	0	4
Norwegen	3	5	1	9	8	7	8	23	2	0	0	2
Österreich	4	5	6	15	0	1	0	1	2	4	0	6
Portugal	5	5	2	12	0	0	1	4	1	0	0	1
Schweden	6	5	1	12	3	0	1	4	0	0	1	1
Schweiz	4	8	1	13	1	2	2	5	0	0	1	1
Spanien	3	17	4	24	33	56	23	112	1	1	0	2
Vereinigtes Königreich	9	9	2	20	1	0	0	1	7	4	1	12
Nordamerika	16	20	10	46	1	3	1	6	5	8	2	15
Kanada	4	6	4	14	2	3	1	6	1	0	1	2
USA	12	14	6	32	3	3	3	9	37	62	18	117
GUS	5	4	5	14	8	15	1	24	6	4	2	12
Kasachstan	1	0	1	2	3	3	3	9	3	4	3	10
Russland	2	3	3	8	3	5	3	11	0	2	0	2
Ukraine	2	1	1	4	0	5	1	6	2	3	0	5
Ozeanien	7	7	0	14	1	2	1	4	2	5	2	9
Australien	3	2	0	5	1	2	1	4	7	10	0	17
Neuseeland	4	5	0	9	3	4	0	7	2	6	1	9
					2	6	2	10	3	3	1	7
					6	6	2	14	6	6	2	14
					2	10	3	15	2	10	3	15

* Absolute Häufigkeiten innerhalb der Länder bzw. Regionen

Quelle: ifo World Economic Survey Q4/2002.

Abb. 5

Wege zur Verbesserung des Corporate Governance



Weltweit fordert die Mehrheit der Befragten (etwa 47,7%), dass sowohl zusätzliche Bilanzierungsstandards als auch strengere Handhabung selbstverpflichtender Verhaltenskodizes in den Unternehmen (*Corporate Governance*) zur Verbesserung der Finanzberichte notwendig sind. Etwa 33,5% der Experten meinten, dass die Institutionen öffentlicher Meinung, die Marktmechanismen sowie eine bessere Umsetzung bereits vorhandener Regulierungen am ehesten einen Mentalitäts- und Kulturwandel in den Chefetagen bewirken können. Und nur 18,8% der befragten Experten weltweit meinten, dass stärkere staatliche Kontrolle bzw. eine Reform der Bilanzierungsvorschriften notwendig sei.

Durchschnittswerte über die Welt haben natürlich nur eine begrenzte Aussagekraft. Nach Meinung einiger WES-Experten kommt es auf die spezifische Situation im Land an, welcher Ansatz am vielversprechendsten erscheint. Falls ein Land bereits über ein ausgebautes Rechts- und Buchhaltungssystem sowie eine vertrauenswürdige Regierung verfügt, dann kommt den Institutionen öffentlicher Meinung die tragende Rolle zu, mehr Transparenz und höhere moralische Standards der Unternehmensführung zu bewirken. Dies würde vor allem die Industriestaaten betreffen, wo die meisten Bilanzskandale von Journalisten oder privatwirtschaftlichen Institutionen aufgedeckt wurden. Wenn jedoch der rechtliche Rahmen für eine detaillierte und zuverlässige Buchhaltung und Bilanzierung in einem Land noch nicht vorhanden ist, dann ist als erstes die Regierung gefordert, klare Regelungen zur Rechnungslegung zu formulieren. Aufgrund dieser Überlegungen sind in der Tabelle 3 die Antworthäufigkeiten für die jeweiligen Länder mit ihren absoluten Zahlen aufgezeigt. Darüber hinaus sind die Ergebnisse auch in der gewohnten Form für die jeweiligen Regionen in aggregierter Weise dargestellt, wobei die Länder gewichtet mit ihrem Welthandelsanteil in die jeweiligen Regionen eingehen (vgl. Abb. 5).

Die einstige Boombranche Software und DV-Dienstleistungen muss sich wohl auf schlechte Zeiten einstellen. Nach den Angaben des Branchenverbands BITKOM wird der Umsatz 2002 erstmals um 1/2% sinken, und auch für 2003 ist noch keine durchgreifende Erholung in Sicht (o.V. 2002a). Die optimistischen Erwartungen für das dritte Quartal 2003 haben sich damit nicht erfüllt, dafür sprechen zumindest die Ergebnisse der 31. Konjunkturumfrage für DV-Dienstleistungen, die schwerpunktmäßig im Oktober und November 2002 stattfand. Insgesamt haben 296 Unternehmen einen auswertbaren Fragebogen zurückgeschickt, 163 Testteilnehmer haben an der Online-Befragung über das Internet teilgenommen. Die insgesamt einbezogenen Betriebe erwirtschafteten im vergangenen Jahr einen Umsatz von 9,1 Mrd. €. Gemessen am geschätzten Gesamtumsatz nach Diebold repräsentieren die Erhebungsergebnisse damit knapp 30% des deutschen Marktes für Software und DV-Dienstleistungen.¹

Frostiges Geschäftsklima, Erholung rückt weiter in die Ferne

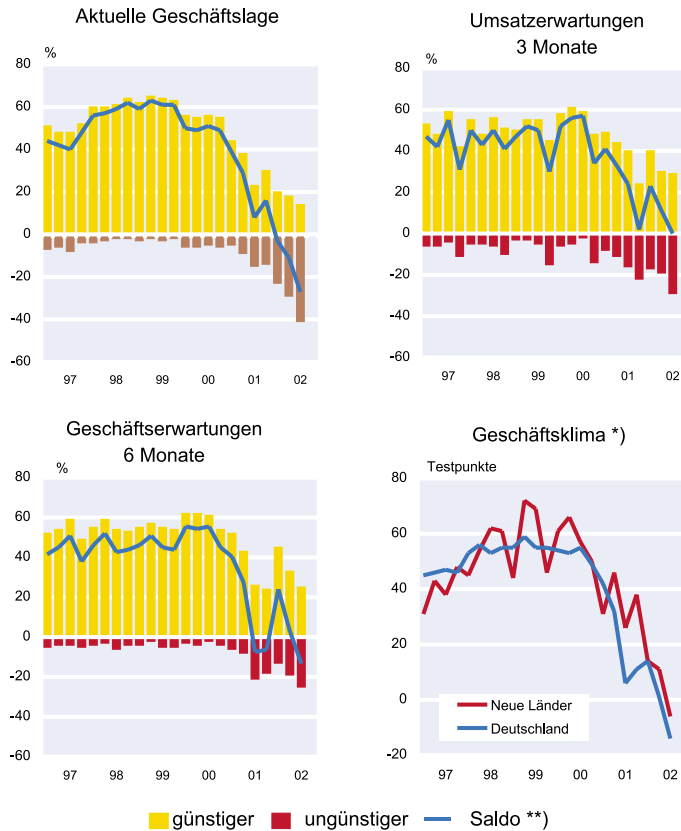
Die Hoffnung auf ein besseres zweites Halbjahr hat die deutsche Software- und DV-Dienstleistungsbranche längst aufgegeben: Die überaus positiven Geschäftserwartungen vom ersten Vierteljahr 2002 erwiesen sich als Makulatur, die Unternehmen zeigten sich im zweiten und dritten Quartal enttäuscht über ihren Geschäftsverlauf. Die Unternehmen bewerteten (mit per saldo – 27%) die aktuelle Geschäftslage so ungünstig wie noch nie, der Abwärtstrend hat sich sogar beschleunigt fortgesetzt. Nur noch 14% der Unternehmen beurteilten ihren Geschäftsverlauf im dritten Quartal 2002 als günstig, 45% als befriedigend, aber mittlerweile 41% der Testteilnehmer empfanden ihre derzeitige Situation als schlecht. Binnen Jahresfrist hat sich der Anteil der negativen Geschäftslageurteile fast verdreifacht, binnen zwei Jahren sogar verachtfach. Auch gibt es kaum Anhaltspunkte für eine grundlegende Besserung im nächsten halben Jahr: Der vorsichtige Optimismus in den Geschäftserwartungen, der sich bisher noch gezeigt hatte, verschwand nahezu vollends; positive und negative Stimmen hielten sich nur noch die Waage. Das Geschäftsklima – das geometrische Mittel aus Geschäftslage und Geschäftserwartungen – fiel auf den ungünstigsten Wert seit Beginn der Umfrage im Jahr 1995 und erreichte in den Herbstmonaten ein neues »All-time-low« (vgl. Abb. 1).

Nachdem die DV-Dienstleister im ersten Quartal erstmalig mit rückläufigen Umsätzen konfrontiert wurden, blieben auch die Ergebnisse des zweiten und dritten Quartals deutlich hinter den Vorjahreswerten zurück. Per saldo jedes fünfte Unternehmen beklagte im dritten Quartal ein Umsatzminus, gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal fiel der Rückgang sogar noch deutlicher aus (per saldo – 35%). Die Auftragseingänge sind im Berichtsmonat regelrecht eingebrochen und haben ihre negative Entwicklung fortgesetzt, per saldo jedes vierte Unternehmen musste eine rückläufige Nachfrage hinnehmen. Die Urteile über die Auftragsreserven spiegeln ebenfalls den jähen Einbruch wider, sie wurden mittlerweile von rund 60% der Betriebe als zu klein angesehen. An der allgemeinen Auftragschwäche wird sich auch im Jahresabschlussquartal kaum mehr etwas ändern. Die Umsatzerwartungen waren unzweideutig von Vorsicht geprägt, eine grundlegende Wende zum Besseren ist nicht zu erwarten, auch hier hielten sich zuversichtliche und pessimistische Stimmen lediglich die Waage. Selbst der Branchenverband BITKOM rechnet für 2003 nicht mit einer nachhaltigen Belebung, es wird eher ein allmähliches Ende der Talfahrt erwartet (o.V. 2002b).

Sehr differenziert ist nach wie vor die Entwicklung nach Größenklassen: Nach dem vorsichtigen Hoffnungsschimmer bei den großen Dienstleistungsanbietern (ab 50 Mill. € Umsatz) im vorangegangenen Berichtsquartal enttäuschte nun auch hier die Geschäftslage. Nachfrage und Um-

¹ Der nominale Umsatz im deutschen Software- und Services-Markt betrug (nach Diebold Markt-Forum 2001, unveröffentlichte Ergebnisse) 2001: 31,7 Mrd. €.

Abb. 1
DV-Dienstleister im Stimmungstief
 3. Berichtsquartal 2002



*) Mittelwerte aus den Firmenmeldungen zur gegenwärtigen und der in den nächsten 6 Monaten erwarteten Geschäftslage.
 **) Saldo: Differenz aus den %-Anteilen der positiven und negativen Firmenmeldungen.

Quelle: ifo Konjunkturtest, DV-Dienstleistungen 2002.

sätze waren rückläufig, und auch die Auftragsbestände gingen offenbar weiter zurück. Drei von vier Unternehmen beurteilten ihre Auftragsreserven als zu klein. Obendrein wurde ihr bisheriger Optimismus zur voraussichtlichen Entwicklung für das Winterhalbjahr von Skepsis abgelöst. Zweifel kamen dazu bei den Umsatzerwartungen auf, mit per saldo 13% überwogen die negativen Stimmen sogar recht deutlich. Bei den kleineren Unternehmen der Branche hat sich dagegen der bisherige Trend fortgesetzt, vielfach fehlte es auch hier an den notwendigen Auftragspolstern. Lediglich bei den mittleren Unternehmen (mit 10 bis 25 Mill. € Umsatz) ist noch ein Hauch von Erholung in Sicht, vorsichtige Zuversicht kam bei den Umsatzerwartungen zutage.

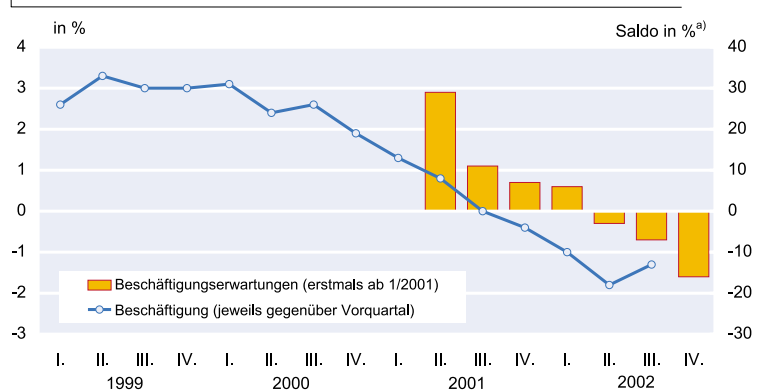
Erneut deutlich verschlechtert hat sich das Geschäftsklima bei den ostdeutschen DV-

Dienstleistern. Die aktuelle Situation wurde vermehrt als unbefriedigend bezeichnet, gleichzeitig blickten die Unternehmen kaum noch zuversichtlich in die Zukunft. Die Aussichten trübten sich zwar ganz erheblich ein, es überwogen aber noch die positiven Stimmen. Angesichts der anhaltenden Nachfrageschwäche hat sich wenig an den unzulänglichen Auftragsreserven geändert. Nahezu zwei Drittel der Unternehmen beurteilten ihre Auftragsbestände als zu klein. Die Umsätze sind beträchtlich hinter den entsprechenden Vorjahresergebnissen zurückgeblieben, kaum noch Zuversicht lassen nun auch die Umsatzerwartungen erkennen (per saldo + 3%).

Weiterer Beschäftigungsabbau erwartet

Von der einstigen Jobmaschine der deutschen Software- und Dienstleistungsbranche sind auch in der nächsten Zeit keine Wachstumsimpulse für den Arbeitsmarkt mehr zu erwarten. Erstmals seit Einführung der Konjunkturumfrage gehen in beträchtlichem Umfang Arbeitsplätze verloren, bereits zum vierten Mal in Folge schrumpfte die Zahl der Beschäftigten. Nach den aktuellen Befragungsergebnissen hatte per saldo fast jedes vierte Unternehmen allein im dritten Quartal 2002 Personal entlassen: Nur noch 7% der Unternehmen beschäftigten mehr Personal, 62% hielten ihre gegenwärtige Personalkapazität, dem standen aber fast 31% mit Personalentlassungen gegenüber. Insgesamt verringerte sich die Zahl der Beschäftigten in der deutschen Softwarebranche um fast 1 1/2% (2. Quartal: - 2%, 1. Quartal: - 1%). Ein Jahr zuvor (vergleichbares Vorjahresquartal

Abb. 2
DV-Dienstleister: Beschäftigung nimmt deutlich ab



a) Saldo: Differenz aus den %-Anteilen der positiven und negativen Firmenmeldungen.
 Quelle: ifo Konjunkturtest, DV-Dienstleistungen 2002.

tal) hielten sich Personaleinstellungen und -entlassungen noch die Waage, vor zwei Jahren lag das Plus bei 2 1/2%. Vom Personalabbau am stärksten betroffen waren nach wie vor die Mitarbeiter in den Unternehmen mit einem Umsatz von 2,5 bis 5 Mill. €. Hier verringerte sich die Zahl der Beschäftigten um rund 2 1/2%. Auch in den neuen Bundesländern schrumpfte die Beschäftigung, jedoch nicht ganz so deutlich wie im westlichen Bundesgebiet. Nach den zweistelligen Beschäftigungszuwächsen in den Boomjahren 1998 bis 2000 dürfte insgesamt bis zum Jahresende 2002 die Beschäftigung in der deutschen Software und DV-Dienstleistungsbranche in einer Größenordnung von rund 5% zurückgehen. Auch die Perspektiven für die nächste Zeit waren unverkennbar von Vorsicht geprägt, die Pläne wurden weiter nach unten korrigiert. Mittlerweile geht bereits jedes sechste Unternehmen von weiteren Stellenstreichungen aus (vgl. Abb. 2).

Auftragsmangel erreicht Rekordhoch

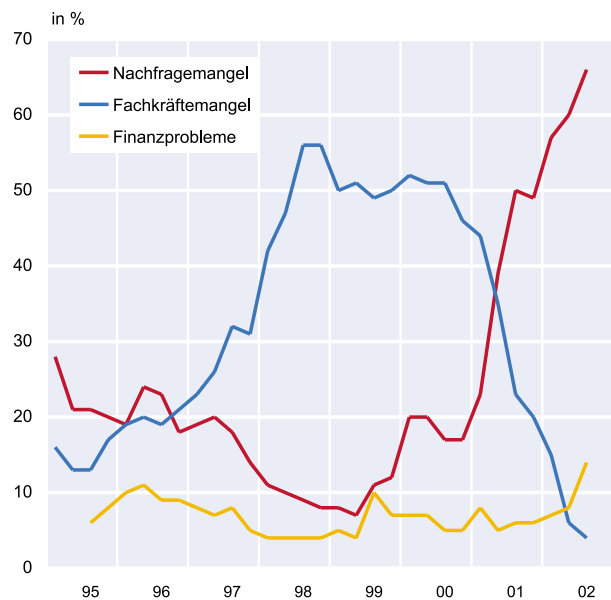
Die weltwirtschaftliche Abschwächung macht den deutschen Software- und Dienstleistungsanbietern schwer zu schaffen, mit rund 75% der Meldungen berichteten immer mehr Unternehmen von Behinderungen der Geschäftstätigkeit. Die Sorgen über schwach gefüllte Auftragsbücher stehen dabei unangefochten an erster Stelle: Zwei von drei Unternehmen klagten im dritten Quartal 2002 über fehlende Aufträge. Die Anzeichen einer schwierigen Auftragslage zeichneten sich bereits zum Jahrtausendwechsel ab, binnen drei Jahren hat sich der Nachfragemangel mehr als versiebenfacht. Noch etwas häufiger (mit 74%) waren die DV-Dienstleister in den neuen Bundesländern davon betroffen.

Die konjunkturelle Entwicklung hat den Fachkräftemangel von Softwareexperten fast vergessen lassen, nur noch vereinzelt waren diese Klagen zu hören (4%). Unterschiede zwischen West und Ost sind nicht mehr auszumachen, auch in den neuen Ländern ist Fachkräftemangel so gut wie kein Thema mehr. Finanzierungsschwierigkeiten erhöhten sich dagegen recht kräftig – 14% der Unternehmen klagten zuletzt darüber. Auffällig ist, dass Finanzierungsprobleme bisher nur bei den kleineren DV-Dienstleistern ein Problem darstellten, mittlerweile sind aber auch die großen Unternehmen genauso häufig davon betroffen. Unterschiede zwischen den alten (mit 14%) und neuen Bundesländern (mit 11%) sind kaum noch auszumachen (vgl. Abb. 3).

Auftragsmangel, Umsatz- und Beschäftigungseinbußen in allen DV-Sparten

Die Entwicklung von Standard-, Anwender- und Systemsoftware sowie die Beratungsdienstleistungen (*Consulting und Projekt-Services*²) stellen mit einem Anteil von 67% das größte Marktsegment dar. Die Unternehmen zeigten

Abb. 3
**Behinderungen der Geschäftstätigkeit:
Auftragsmangel erreicht Rekordhoch**



Quelle: ifo Konjunkturtest, DV-Dienstleistungen 2002.

sich abermals enttäuscht über die aktuelle Geschäftssituation, der Abwärtstrend setzte sich ungehindert fort. Die bisherige Zuversicht in den Geschäftserwartungen für das Winterhalbjahr 2002/2003 ist gänzlich gewichen, optimistische und pessimistische Stimmen hielten sich nur noch die Waage. Angesichts der anhaltenden Nachfrageschwäche wurden die Auftragsreserven noch häufiger als zu klein angesehen, sie erschienen mittlerweile 60% der Unternehmen als völlig unzureichend. Die Vorjahresumsätze konnten bei weitem nicht erreicht werden (per saldo – 35%), und auch die Umsatzerwartungen für das Jahreschlussquartal wurden weiter zurückgenommen. Nur noch vereinzelt gehen die Firmen von höheren Umsätzen aus. Der Stellenabbau setzte sich im Berichtszeitraum in unvermindertem Tempo fort (– 1 1/2%), ein Ende ist derzeit nicht abzusehen.

Über einen enttäuschenden Geschäftsverlauf berichteten erneut die Testteilnehmer aus dem Bereich *System-/Network Operation*³ (Facilities Management, Outsourcing), fast 40% beurteilten ihre aktuelle Lage negativ. Mit Besorgnis schätzten die Unternehmen ihre Perspektiven im kommenden halben Jahr ein, positive und negative Stimmen hielten sich nur noch knapp die Waage. Nachfrage und Umsätze

² Beratung und Unterstützung bei der Beschaffung von Hard- und Software, Technologie und Systemberatung, Beratung über Systemsicherheit, Entwicklung von Standard-, Anwender- und Systemsoftware, Systemanalyse und Programmierung, Systemintegration.

³ Dienstleistungen zur Übernahme von DV-Aufgaben für andere Unternehmen.

waren deutlich abwärtsgerichtet, lediglich bei den Umsatz-erwartungen für das vierte Quartal 2002 ist allenfalls noch ein Hauch von Zuversicht zu spüren. Insgesamt ist die Stimmung aber deutlich in der Unterkühlungszone.

Auch die Unternehmen der Sparte *Processing und Network Services*⁴ stuften ihre aktuelle Geschäftssituation noch negativer ein als im Vorquartal. Bei rückläufigem Bestelleingang und völlig unzureichenden Auftragsreserven mussten im Vergleich zum Vorjahr erneut deutliche Umsatzverluste hingenommen werden. Per saldo jedes zweite Unternehmen registrierte ein Umsatzminus. Eine wesentliche Änderung der augenblicklichen Gesamtsituation zeichnete sich offenbar für das kommende halbe Jahr nicht ab, Chancen für höhere Umsätze in den nächsten Monaten wurden ebenfalls nicht gesehen.

Die ohnehin sehr unbefriedigende Geschäftslage in der Sparte *Environmental Services*⁵ hat sich im dritten Berichtsquartal sogar noch weiter verschlechtert (per saldo – 39%). Die Nachfrage war rückläufig, die Auftragsreserven galten bei zwei von drei Unternehmen als zu klein, und die Umsätze reichten bei weitem nicht an das Ergebnis vom Vorjahr heran. Per saldo jedes zweite Unternehmen musste einen Umsatzrückgang hinnehmen. Bei der Einschätzung der Geschäftsaussichten gewannen nun auch die pessimistischen Stimmen – wenn auch nur wenig – die Oberhand, mit einem Umsatzplus ist in naher Zukunft nicht zu rechnen. Der Stellenabbau dürfte sich eher verstärkt fortsetzen.

Trotz schwacher Nachfrage und kräftigen Umsatzeinbußen hat sich an der im Großen und Ganzen zufriedenstellenden Geschäftslage bei den *Wartungsdienstleistern*⁶ kaum etwas geändert. Die Auftragsbestände gingen zwar weniger verbreitet zurück als zuvor, die Auftragsreserven galten nun aber noch häufiger als zu klein (per saldo – 54%). Mit wachsender Besorgnis schätzten die Unternehmen ihre Perspektiven für das kommende halbe Jahr ein und revidierten ihre Umsatzerwartungen nach unten; mit weiteren Umsatzeinbußen ist zu rechnen.

Die Geschäftslage bei den ausbildungs- und schulungsorientierten Dienstleistern⁷ verharrte weitgehend auf dem äußerst ungünstigen Niveau des Vorquartals, fast jeder zweite Betrieb bewertete die Lage als schlecht. Die Erwartun-

gen der Unternehmen waren von einem Pessimismus geprägt, wie er in keiner anderen DV-Sparte zu beobachten war. Die Nachfrage zeigte zwar geringere Schwächen als zuvor, die Umsätze (mit per saldo – 50%) lagen aber noch deutlicher unter dem vergleichbaren Vorjahrswert. Mit weiteren Umsatzrückgängen ist zu rechnen. Der Personlab- bau dürfte sich fortsetzen, per saldo ein Viertel der Testteil- nehmer rechnete mit einem Rückgang der Beschäftigtenzahl.

Literatur

O.V. (2002a), »Der deutsche Markt für Informationstechnik und Telekommuni- kation, Stand 1. Oktober 2002«, www.bitkom.org.

O.V. (2002b), »IT-Branche stellt düstere Prognose«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. Oktober, 13.

⁴ Leasing oder Vermietung von Rechenzeit, Mehrwertdienste, Datenfern- übertragungs- und Datenfernverarbeitungsdienste, Datenerfassung.

⁵ Dienstleister, die die Unternehmen zur Unterstützung im DV-Bereich en- gagieren können, wie z.B. Kundenunterstützung beim Betrieb und bei der Produktion, Software-Installation, Umzug und Installation von DV-Equip- ment, Bereitstellung von Vorsorge-Dienstleistungen.

⁶ Kostenpflichtige Wartungsdienstleistungen für DV-Equipment, wie z.B. Re- paratur, Installation, Abbau, vorbeugende Wartung.

⁷ Kostenpflichtige Schulungs- und Trainingsleistungen, die im Hause des Anbieters, beim Kunden oder bei Dritten erbracht werden, und die dazu benötigten Schulungsunterlagen.

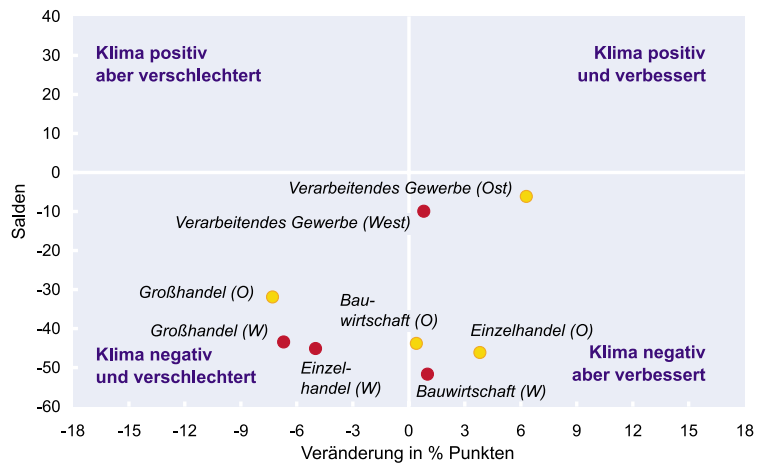
Nach den neuesten Ergebnissen des ifo Konjunkturtests hat sich im Dezember das Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft Westdeutschlands nun bereits zum siebten Mal in Folge abgekühlt (Saldowert: – 21,9 Prozentpunkte). Im Gegensatz zur Entwicklung in den vorangegangenen drei Monaten resultierte aber der Rückgang aus der deutlich ungünstigeren Beurteilung der aktuellen Geschäftssituation (Saldowert: – 33,8 Prozentpunkte), während der Pessimismus in den Geschäftserwartungen erstmals seit Mai wieder abgenommen hat (Saldowert: – 9,3 Prozentpunkte). Das Geschäftsklima in den neuen Bundesländern besserte sich dagegen erstmals seit Mitte des Jahres wieder (Saldowert: – 26,4 Prozentpunkte). Hier haben sich nicht nur die Perspektiven aufgeheitert (Saldowert: – 25,6 Prozentpunkte), es wurde auch die aktuelle Geschäftslage wieder weniger negativ eingestuft (Saldowert: – 27,3 Prozentpunkte).

Eine nachhaltige konjunkturelle Aufwärtsentwicklung zeichnet sich für die nahe Zukunft nach wie vor nicht ab, dazu müsste erfahrungsgemäß der Klimaindikator drei Monate in Folge nach oben gerichtet sein.

In Westdeutschland hellte sich das Geschäftsklima nur im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe etwas auf, im Groß- und Einzelhandel war dagegen eine deutliche Verschlechterung zu beobachten. Die Klimabesserung in den neuen Bundesländern resultiert vor allem aus der Aufwärtsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe und im Einzelhandel, während sich der Indikator für den Großhandel ähnlich wie im Westen deutlich verschlechterte (vgl. Abbildung).

Die Eintrübung der Geschäftslage im verarbeitenden Gewerbe der alten Bundesländer ist vor allem auf eine erheblich ungünstigere Beurteilung im Investitionsgüterbereich zurückzuführen, aber auch in den anderen Bereichen tendierte die Lage leicht nach unten. In den Geschäftserwartungen gewannen dagegen im Durchschnitt die positiven Stimmen wieder ein leichtes Übergewicht. Dabei erhofften sich die Unternehmen verstärkte Impulse aus dem künftigen Exportgeschäft. Obwohl die Auftragsituation nach wie vor als unbefriedigend galt und der Lagerdruck wieder etwas zugenommen hat, war eine Einschränkung der Produktionstätigkeit nur noch vereinzelt vorgesehen. In Ostdeutschland beurteilten die Industrieunternehmen sowohl ihre aktuelle Lage als auch die Perspektiven deutlich weniger negativ als im Vormonat. Auch hinsichtlich der Chancen auf den ausländischen Märkten schöpften sie wieder etwas mehr Hoffnung. Die Produktionspläne zeigten dementsprechend nicht mehr so häufig nach unten, im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe kündigten sie allerdings vermehrt Kürzungen an. Sowohl in den

Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen im Dezember 2002¹⁾



1) Saisonbereinigte Werte. W=Westdeutschland, O=Ostdeutschland.
Quelle: ifo Konjunkturtest.

alten als auch in den neuen Bundesländern gingen die Testfirmen – sogar wieder etwas verstärkt – von einem weiteren Personalabbau in den nächsten Monaten aus. Während im Westen künftig mit stabilen Verkaufspreisen gerechnet wurde, dürfte im Osten der Druck auf die Preise anhalten.

An der unbefriedigenden Geschäftslage des westdeutschen Baugewerbes hat sich im Verlauf der letzten vier Monate nichts verändert. Die Bautätigkeit ging erneut zurück, die Kapazitätsauslastung lag mit 57% weiterhin unter dem vergleichbaren Wert vom Vorjahr (61%). Die Meldungen über Produktionsbehinderungen wegen unzureichender Aufträge nahmen zu, im Hochbau erreichten sie sogar einen neuen Rekordwert. Hinsichtlich der Geschäftsaussichten hat der Pessimismus allerdings etwas nachgelassen, und zwar sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau. Die ostdeutschen Bauunternehmen beurteilten einerseits die aktuelle Geschäftssituation etwas weniger negativ als im Vormonat, der Pessimismus in den Geschäftserwartungen hat jedoch andererseits zum dritten Mal in Folge zugenommen. Bei eingeschränkter Produktion verringerte sich auch der Grad der Geräteauslastung, er entsprach aber mit 75% dem Vorjahresstand. Im Gegensatz zu Westdeutschland dürfte sich den Meldungen zufolge in Ostdeutschland der Druck auf die Preise in den nächsten Monaten erhöhen. Der Personalabbau wird in beiden Teilen Deutschlands unvermindert anhalten.

Auf eine sehr deutliche Verschlechterung der Geschäftslage lassen die Meldungen des westdeutschen Großhandels schließen, und zwar sowohl im Handel mit Rohstoffen,

¹ Die ausführlichen Ergebnisse des ifo Konjunkturtests sowie Unternehmensbefragungen in den anderen EU-Ländern werden in den »ifo Konjunkturperspektiven« veröffentlicht. Die Zeitschrift kann zum Preis von 75,- EUR/Jahr abonniert werden.

Halbwaren und Investitionsgütern als auch im Konsumgüterbereich. Bei schwacher Nachfrage – erneut insbesondere im Produktionsverbindungshandel – ließ der Lagerdruck nur wenig nach. Der künftigen Entwicklung sahen die Testteilnehmer zunehmend skeptisch entgegen und planten nach wie vor, weniger Order zu platzieren. In den neuen Bundesländern hat sich an der wenig zufriedenstellenden Geschäftssituation nichts verändert, die Erwartungen ließen jedoch deutlich erhöhten Pessimismus erkennen. Auch hier sahen die Firmen keinen Anlass, künftig von ihrer restriktiven Orderpolitik abzugehen. In beiden Berichtskreisen sahen die Unternehmen vermehrt Spielräume für Preisheraufsetzungen in den kommenden Monaten; die Beschäftigtenzahl dürfte weiter zurückgehen.

Im Einzelhandel Westdeutschlands stuften die Unternehmen ihre Geschäftslage ebenfalls deutlich vermehrt negativ ein, insbesondere im Bereich der kurzlebigen Konsumgüter sowie im Nahrungs- und Genussmittelsektor. Der Pessimismus hinsichtlich der Geschäftsperspektiven hat sich etwas abgeschwächt. Da außerdem die überhöhten Lager zumindest teilweise abgebaut werden konnten, zeigten die Orderpläne nicht mehr so ausgeprägt nach unten. Im Einzelhandel der neuen Bundesländer überwogen die negativen Geschäftslageurteile nicht mehr so ausgeprägt wie im Vormonat, in den Erwartungen kam jedoch nach wie vor sehr großer Pessimismus zum Ausdruck. Der Lagerdruck nahm sogar noch zu. Dies spiegelte sich auch in den weiter nach unten ausgerichteten Bestellplänen wider. Die Verkaufspreise gaben vor allem im Westen nach, den Meldungen zufolge dürfte es in den kommenden Monaten in beiden Teilen Deutschlands zu weiteren leichten Zugeständnissen kommen. Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern ist ein Ende des Personalabbaus nicht in Sicht.



P.O.Box 86 04 60
D-81631 Munich
Tel.: xx49-89-92 24-0
Fax: xx49-89-92 24-12 67
e-mail: ifo@ifo.de

**International Spring Conference:
»Prospects for the European Economy«**

Thursday and Friday
20-21 March 2003
Palais am Festungsgraben
Berlin

Preliminary Programme

March 20, 2003

- 12:00 Cold buffet lunch
- 13:15 **Welcome and Introduction**
Hans-Werner Sinn, President,
Ifo Institute for Economic Research, Munich
- 13:30 **The World Economy with Special
Reference to the United States**
Flemming Larsen, IMF Europe, Paris
- 13:50 **The European Economy**
Hans-Werner Sinn
- 14:10 **The Outlook for Central and Eastern Europe**
Willem H. Buiter, EBRD, London
- 14:30 Discussion
- 15:00 Coffee break
- 15:30 **China and the Asian NIEs**
Markus Taube, University of Duisburg
- 15:50 **The Asset Price Bubble**
Jim O'Neill, Goldman Sachs, London
- 16:10 **Financial Stability**
Claudio Borio
Bank for International Settlements, Basel
- 16:30 Discussion
- 17:00 End of first day
- 19:00 Dinner
Dinner speech: **Dr. Alfred Tacke**,
State Secretary in the Federal Ministry of
Economics and Labour, Berlin, and
Personal Representative of Chancellor Schröder
for the preparation of the World Economic Summit

March 21, 2003

- 10:00 **Welcome and Introduction**
Hans-Günther Vieweg
Ifo Institute for Economic Research
- 10:10 **Prospects for the European
Manufacturing Industries**
Moderator:
Peter Marsh
Financial Times, London
- Steel Industry**
Tony Cockerill
University of Durham
- Chemicals**
Ralf Gronych
BASF, Ludwigshafen
- 11:00 Coffee break
- 11:30 **Capital goods**
Dough Dunn
ASML, Veldhoven
- ICT-Industry**
Ulrich Hofmann
IBM, Paris
- Automobiles**
To be announced
HSBC, London
- 13:00 **Summary and Conclusion**
Hans-Günther Vieweg
- 13:30 Hot buffet lunch
- 14:30 End of conference

ifo Institut für Wirtschaftsforschung

im Internet:

<http://www.ifo.de>

